DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

243 21. JAHRGANG Dezember 2004 4,50 €

AUS DEM INHALT:

PROJEKTE

Seit 25 Jahren existiert die »Offene Arbeit« in Erfurt, die sich für Selbstbestimmung und Emanzipation einsetzt. Träger des Ende der 70er Jahre noch zu DDR-Zeiten gegründeten Projekts ist der Evangelische Kirchenkreis Erfurt. Näheres auf Seite 3.

PREISTRÄGER

Die BigBrotherAwards Deutschland wurden ins Leben gerufen, um die öffentliche Diskussion um Privatsphäre und Datenschutz zu fördern – sie sollen missbräuchlichen Umgang mit Technik und Informationen aufzeigen. In der Kategorie »Behörden und Verwaltung« wurde in diesem Jahr die »Bundesagentur für Arbeit« preisgekrönt. Seite 4

ARCHIVE

In diesem Monat jährt sich der Gründungsbeschluss des Bremer »Archiv der sozialen Bewegungen« das fünfte Mal. Das überwiegend ehrenamtlich getragene Archiv wurde gegründet, als sich die beiden Bremer Infoläden zusammenschlossen. Ihre seit Mitte der 1970er Jahre gesammelten Dokumente bildeten den Anfangsbestand. Seite 5

BRASILIEN

Auf dem ersten nationalen Treffen der Arbeiter in selbstverwalteten Betrieben im Jahr 1994 wurde die ANTEAG gegründet. Mittlerweile organisiert diese die regelmäßigen Treffen der Arbeiter, zuletzt 2003. Bei diesem wurde die Rolle von selbstverwalteten Betrieben in der aktuellen Lage sowie deren finanzielle Tragfähigkeit diskutiert und Arbeitslinien für Arbeiter und Betriebe definiert. Eines der beratenen Prinzipien beschäftigte sich mit der Definition von Aktionslinien für den Aufbau von Selbstverwaltung und Solidarischer Ökonomie. Seite 6

MUSEUM DER UTOPIE

Unter dem Namen »Familistère« erbaute im 19. Jahrhundert der Ofenfabrikant André Godin Großwohnanlagen für seine Arbeiter. Heute macht der französische Staat aus dem Gebäudeensemble ein einzigartiges Museum der Utopie. Seite 11

GENOSSENSCHAFTEN

Auf Initiative des Sprungbrett e.V. wurde Ende Oktober 2004 die Dienstleistungsgenossenschaft Cena et Flora eG i.G. gegründet. Das Unternehmen übernimmt die ehemals durch die Diakonie Riesa betriebenen Bereiche Küche und Gärtnerei. Auf diese Weise sichern sich die ehemals Beschäftigten mit der Genossenschaft Arbeitsplätze und gewinnen eine neue berufliche Perspektive. Unterstützt wird das Projekt durch die innova eG sowie dem Mitteldeutschen Genossenschaftsverband e.V. Seite 13

www.contraste.org

FABRIKBESETZUNGEN IN ARGENTINIEN:

»Wozu einen Chef ?«

Der argentinische Kapitalismus liegt am Boden. Beinahe zehn Jahre lang hatte sich Carlos Menem, der ehemalige Präsident Argentiniens, als Musterschüler des Internationalen Währungsfonds gebärdet: Er koppelte den argentinischen Peso an den US-Dollar, privatisierte in großem Stil staatliche Betriebe, baute Einfuhrbeschränkungen ab, strich die Zahl der Staatsbediensteten radikal zusammen und dergleichen mehr. Dank der künstlichen Parität von Peso und Dollar hatte die Kaufkraft der Mittelschicht quasi über Nacht zugenommen. Nach dem Motto »Was kostet die Welt?« konnte sie sich nun endlich lang gehegte Konsumträume erfüllen und dankte dies ihrem Präsidenten mit politischer Unterstützung. Und während Michel Camdessus, der damalige Direktor des IWF, der Regierung ein Loblied sang und Argentinien dem Rest der Welt als Modell eines modernen Staats empfahl, wähnte die herrschende Klasse sich bereits auf dem Weg in den exklusiven Club der Länder der Ersten Welt.

Eröffnung des 3. Kongress der selbstverwalteten Fabriken Argentiniens in Rosario am 15.3.2003. Die ersten Fabriken besetzten ArbeiterInnen vor knapp zwei Jahren, nachdem die Arbeitgeber während Monaten die Löhne nicht mehr bezahlt hatten und den Betrieb liquidieren wollten. Heute gibt es in Argentinien über 100 von den ArbeiterInnen übernommene Betriebe. Die ArbeiterInnen sind sich einig, dass sie keine Chefs mehr wollen und sich nicht mehr ausbeuten lassen.

Foto: indymedia

Von Marco Fernandes ● Als Menem dann abtrat, überließ er es seinem Nachfolger Fernando de la Rúa, die Kohlen aus dem Feuer zu holen. Gewählt, um das Land aus der Rezession zu führen, die die argentinische Wirtschaft seit 1998 lähmte, wird de la Rúa stattdessen als der Präsident, der von der Bevölkerung aus dem Amt gejagt wurde, in die Geschichte eingehen. Seine letzte Amtshandlung sollte sich als politischer Selbstmord erweisen. Eine Abwertung des Peso hatte zu einem Ansturm auf die Banken geführt. Um den endgültigen Kollaps des Finanzsystems zu verhindern, verfügte er, die Konten der Mittel- und Oberschicht zu sperren. Das war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Die aufgebrachte Mittelschicht schloss sich den wütenden Protesten der Arbeitslosen an, die am 19. und 20. Dezember 2001 die Straßen beherrschten. Das Bild, das von de la Rúa bleiben wird, ist das seiner Flucht. Per Hubschrauber musste er die Casa Rosada, den Sitz des argentinischen Präsidenten, verlassen, um dem Zorn der Massen zu entkommen.

Der Konsumrausch, der beinahe ein Jahrzehnt angehalten hatte, endete in einer gewaltigen Katerstimmung und einer gesellschaftlichen Krise, wie es sie in der Geschichte der argentinischen Republik noch nicht gegeben hat. Auf geradezu idealtypische Weise versinnbildlicht das Land die Krise der Arbeitsgesellschaft. Von den 14 Millionen, die den wirtschaftlich aktiven Teil der Bevölkerung ausmachen, sind heute 2,4 Millionen arbeitslos, weitere zwei Millionen beziehen Arbeitslosengeld und fast drei Millionen sind im öffentlichen Dienst angestellt. Von den sieben Millionen in der Privatwirtschaft Beschäftigten gelten ca. 20% als »unterbeschäftigt«. Der Realwert der Einkommen ist auf das Niveau der 1940er Jahre abgesunken. Die Arbeitslosigkeit ist nur deswegen nicht noch höher, weil seit dem Jahr 2000 mehr als 260.000 Argentinier ausgewandert sind. Um eine Vorstellung von der Größenordnung dieser Migrationsbewegung zu bekommen, muss man sich vergegenwärtigen, dass in den Jahren der blutigen Militärdiktatur (1976-83) nicht einmal 40.000 Menschen das Land verlassen haben.

Selbst nach den offiziellen Angaben der Regierung leben heute von 37 Millionen Argentiniern 21 Millionen unterhalb der Armutsgrenze. Das Ausmaß der Tragödie ist nur deshalb nicht noch größer, weil die Regierung, eine Bedrohung für die öffentliche Ordnung fürchtend, das Staatssäckel ein wenig aufgeschnürt hat, um den Prozess der absoluten Verelendung zu bremsen. Mehr als zwei Millionen Familien beziehen 150 Pesos aus einem Hilfsprogramm für »Haushaltsvorstände«. Kaum mehr als ein Almosen, das nicht einmal ausreicht, um die Grundbedürfnisse einer einzigen Person zu decken. Noch vor einigen Jahren war ein solches Szenario völlig unvorstellbar. In den 70er Jahren war Argentinien ein Land, in dem 75% der Bevölkerung zur so genannten Mittelschicht zählten. Die wirtschaftliche Katastrophe der letzten Jahre hat diesen Anteil auf 30% schrumpfen lassen.

Fortsetzung auf Seite 7

ZUM SCHWERPUNKTTHEMA

Heinz Weinhausen, Redaktion Köln ● Argentinien wird seit Jahren von einer schweren gesellschaftlichen Krise erschüttert, ausgelöst durch den finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch. Aber das Leben muss weitergehen ohne business as usual. Verschiedene Formen von Selbstorganisation und Selbstverwaltung haben so sich unter oft schwierigsten Bedingungen durchgesetzt und bis heute Bestand. Unser Schwerpunkt berichtet in erster Linie von den Experimenten der Fabrikbesetzungen. Kein einfacher Weg, da diese sich bei oft ungeklärten Besitzverhältnissen den üblichen Marktbedingungen stellen müssen. Trotzdem blitzt auch Neues auf, was auf die Möglichkeit einer ganz anderen Vergesellschaftung als die der Geldgesellschaft hinweist. Erschienen ist der Artikel »Wind des Südens – Funken eines nicht-entfremdeten Bewusstseins inmitten des argentinischen Zusammenbruchs« von Marco Fernandes in dem auch in der CONTRASTE besprochenem Buch »Dead Men working« (www.krisis.org). Wir danken »Krisis« und dem Unrast-Verlag für die Möglichkeit des Nachdruckes. Ebenso danken wir dem »Informationszentrum 3. Welt« für die Bereitstellung einiger Fotos zu Argentinien aus ihrem Internetauftritt (www.iz3w.org).

PROZESS GEGEN FRIEDENSAKTIVISTEN WEGEN VERTEILUNG EINES FLUGBLATTS / MAHNWACHE HINTER GITTERN

D 8008

Zwei Monate Strafhaft

Ein Strafmaß von zwei Monaten Haft lässt eine schwerwiegende Straftat vermuten. Das Amtsgericht Cochem verurteilte am 23.11.2004 jedoch vier gewaltfreie Atomwaffengegner.

Elke Steven, Roland Blach (Red. Heidelberg) ● Sie waren weder in ein Gelände eingedrungen, noch hatten sie einen Zaun zerschnitten. Vor dem Fliegerhorst Büchel hatten sie lediglich Flugblätter verteilt, in denen sie gemeinsam mit anderen UnterzeichnerInnen die Soldaten aufrufen, rechtswidrige Befehle zu verweigern (siehe CONTRASTE Nr. 242, Seite 2).

Im Flugblatt und ausführlicher vor Gericht begründeten sie ihre Meinung, dass die in Büchel stationierten Atombomben völker- und grundgesetzwidrig sind. Sie beriefen sich auf Menschenrechte, auf das Grundgesetz, auf humanitäres Völkerrecht, auf den Nichtverbreitungsvertrag über Atomwaffen, der auch eine mittelbare Teilhabe für Deutschland verbietet und zu wirksamen Maßnahmen zur Abrüstung verpflichtet. Sie verwiesen darauf, dass sie Soldaten vor drohenden Straftaten warnen wollten. Sie forderten, dass das Gericht bei einer Verurteilung zumindest prüfen müsse, ob denn die nukleare Teilhabe rechtmäßig sei. Und zu all dem stellten sie Beweisanträge.

Sie erinnerten an den Freispruch des Kammergerichts Berlin nach einer Serie von Prozessen wegen des Aufrufs zu Fahnenflucht und Befehlsverweigerung während des Nato-Krieges gegen Jugoslawien. Auch das Kammergericht ließ damals die Frage, ob der Krieg völkerrechtswidrig war, unbeantwortet. Es stellte jedoch fest, dass dies – wäre es für die Gerichtsentscheidung relevant – das Bundesverfassungsgericht entscheiden müsste. Die Gehorsamsverweigerung bei unverbindlichen Befehlen sei jedoch nicht rechtswidrig. Vor allem sei die in dem damaligen Aufruf zum Ausdruck kommende zugespitzte Meinung durch Art. 5 GG (Meinungsfreiheit) gedeckt.

Ein borniertes Gericht, das schon die Anklageschrift nicht hätte zulassen dürfen, ließ alle Argumente an einer dicken Panzerwand abprallen, lehnte alle Beweisanträge ab und verurteilte zu hohen Strafen. Fest verwurzelt in einer preußisch-militaristischen Tradition, stand für Richter und Staatsanwältin wohl fest, dass Soldaten blind zu gehorchen und nicht selbst nachzudenken haben.

Der Richter verurteilte zu 45 (CONTRASTE-Autor Hermann Theisen, Heidelberg) und zu 40 Tagessätzen (Martin Hans Otto, Wetzlar), zu einem (Johanna Jaskolski, Erftstadt) und zu zwei Monaten (Wolfgang Sternstein, Stuttgart) Haft. Die Haftstrafen erhielten die beiden, die schon in der Vergangenheit wegen Aktionen Zivilen Ungehorsams zu Haft verurteilt worden waren – nicht zuletzt vom selben Amtsgericht. Alle Angeklagten legten Rechtsmittel ein.

Mahnwache hinter Gittern

Am 26.11.2004 hat Martin Otto aus Wetzlar, Mitglied der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA), eine Ersatzfreiheitsstrafe in der JVA Gießen angetreten, die er als »Mahnwache hinter Gittern für eine atomwaffenfreie Welt« versteht.

Er ist zu einer Geldstrafe von 200 Euro verurteilt worden, weil er sich am 23.5.2003 an einer Zivilen Inspektion im Atomwaffenstützpunkt Büchel/Südeifel beteiligt hat. Mit mehreren anderen Aktiven hatte er den Militärzaun aufgeschnitten und unerlaubt das Gelände betreten, um gegen die Lagerung von Atombomben der USA in Büchel zu protestieren.

Martin Otto verweigert die Zahlung der Geldstrafe in die Kasse des deutschen Staates, der die NATO-Politik der nuklearen Abschreckung mitträgt. Daher soll er ersatzweise 15 Tage ins Gefängnis. Vorher sind schon acht Mal Aktive der GAAA wegen solcher Aktionen im Gefängnis gewesen.

Mit dem Gefängnisaufenthalt verbindet die GAAA eine Solidaritätsaktion, bei der Gleichgesinnte einen Offenen Brief an Bundesregierung, US-Botschaft, Justizorgane und Presse mit unterzeichnen und für die sofortige Abschaffung aller Atomwaffen eintreten können.

Die »Mahnwache hinter Gittern« soll acht Tage dauern. Die GAAA wird bei einer Solidaritätsaktion Geld sammeln, um Martin Otto nach acht Tagen Haft aus dem Gefängnis freizukaufen.●

Kontakt:
GAAA, Haußmannstr. 6, D-70188 Stuttgart
Tel. (07 11) 215 51 12, Fax 215 52 14
E-Mail: gaaa@paritaet-bw.de

CONTRASTE-BILANZ

»Alternativen haben Zukunft«

So ist der Spendenaufruf überschrieben, der dieser Ausgabe beiliegt. Wir bitten wiederum um Spenden für die im Jahr 2005 zu erwartende Deckungslücke für unser Zeitungsprojekt, dessen Erscheinen auch weiterhin sicher gestellt werden soll. Ursache dieser Finanzlücke sind 135 Abos, die uns fehlen.

Redaktion Heidelberg ● Eigentlich kein Problem, sollte man meinen. Doch unsere seit zwei Jahren praktizierte Kampagne Abo 100+ zeigt auf, dass es schwierig werden wird, die uns fehlenden Abos dazu zu bekommen. Die Aktion 2003 schloss mit einem Minus von 29 Abos, die diesjährige Aktion mit einem Minus von 25 Abos ab. Eine etwas traurige Bilanz, auch ein Blick auf die anderen linken Zeitungen, die ähnliche Erfahrungen machen, tröstet uns nicht darüber hinweg.

Mut macht uns indessen die Solidarität unserer LeserInnen, die uns Jahr für Jahr dabei helfen, unsere Deckungslücke zu schließen, damit eine Neuverschuldung verhindern, und sogar noch unseren Altschuldenberg weiter abbauen. Nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten hätte unsere Zeitung nie gedruckt werden dürfen. Unser Schuldenberg, der 1996 noch 24.000 Euro betrug, konnte bis heute auf 7.300 Euro abgetragen werden.

Wir bedanken uns bei allen LeserInnen herzlichst für ihre Solidarität mit dem Zeitungsprojekt!

Die zu erwartende Deckungslücke im Jahr 2005 liegt bei 6.100 Euro. Mit dem angestrebten weiteren Abbau von Altschulden (in Höhe von 1.300 Euro) liegt das Spendenziel für 2005 bei 7.400 Euro.

Jahresrückblick

Bei der Aktion 2004 gingen bis zum 25.11.2004 insgesamt 7.785,57 Euro durch Spenden und zusätzliche Fördermitgliedschaften ein, davon kamen 2.000 Euro aus einer Leih- und Schenkungsgemeinschaft, an der sich LeserInnen und Redaktionen beteiligten. Das Spendenziel lag bei 7.100 Euro, so dass wir knappe 700 Euro bereits jetzt für die weitere Schuldentilgung einsetzen konnten.

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2005

Das Zeitungsprojekt benötigt 2005 7.400 EUR an Spendengeldern.

Das Ziel der Abokampagne: 135+ Neuabos

Zwei Fördermitgliedschaften wurden gekündigt, fünf Abos wurden auf eine Fördermitgliedschaft umgestellt, zwei neue Fördermitgliedschaften kamen hinzu.

Getrübt wurde das Ergebnis durch 68 Abokündigungen, demgegenüber stehen 43 Neuabos bzw. Fördermitgliedschaften, d.h. bereinigt haben wir ein Minus von 25 Abos. Die Aboentwicklung wird immer mehr zu einem ernsten Problem. Der sich daraus ergebende Minusbetrag von 1.125 Euro kann im Jahr 2005 nur durch zusätzliche Spenden und weitere Umstellungen auf Fördermitgliedschaften aufgefangen werden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

Eingearbeitet in den Jahresrückblick mit Stand vom 25.11.2004 sind drei Neuabos und zehn Kündigungen, sowie weitere Spendeneingänge:

- Andy Hertel, Bad König (1,50 EUR)
- Katharina Lenski, Jena (5 EUR)
- Martin Weicker, Neuwied (25 EUR)
- Hermann Eberle, Wendland (88 EUR)
- Abfallgut Dresden e.V. (20 EUR)

Herzlichen Dank!

Abokampagne 100+

Trotz der negativen Bilanz der bisherigen Kampagne geben wir die Hoffnung nicht auf, zusätzliche Abos und Fördermitgliedschaften zu gewinnen.

»Alternativen haben Zukunft« – darauf bauen wir, denn mit Hartz IV wird es für alle sichtbar und spürbar. Die Marktwirtschaft entledigt sich des Sozialen. Widerstand gegen Sozialabbau und Umweltzerstörung tut Not und wird geleistet. Eine Systemkrise braucht allerdings radikalere Antworten: Menschen und Projekte, die sich auf den Weg machen, mitten im Alten Neues zu wagen und Neues zu versuchen wie Tauschringe, Lokale Währungen, Umsonstläden, Fairkehr, ökologische Projekte, Selbsthilfe, Genossenschaft, Lebensgemeinschaft, Politische Kommune, Vernetzungen, Autonome Gemeinden und mehr. Keiner weiß den Königsweg, aber alle wissen, dass unsere Gesellschaft ohne experimentelle Veränderungen keine andere werden wird. Und es spitzt sich immer mehr zu. Inzwischen geht es nicht mehr so sehr darum, dass wir anderes leben wollen, sondern vielmehr darum, dass wir anders leben lernen müssen.

Antworten, Diskussionen und Projektbeispiele, die Mut machen, sind auch zukünftig in CONTRASTE zu finden.
Wir hoffen auf viele neue LeserInnen!

Fördermitgliedschaften

Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften tragen auch dazu bei, unser Projekt zu stabilisieren. Bei Eintritt in den Contraste e.V. (Coupon auf dieser Seite) erhalten wir den vollen Beitrag und die im Abopreis enthaltene Umsatzsteuer fällt weg, da Mitglieder die Zeitung umsonst bekommen. Zusätzlich lässt sich der Förderbeitrag natürlich von der Steuer absetzen!

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Bestellungen unter
Tel. (0 62 21) 16 24 67.●

IN EIGENER SACHE

Hin und wieder erreichen uns nicht nur lobende sondern auch zornige LeserInnenbriefe. Wir möchten ausdrücklich daraufhinweisen, das die in CONTRASTE veröffentlichten Artikel nicht zwangsläufig den Meinungen unserer Redaktionsmitglieder entsprechen müssen – selbst diese haben nicht eine einheitliche Meinung. Da sich CONTRASTE als Diskussionforum unterschiedlichster Bewegungen (und eben auch Meinungen) versteht, werden immer wieder auch Artikel, die zu kontroversen Diskussionen führen (und zugegebenermaßen manchmal recht provozierende Äußerungen enthalten) abgedruckt. Wir halten es für wichtig, keinen unkritischen Pluralismus zu vertreten aber denken, dass alle standhaft genug sein sollten, gemeinsam eine Streitkultur zu pflegen, die wichtige Auseinandersetzungen möglich macht. Also: Beim nächsten Ärger über einen Artikel nicht gleich zornig zum Hörer greifen und das CONTRASTE-Abo kündigen, sondern zur Feder oder Tastatur greifen und selbst etwas schreiben. Wie schon gesagt: Wir verstehen uns als offenes Diskussionsforum!

WER VERKAUFT IST SCHON VERKAUFT! EKH BLEIBT!!!

Wien: Soziales Zentrum in Not

Die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) hat das Ernst-Kirchweger Haus (EKH) in Wien an den Inhaber einer Security-Firma verkauft und damit das einzige soziale Zentrum Wiens einer fundamentalen Krise ausgesetzt. Das EKH gehörte der KPÖ und war 1990 von Menschen aus der radikalen und antirassistischen Linken besetzt worden.

Von Bernd Hüttner, Redaktion Bremen ● Es beherbergt unter anderem den Infoladen 10, das Archiv für soziale Bewegungen, die Volxbibliothek, die Redaktion der Zeitschrift *Tatblatt*, die Fahrradwerkstatt, das antiheterosexuelle Kneipenprojekt Queerbeisl, die verschiedenen Projekte der Flüchtlingsarbeit und den Wohnbereich, alle mit Verträgen. Mittlerweile sind die Kündigungen des neuen Besitzers für alle NutzerInnen zum 31.12. 2004 eingetroffen.

Bedingt durch die schwere Finanzkrise der KPÖ hatte diese in der Vergangenheit schon länger darüber nachgedacht, das EKH (eine ehemalige Schule), zu verkaufen. Im EKH haben sich, Staatsrepression und medialen Hetzkampagnen zum Trotz, verschiedenste linke politische Projekte entwickelt, die die KPÖ nun durch den Verkauf der Immobilienspekulation überlässt. Zusätzliche Kritik – neben ihrer miserablen Informationspolitik – zieht die KPÖ durch den Käufer auf sich, der aktive Kontakte zu Rechtsradikalen hat.

Erfreulicherweise ist die Solidarität relativ groß, an einer Demonstration in Wien am 12. November nahmen 1.300 Personen teil. Die Literaturnobelpreisträgerin Elfriede Jelinek schreibt z.B. »ich bin bestürzt und empört, empört über diesen Verkauf. Man hat euch das Haus also buchstäblich unter dem Hintern weggezogen. Das ist unglaublich, vor allem, wenn man bedenkt, wie wertvoll eure Arbeit dort ist, die Integration der unterschiedlichsten Gruppen, Menschen und Projekte. Die KPÖ zieht sich auf irgendwelche formaljuristischen Positionen zurück und vergisst offenbar die letzten Reste von Anstand und Verantwortung euch gegenüber. Ich wünsche euch, dass ihr diese bevorstehende Räumung verhindern könnt und wünsche euch viel Kraft dafür«.

Das Projekt EKH dürfte einer ungewissen Zukunft entgegensehen.... aktuelle Infos und viele Dokumente gibt es unter www.ekhbleibt.info●

KURT'S SURF CENTER: ELEKTRONISCHE ERKLÄRUNG ERFORDERLICH

Die diebische Elster

2005 geht's los. Ab Januar sind alle Unternehmen gehalten, ihre Lohnsteuer- und Umsatzsteuervoranmeldung ausschließlich elektronisch zu übermitteln. Es schlägt die Stunde der Elster (für ELektronische STeuerERklärung). Elster ist das Projekt der Finanzverwaltung, den Papierkram zu minimieren. Mit Jahreswechsel wird es ernst.

Und zwar wird es gleich so ernst, dass jede Firma und jeder Selbstständige, der da nicht mitmacht, erst erklären muss, warum Elster für sie oder ihn eine »unbillige Härte« darstellt. Hierfür wurde eigens ein Formular zum download erstellt (www.ofd.bayern.de/ofdnuernberg/steuer/archiv/download_lstinfo/21_Merkblatt_f%FCr_Arbeitgeber_und_Unternehmer_2005.pdf).

Dabei dürften es gar nicht mal so wenige sein, denen Elster gar nicht in den Kram passt. Elster gibt es nämlich vorerst nur für Windows (ab W 95), später dann auch für Linux. Die Apple- oder IBM-Welt, die ganz andere Betriebssysteme nutzt, schaut hingegen in die Röhre. Und Ausnahmegenehmigungen zur Nutzung althergebrachter Formulare soll es auch nur für einen begrenzten Zeitraum geben. Sind wir also auf dem Weg zum behördlich verordneten PC?

Fast scheint es so, denn die Umstellung auf online bei Umsatz und Lohn ist nur der erste Schritt. Weitere sollen folgen: Elster will sukzessive das ganze Formular- und Anlagewesen der Steuerzunft überflüssig machen, mit digitalen Signaturen geschützte Kommunikation und Abfragen des Steuerkontostandes ermöglichen (s. www.elster.de/ssl/index-projekt.htm).

Ernst macht die Behörde auch in anderer Hinsicht. Elster ist nämlich sogenannte »proprietäre« Software. Das heißt, dass die für Verschlüsselungs- und Sicherheitssoftware wichtige sogenannte »Open-Source-Bewegung« zumindest vorläufig ausgebremst ist.

So steht in den FAQ der Oberfinanzdirektion München zu Elster: »Eine Offenlegung des Quellcodes ist leider nicht möglich, da einige Komponenten zugekauft sind und – anders als bei herkömmlichen Open Source Projekten – unser API fast ausschließlich von anderen kommerziellen Steuer- oder FIBU-Softwareherstellern implementiert und i. d. R. nicht von freischaffenden Entwicklern genutzt wird.«

Im Klartext: Elster.de bietet Softwareentwicklern zwar Mitarbeit an, indem ein geschützter Bereich zur Pflege der Clientsoftware unterhalten wird. Bislang ist dieser Bereich aber nur zur Entwicklung von gehandelter Software interessant.

Elster ist daher eigentlich schon da: sämtliche 6 von CHIP-online aktuell getesteten im Handel befindlichen Steuerprogramme haben natürlich auch ein Elstermodul. Aber ist es damit auch da, wo es hingehört? Wünschenswert wäre eine Version, die auch von freien Softwareentwicklern (die z.B. GnuCash – s. www.gnucash.org – anbieten) gepflegt werden kann.

Sonst nistet sich ausgerechnet im hochsensiblen Finanz- und Sicherheitsbereich mit Zertifikaten, Signaturen u.a. von Banken und vielem mehr eine Elster ein, der niemand auf die Finger schaut.
Diebische Elster?●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

EIN VIERTELJAHRHUNDERT FÜR SELBSTBESTIMMUNG UND EMANZIPATION

Die Offene Arbeit in Erfurt

Seit fast 25 Jahren existiert in der thüringischen Landeshauptstadt Erfurt ein Projekt, bei dem die klassischen Einteilungen und Schubladen immer wieder versagen. Im Folgenden sollen die Geschichte, Struktur und das Wirken dieser Gruppe beleuchtet werden.

Bernd Löffler, Matthias Weiß; Erfurt

Offene Arbeit – was ist das?

Träger der Offenen Arbeit Erfurt (OA) ist der Evangelische Kirchenkreis Erfurt. Die Gruppe entstand Ende der 70er Jahre aus dem Bedürfnis, Freiräume in Kirche und Gesellschaft zu schaffen. Nach mehreren örtlichen Wechseln findet man die Offene Arbeit heute in einem angenehmen Hinterhof der Erfurter Innenstadt. Das Gebäude ist kirchliches Eigentum und wird von der OA autonom genutzt. Zur Zeit gibt es in der Offenen Arbeit 4 hauptamtliche MitarbeiterInnen und ca. 50 MitstreiterInnen und Freunde, die sich auf unterschiedliche Weise an der Umsetzung der Vorhaben beteiligen.

Die Finanzierung der OA erfolgt über Fördermittel, kirchliche Zuschüsse, Spenden und Eigenmittel. Die Aquise der Fördermittel wird wie überall von Jahr zu Jahr schwieriger und erfordert einen hohen Aufwand an Zeit und Arbeitskraft. Bisher ist die OA noch in der Lage ihre Stellenstruktur zu halten. Doch perspektivisch gibt es dafür keine Sicherheiten.

Geschichte

Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre trafen zwei Prozesse aufeinander, die zur Gründung der Offenen Arbeit führten. Eine Gruppe kritischer Christen innerhalb der evangelischen Kirche der DDR fand, es sei an der Zeit jungen Menschen Räume und Betätigungsfelder zu öffnen. Diese hatten bis dahin keinen Zugang zu den üblichen kirchlichen Strukturen gefunden.

Verbunden mit der Kritik, sowohl am Partei- und Staatsapparat der DDR, als auch an der verkrusteten und entpolitisierten Hierarchie in den eigenen Reihen, entpositionellen, die erste Proteste einleiteten. Doch ihre Suche nach einem verbesserlichen Sozialismus innerhalb der DDR musste spätestens an jenen Tagen scheitern, an denen Helmut Kohl und seine ostdeutschen Verbündeten den Menschen blühende Landschaften versprachen, wenn sie nur ihren Weg mitgehen würden. In diesen Augenblicken zerstoben die Vorstellungen von einer ökologisch-sozialistischen Gesellschaft, wirklich freien Gewerkschaften, weltweiter Abrüstung und Entfernung der Geheimdienste in beiden deutschen Staaten, einer eher libertär organisierten Gesellschaft unter der Flut von Video, Golf und Marlboro.

War anfangs der Ruf »Wir sind das Volk« die eindeutige Abgrenzung zur Nomenklatura der DDR, so wurden die späteren Parolen »Wir sind ein Volk« und »Deutschland einig Vaterland« zu Schlagworten einer fragwürdigen Volksgemeinschaft.

Es war die Zeit, in der sich die OA Erfurt aus der Vorbereitung und Organisation der Donnerstagsdemos in Erfurt zurückzog. Die Offene Arbeit Erfurt ist eine der letzten existierenden Gruppen aus der Zeit vor 1989. (1) Die meisten anderen Gruppen sind verschwunden, so als hätte das Ende der DDR die Notwendigkeit ihrer Existenz aufgehoben. (2)

Selbstverständnis

Das Prinzip »Offene Arbeit« beinhaltet folgende Schwerpunkte. Zum einen eine Arbeitsweise, die nicht viel mit der Vorstellung vom Klientel (seit neuestem noch schlimmer: Kunden) in der klassischen Sozialarbeit zu tun hat. Im Gegensatz z.B. zur Offenen Jugendarbeit, mit der die OA oft verwechselt wird, geht es hier nicht um das Prinzip der Einteilung nach Altersgruppen, Geschlecht usw. Zur OA können alle Menschen kommen und mitmachen, unabhängig von Alter, Geschlecht, Religion (oder nicht), Hautfarbe. Hier geht es vordergründig eben nicht um Betreuung, sondern um Mitmachen, auch wenn dieser Anspruch nicht immer erfüllt werden kann, da viele Menschen eben doch eher als KonsumentInnen auftauchen. Was zählt ist die Begegnung, der Austausch, die gegenseitige Toleranz. Zum anderen bezieht sich Offenheit auch auf Inhalte, Themen und Angebote. Es gibt eine gute Mischung aus politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten, kulturellen Punkten und Kreativprojekten sowie gemeinschaftlichem Erleben.

Werkstatt 2004: Café und Flohmarkt Foto: Kerstin Brückner

standen in dieser Zeit verschiedene Projekte und Gruppen, die sich »Offene Arbeit« nannten.

Gleichzeitig wuchs die Zahl junger Leute, denen Räume und Möglichkeiten eigener Entfaltung versagt blieben. Grund dafür war deren unkonventionelle, dem staatlichen Jugendverband (FDJ) eher verdächtige äußere Erscheinung, Auftreten und Haltung. Diese Menschen suchten ein Dach, um ihre Vorstellungen von Leben, Kultur, politischen Diskussionen umsetzen zu können.

Die Gruppen der Offenen Arbeit (OA) boten diese Möglichkeit. Hier konnten Konzerte stattfinden, die an anderen Orten nicht möglich waren. Hier konnten Themen diskutiert werden, die im Rest des Landes tabuisiert wurden. Und hier trafen Jugendliche auf Gleichgesinnte, die ähnliche Schwierigkeiten mit den angepassten Elternhäusern, dem autoritären Schulsystem oder der verlogenen Politik der Einheitspartei und ihrer Jugendorganisation hatten. So entstand eine Gemengelage, die alternative Kultur hervorbrachte und Themen öffentlich machte, die in der DDR lieber verschwiegen worden wären.

Dass Staat und Partei im Aufgreifen dieser Themen früher oder später eine Bedrohung sehen mussten, war klar. Die Geschichte der Bespitzelung und Repression ist lang. Ein Thema, was gesondert behandelt werden muss.

Die dauerhafte Kritik aus diesen Gruppen war sicher eine Voraussetzung zum Sturz des SED 1989. Wie in anderen Städten der DDR, so waren es die aus der Offenen Arbeit (OA) und ähnlichen Gruppen hervorgegangenen Op-

Schließlich sind alle Veranstaltungen, auch die Entscheidungsfindung öffentlich. Jede/r kann in die Entscheidungsprozesse eingreifen. Konkret: einmal wöchentlich tagt der Vorbereitungskreis. Dieser trifft die grundlegenden Entscheidungen über alle anstehenden Probleme. Jede Person, die an diesem Treffen teilnimmt ist entscheidungsberechtigt, theoretisch ab dem ersten Erscheinen (praktisch dürfte das auf Grund mangelnder Informationen und Erfahrungen eher schwierig sein). Hauptamtliche MitarbeiterInnen sind in dieser Runde nicht mehr und nicht weniger stimmberechtigt als andere Menschen. Diskussionen werden in der Regel so lange geführt, bis alle Beteiligten mit der Lösung einverstanden sind, oder sie zumindest billigen. Dieses Prinzip ermöglicht Transparenz und Direktheit der Entscheidungen. Es ist gleichzeitig die Voraussetzung für eine basisdemokratische und möglichst hierarchiefreie Struktur.

Politisches Verständnis

Das Sich-Einmischen in politische Diskussionen und Prozesse ist ein wichtiges Feld der OA geblieben.

Beginnend mit der Weigerung die »Wiedervereinigung« unter der politischen und ökonomischen Dominanz der westdeutschen kapitalistischen Eliten zu bejubeln, setzte ab 1990 eine Neuorientierung in der politischen Tätigkeit ein. In den Mittelpunkt rückten nun die Unterstützung gesellschaftskritischer und ökologischer Initiativen auf lokaler und gesamtdeutscher Ebene: die Beteiligung an den Protesten gegen die Castor-Transporte ins Wendland, die Unterstützung der Flüchtlingsarbeit, die Mitarbeit in der Initiative »Mehr Demokratie« in Thüringen oder der Widerstand gegen den Ausbau des Erfurter Flughafens, der sogenannten Thüringer Waldautobahn und den Bau einer neuen ICE-Strecke durch den Thüringer Wald.

Die dabei gemachten Erfahrungen ähneln denen anderer Initiativen in dieser Zeit: die Machtverhältnisse hatten sich grundlegend verändert, die Herrschaft einer monolithischen Partei- und Staatsführung wurde abgelöst von einem parlamentarischen System, welches alle wichtigen Entscheidungen wieder von den Menschen auf Apparate verlagerte. Die »übergeordneten Interessen« waren nicht mehr die imaginären Ziele eines angeblich »real existierenden Sozialismus«, sondern die des Marktes und der Profitmaximierung innerhalb eines zunehmend weltweit agierenden Kapitalismus.

Außenansicht der OA Foto: Matthias Weiß

Diese Erkenntnis erfordert aus Sicht der OA einen zweiten Schritt innerhalb einer kritischen Bewegung: die Suche nach Alternativen. Alternativen, die den real existierenden Kapitalismus überwinden, ohne zur Scheinalternative eines Staatssozialismus vor 1989 zurück zu kehren. Ein emanzipatorischer Schritt, dessen Beschreitung wohl noch langwieriger und schwieriger werden dürfte, als die Befreiung von SED und Ministerium für Staatssicherheit.

Die Suche nach den Alternativen bestimmt einen erheblichen Teil der politischen Veranstaltungen in der OA. Praktisch heißt das: möglichst jeden Donnerstagabend findet eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung in den Räumen der OA statt, in deren Mittelpunkt Kritik und Suche gleichermaßen stehen.

Dass dies nicht widerspruchsfrei, in trauter Eintracht und ohne erhebliche Diskussionen von statten geht, versteht sich von selbst. Dafür ist die Offene Arbeit zu bunt, sind die Interessen zu unterschiedlich. Es macht die Stärke dieser Gruppe aus, die verschiedenen Interessen zu zulassen und immer wieder zu bündeln.

Reibungspunkte

Nach fast 15 Jahren bundesdeutscher Realität zeigt sich auch bei der Offenen Arbeit, dass es Veränderungen gegeben hat. Diese Veränderungen sind nicht immer positiv. Der bürokratische Aufwand hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht. Bedingt durch einen finanziellen Mehraufwand müssen natürlich Geldquellen gesucht und erschlossen werden. Beantragungen, Verhandlungen und Abrechnung von Finanzen gestalten sich im Arbeitsaufwand sehr unterschiedlich und oft wird allein in dem Bereich der Geldbeschaffung Ideenkraft und Zeit gebunden, die für die eigentliche inhaltliche Arbeit notwendiger wäre. Bis vor zwei Jahren hatte die Offene Arbeit eine eigene Buchhaltung, von der Kirchenleitung mehr oder weniger geduldet. Auch hier zeigte sich, dass sich die Bürokratie mit ihren Verwaltungsschriften durchsetzen konnte, entgegen jeglicher bisherigen Erfahrung und Realität. Das Resultat war schließlich, dass die Buchhaltung inzwischen über die zentrale Verwaltung des Kirchenkreises getätigt wird, für die Gruppe unbefriedigend und aufwendiger als vorher.

War die Offene Arbeit schon zu DDR-Zeiten in der Kirche ein Reibungspunkt, so tritt diese Rolle nach einigen Jahren der Ruhe und gewissen »Narrenfreiheit« wieder mehr in den Mittelpunkt. Einige VertreterInnen der Kirche aber auch des politischen Lebens stoßen sich mittlerweile deutlicher an Positionen der Offenen Arbeit. Die OA steht laut ihrem Positionspapier im Widerspruch zur jetzigen kapitalistische Marktwirtschaft. Solch eine Position erregt die Gemüter und wirft bei einigen Kirchenleuten und PolitikerInnen die Frage auf, ob die Offene Arbeit Erfurt eigentlich immer noch Teil der Kirche sein kann. Daher ist es wieder wichtig, eigene Positionen in den jeweiligen Gremien und Ausschüssen deutlich zu vertreten. Der Raum für alternative Visionen wird nicht verschenkt, sondern es muss sich Zutritt verschafft werden.

Ausblick

Im Herbst feiert die Offene Arbeit ihr 25-jähriges Bestehen. Nicht viele Gruppen haben eine so lange Existenz aufzuweisen. Eine gute Gelegenheit über das Bisherige nachzudenken, vielleicht Bestehendes in Frage zu stellen und nach neuen Wegen zu suchen. Die Erkenntnisse, das ein gemeinsames Grundverständnis nicht gleichbedeutend mit ideologischer Gleichschaltung ist, dass Vielseitigkeit und Unterschiedlichkeit auch stärkend wirken können, dass die Suche nach einem Weg zur Emanzipation zwar langwierig und schwierig ist, aber auch Spaß machen kann – dies könnten Voraussetzungen für ein langes Leben sein.●

(1) Uns noch bekannte Gruppen aus dieser Zeit sind die Junge Gemeinde Stadtmitte in Jena und die Kirche von Unten (KvU) in Berlin, die aber inzwischen z.T. andere inhaltliche Ansätze aufweisen.

(2) Mehr zu dieser Zeit u.a. in: »...das war doch nicht unsere Alternative. DDR – Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende«. Hrsg.: Bernd Gehrke, Wolfgang Rüddenklau, Verlag Westfälisches Dampfboot, 1999.
Konkret zur OA Erfurt gibt es als Ergebnis einer Geschichtswerkstatt die ca. 3stündige Aufnahme einer Sendung beim Erfurter Radio F.R.E.I.. Bei Interesse ist diese als CD verfügbar.

Kontakt:
Offene Arbeit Erfurt, Allerheiligenstraße 9
D-99084 Erfurt Tel./Fax: (03 61) 642 26 61
E-Mail: OffeneArbeitErfurt@gmx.de
Homepage: www.OffeneArbeitErfurt.de.vu

BUNDESWEITES TREFFEN IN BERLIN

Redaktion Heidelberg ● »Mögliche Rechtsformen für Kooperativen«, war das Hauptthema des bundesweiten Treffens von Food-Coops und Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften, dass Anfang Oktober in Berlin stattfand. Dr. Burchard Bösche vom Zentralverband der Konsumgenossenschaften Hamburg erläuterte die Vor- und Nachteile unterschiedlicher Rechtsformen für Kooperativen und ging auf die vorgesehenen Änderungen im Vereins- und Genossenschaftsrecht ein.

Einen breiten Raum nahm der gegenseitige Erfahrungsaustausch ein. Themen dabei waren Probleme in der Food-Coop, die durch schrumpfende oder auch durch schnell ansteigende Mitgliederzahlen entstehen können, und wie koop mit starker Fluktuation der Mitglieder umgeht. Wie immer wurde die Tagung auch gerne genutzt, um im Gespräch zu klären, welche Organisationsform für eine Neugründung oder Umgestaltung einer Kooperative die geeignete ist.

Das bisherige Presseorgan der Bundesarbeitsgemeinschaft, das »Koop-Telegramm«, wurde eingestellt, da für ein zeitnahes und regelmäßiges Erscheinen keine Verantwortlichen mehr gefunden wurden. Der Informationsfluss untereinander wird seitdem über einen E-Mailverteiler gewährleistet.

Am zweiten Tag der Tagung stellte Thomas Albrecht die Food-Coop Szene in Berlin vor. Ein Besuch bei der Food-Coop Bergmannstraße, der ältesten Berliner Food-Coop, die bereits seit 1979 existiert, rundete das Programm ab.

Das nächste bundesweite Treffen wird vom 2. bis 4. September 2005 in Rostock stattfinden.●

Kontakt: Bundesarbeitsgemeinschaft der Lebensmittelkooperativen, c/o Bärbel Holve, Hochstraße 30, D-53894 Lückerath, Tel. (0 24 43) 16 31
E-mail: info@lebensmittelkooperativen.de
Web: www.lebensmittelkooperativen.de

INDIEN – AUROVILLE

Zu bequem eingerichtet in den Privilegien ?

Ich möchte in meinem Beitrag exemplarisch etwas tiefer in das »beachtenswerte Experiment einer anderen menschheitlichen Zukunft« namens Auroville eingehen, das Renate Böger in ihrem Beitrag (vgl. CONTRASTE Nr.242/November 2004) beschrieben hat.

Uschi Volz-Walz (kennt Auroville als Besucherin) ● Auroville ist der Ansatz, wie ihn die Alternativbewegung in den 70igern hatte: nämlich durch den Versuch im Hier und Jetzt eine Utopie vom anderen Leben umzusetzen und dadurch positiv auf gesellschaftliche Prozesse einzuwirken, auch wenn dies unter widrigen kapitalistischen und patriarchalen Umständen passiert. Dem Gründer Sri Aurobindo ging es, meiner Ansicht nach um eine »revolutionäre« Veränderung. Dieser Ansatz ist mit dem spirituellen Hintergrund der Transformation verbunden und letztendlich der Unterschied zur Alternativbewegung. Ich sehe in Auroville den Zusammenhalt in den verschiedenen Zugängen der Einzelnen zur Spiritualität und weniger im politischen Wirken des Experiments nach außen, auch wenn der Gründerin Mira Alfassa dieser Aspekt sehr wichtig war.

Ich möchte nun einige Aspekte aufgreifen und sie in ihrer Widersprüchlichkeit zeigen, nicht um das Projekt Auroville in Grund und Boden zu kritisieren, sondern um daraus zu lernen.

Privilegierung prägt!

Grundrecht Wohnen:
Durch die Weitläufigkeit des Geländes gibt es tatsächlich einen hohen Grad an individueller Freiheit. Wenn du nach einer längeren Prozedur Mitglied von Auroville geworden bist, kannst du dir eine Hütte oder auch einen Palast bauen, das bleibt dir überlassen. Der materielle Hintergrund des Einzelnen ist hierfür entscheidend. Daraus entsteht dann auch der krasse, nicht zu übersehende Unterschied allein schon in der Architektur. Du hast ein lebenslanges Wohnrecht in dem Gebäude, aber kein Eigentumsrecht, d.h. du kannst es nicht verkaufen, nach dem Verlassen oder nach deinem Tod geht dies in das Gemeinschaftseigentum über. Die prinzipielle Kluft zwischen arm und reich bleibt trotzdem bestehen und prägt die Gemeinschaft und das architektonische Bild – hier die Baumhütte, da die Villa mit Swimmingpool.

Grundrecht auf Einkommen:
Du hast als Mitglied die Pflicht, 4 Stunden an 5 Tagen in Auroville für die Gemeinschaft zu arbeiten, dafür erhältst du soviel Geld, dass du Überleben kannst, in der »Mensa« gibt es hervorragendes Essen umsonst. Für alle Mitglieder der Kommune gibt es freien Zugang zu Bildung, Kultur und medizinischer Versorgung. Wenn du mehr haben willst, dann musst du mehr arbeiten oder bringst eben Geld mit bzw. gehst in den unerträglichen Sommermonaten in die Metropolenländer, um Geld zu verdienen. Auch hier ist an sich ein guter Ansatz von einem anderen Leben sichtbar, dennoch bleibt die Privilegierung einiger auf Grund ihrer Herkunft, ihrer Ausbildung oder ihrer besonderen Zugangsmöglichkeit erhalten.

Grundrecht »jeder/m nach ihren/seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten«:
Die Entfaltungsmöglichkeiten sind wirklich beachtlich. Es herrscht ein sehr kreatives und innovatives Klima, in dem etliche Erfindungen gemacht werden können und werden, allerdings das »Vermarkten« dieser für die Allgemeinheit nützliche Erfindungen, findet hauptsächlich nur auf individueller und nicht auf kollektiver Basis statt. Das individuelle »Vermarkten« wird den AurovillanerInnen allerdings leicht gemacht, denn der reproduktive Bereich ist ihnen größernteils abgenommen. Es arbeiten über 5.000 tamilische Menschen, in der Hauptsache Frauen, in den Dienstleistungsbereichen wie Putzen, Kochen, Waschen, Gärtnern, sowie in den Fabriken und da natürlich in den niedrigen Tätigkeitsbereichen. Das bedeutet faktisch: die AurovillanerInnen sind die Damen und Herren, die in einer Art neokolonialer Weise privilegiert leben und sich bedienen lassen. Sie sind sich dessen bewusst und manchmal diskutieren sie auch darüber, aber sie stecken in einem realen Dilemma. Die Gründerin Mira Alfassa hatte formuliert: »die Tamilen sind die ersten Aurovillaner«. Das heißt, sie könnten ohne große Aufnahmeprozedur Teil der Gemeinschaft sein, wenn sie wollten! Nun ist dem aber nicht so. Auroville hat es geschafft, der größte Arbeitgeber in dieser Region zu sein. Und das heißt etwas, inmitten der Armut. Auroville beschäftigt bewusst vorwiegend Frauen, die von ihren Ehemännern verlassen worden sind und von ihren Familien wieder aufgenommen wurden, aber keinerlei Rechte haben und wie der letzte Dreck behandelt werden. Auroville bezahlt für die ausgeführten Tätigkeiten viel viel mehr, als das, was sie sonst kriegen könnten. Und: Auroville bietet für die Frauen, die es wollen, Alphabetisierungskurse und Ausbildungsplätze an. Das alles hat zur Folge, dass die Frauen selbstbewusster geworden sind, sich in ihrem Umfeld mehr behaupten und ihre Kinder sogar zur Schule schicken können. Diese für die Frauen geschaffene Struktur bedeutet für die Männer in der Region de facto eine Entmachtung. Einige Männer versuchen immer wieder ihren Status durch patriarchale Überfalle auf Auroville zu verteidigen.

Kleingewerbe der Tamilen an der Straße durch Auroville

Leben im inhaltlichen Dilemma

Auf der einen Seite ist Auroville für die in der Region lebenden Frauen ein sicherer Arbeitgeber, der patriarchale Strukturen infrage stellt. Auf der anderen gibt es nur zwei von siebzig Communities, die ihren Dreck selber wegmachen.

Würde Auroville all diejenigen entlassen, die im reproduktiven Bereich arbeiten, wäre der im Moment sichere Status als größter Arbeitgeber in der Region, gegenüber der indischen Regierung gefährdet. Andererseits: Fast alle Tamilen und Tamilinnen, die in Auroville arbeiten, wollen kein Teil von dem Projekt werden und sind ganz zufrieden, wie es für sie ist.

Einerseits: Auroville könnte mit einem langfristig angelegten Plan, der viel Energieaufwand bedeuten würde, natürlich auch diese Punke langsam verändern. Andererseits war dies leider nirgendwo wahrzunehmen.

Es macht etwas mit dir, wenn du immer in der »Herrenrolle« bist, auch wenn du es »gut« meinst, in dem du versuchst, das beste draus zu machen. Meine Kritik liegt darin, dass sich Auroville zu bequem in diesen Widersprüchen eingerichtet hat.

Partizipative Basisdemokratie

Alle der 70 Communities besitzen einen Computeranschluss, über den sie intern miteinander vernetzt sind. Die virtuelle Kommunikation über die Diskussionsforen und die Netzzeitung, ist beachtlich.

Die größten Versammlungen, auf denen auch Entscheidungen gefällt werden, werden normalerweise von 40-50 Teilnehmenden besucht, in Konfliktsituationen kommen bis zu 90 und das bei 2.000 BewohnerInnen. Was mich schwer beeindruckt hatte, war der respektvolle Umgang miteinander, auch wenn der Konflikt spannungsgeladen ist, jemand sogar rumbrüllt. Dennoch wurde auch demjenigen Respekt entgegengebracht. Die Entscheidungsfindung ist ein langwieriger Prozess und faktisch werden im Alltag in den Gruppen »financial group« und der »developement group« viele Entscheidungen einfach ganz pragmatisch gefällt. Ich hatte jedoch nicht den Eindruck, dass diese Gruppen allzu mächtig waren, sie wurden nicht institutionalisiert kontrolliert, sondern bei Bedarf, wenn einige den Eindruck hatten, dass falsche Entscheidungen getroffen wurden. Und es ist auch nicht so, dass die Leute Schlange stehen, um bei diesen Gruppen mitmachen zu können, das Gegenteil ist eher der Fall. Diese Basisdemokratie scheint eine gewisse Behäbigkeit zu haben, in der keine der vielen Gruppierungen (meistens nach Nationalitäten unterteilt) wirklich die Macht inne hat.

Faszit: Auroville ist ein Experiment, das sich anzuschauen lohnt, v.a. für die Menschen, deren politischer Ansatz der Versuch eines anderen Leben im Hier und Jetzt ist.●

BigBrotherAward 2004: KATEGORIE BEHÖRDEN & VERWALTUNG

Preisträger: Die Bundesagentur für Arbeit

Frank Jürgen Weise von der sogenannten »Bundesagentur für Arbeit« erhält den BigBrotherAward in der Kategorie »Behörden und Verwaltung« wegen a) der inquisitorischen Fragebögen zu ALG2, b) der Unwilligkeit, die Fragebögen vor 2005 datenschutzgerecht zu überarbeiten, sowie c) der vermuteten Zugriffsmöglichkeit auf die Daten der Arbeitssuchenden (»Kunden« ist ein Euphemismus) von sämtlichen Arbeitsagenturen aus bundesweit. Die Laudatio hielt Rolf Gössner von der Internationalen Liga der Menschenrechte.

Redaktion Heidelberg ● »Der BigBrotherAward in der Kategorie »Behörden und Verwaltung« geht an die Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg, vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden Frank-Jürgen Weise für die Ausgabe eines 16seitigen Antragsformulars an Langzeitarbeitslose, mit dem hochsensible Daten teils unzulässig abgefragt werden und Informationen auch unbefugten Stellen zugänglich werden können. Damit verstößt die Bundesagentur massiv gegen den Sozialdatenschutz, das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und den Grundsatz der Datensparsamkeit.

»Haben ... die mit Ihnen im Haushalt lebenden Angehörigen Vermögen? Bank- und Sparguthaben, Bargeld..., Kraftfahrzeug, Wertpapiere..., Kapitallebensversicherungen, Bausparverträge..., Wertsachen, Gemälde?« oder *»Kann [Ihr Angehöriger] ... Ihrer Einschätzung nach mindestens drei Stunden täglich einer Erwerbstätigkeit ... nachgehen?«* Dies sind Zitate aus dem Antragsbogen für das kommende Arbeitslosengeld II. Die Antragsteller müssen auf diesen Formularen entblößende Auskünfte über Einkommens-, Vermögens-, Wohn- und Familienverhältnisse offenbaren. Das betrifft Millionen Arbeitslose, denen seit Juli 2004 entsprechende Formulare zugesandt worden sind.

Hartz IV/ALG II stellen einen Generalangriff auf den Sozialstaat dar, der zu massiven sozialen Verwerfungen führen kann. Doch allein schon die datenschutzrechtlichen Probleme sind einen BigBrotherAward wert. Mit dem Antragsbogen sind gravierende Eingriffe in die informationelle Selbstbestimmung, die Persönlichkeitsrechte, die Privat- und Intimsphäre der Antragsteller verbunden. Nur drei Beispiele:

1. Offenlegung der Lebensverhältnisse Dritter: In den Erfassungsbögen müssen nicht nur die Antragsteller Angaben zu ihren Einkommens-, Vermögens-, Familien- und Wohnverhältnissen machen und durch entsprechende Nachweise belegen. Sie sehen sich auch gezwungen, sensible Daten über andere Personen anzugeben, insbesondere über ihre Kinder, Ehe- und Lebenspartner, andere Angehörige oder Mitbewohner in sogenannten Bedarfsgemeinschaften. Diese wissen im Zweifel noch nicht mal von der Weitergabe und Verarbeitung ihrer Daten.

2. Mangelhafte Eingrenzung der Fragen: Darüber hinaus wird in den Antragsbögen an vielen Stellen nicht unterschieden zwischen einerseits der »Bedarfsgemeinschaft«, zu der Eltern und Kinder gehören, und andererseits einer »Haushaltsgemeinschaft«, also der bloßen Wohngemeinschaft, auch wenn es sich bei dem Mitbewohner um einen Onkel handelt. Zu reinen Haushaltsgemeinschaften müssen zumeist keine Angaben gemacht werden, aber dieser Hinweis fehlt in den Antragsformularen. Auf diese Weise werden Antragsteller hinters Licht geführt und zu Informationen verleitet, die sie weder machen müssen, noch eigentlich machen dürfen.

3. Einsicht Unbefugter in geschützte Daten: Vom Antragsteller sowie von dessen erwerbstätigen Angehörigen und Mitbewohnern wird verlangt, Verdienstbescheinigungen von den jeweiligen Arbeitgebern beizubringen. Dafür ist das so genannte Zusatzblatt 2 (»Einkommenserklärung/Verdienstbescheinigung«) vorgesehen – und zwar

Fortsetzung nächste Seite

BigBrotherAwards

Die BigBrotherAwards Deutschland wurden ins Leben gerufen, um die öffentliche Diskussion um Privatsphäre und Datenschutz zu fördern – sie sollen missbräuchlichen Umgang mit Technik und Informationen zeigen.

Seit 1998 wird ein solcher Preis in verschiedenen Ländern und seit dem Jahr 2000 auch in Deutschland an Firmen, Organisationen und Personen verliehen, die in besonderer Weise und nachhaltig die Privatsphäre von Menschen beeinträchtigen oder persönliche Daten Dritten zugänglich machen.

Der Name ist George Orwells negativer Utopie »1984« entnommen, in der der Autor bereits Ende der vierziger Jahre seine Vision einer totalitären Überwachungsgesellschaft entwarf. Die Preisskulptur, eine von einer Glasscheibe durchtrennte und mit Bleiband gefesselte Figur, wurde von Peter Sommer entworfen. Sie zeigt eine Passage aus Aldous Huxleys »Schöne Neue Welt«.

Die deutschen BigBrotherAwards werden vom Bielefelder FoeBuD e.V. organisiert. Der FoeBuD gründete sich 1987 als Verein zur Förderung des öffentlichen bewegten und unbewegten Datenverkehrs. Bekannt wurde der Verein durch Vernetzungsarbeit im Zerberus-Netz, seine Mailbox BIONIC, das Friedensnetzwerk ZaMir im ehemaligen Jugoslawien, das deutschsprachige Handbuch zu dem Verschlüsselungsprogramm Pretty Good Privacy (PGP) und seine monatliche Veranstaltungsreihe PUBLIC DOMAIN zu Themen aus Zukunft und Technik, Wissenschaft und Politik, Kunst und Kultur.

Der Jury gehören neben dem FoeBuD sechs weitere unabhängige Organisationen an. Seit 2003 beteiligt sich auch die Internationale Liga für Menschenrechte.

Die BigBrotherAwards sind international vernetzt. Bereits in 14 europäischen Ländern sowie in Japan, Australien und in den USA werden fragwürdige Praktiken mit diesen Preisen ausgezeichnet.

FÜNF JAHRE ARCHIV DER SOZIALEN BEWEGUNGEN BREMEN (1)

»Gedächtnis für die Linke«

Im Dezember 2004 jährt sich der Gründungsbeschluss des »Archivs der sozialen Bewegungen« Bremen (2) das fünfte Mal. Das überwiegend von ehrenamtlicher Arbeit getragene Archiv wurde im Dezember 1999 gegründet, als sich der Infoladen der »Bremer BürgerInneninitiative gegen Atomanlagen« (BBA) und der Infoladen »Umschlagplatz« zusammenschlossen. Ihre seit Mitte der 1970er Jahre gesammelten Dokumente bildeten den Anfangsbestand, hinzu kamen einige Privatsammlungen.

Von Bernd Hüttner und Bernd Vennebusch (Bremen) ● Seit 2001 wird kontinuierlich Material von anderen Bewegungsarchiven, von Bremer politischen Gruppen und von Privatpersonen aufgenommen. Unter dem Motto »Von der Bewegung – für die Bewegung« wird in diesem selbstverwalteten Archiv Material aus den vielfältigen Widerstands- und Protestbewegungen der letzten Jahrzehnte bis zur Gegenwart zusammengetragen und aufbewahrt. (3) Das Archiv ist ein »Gedächtnis für die Linke« und stellt das Material für Geschichtsarbeit zur Verfügung.

Sammelgebiete

Das Archiv sammelt vor allem zu folgenden Themen: Geschichte Bremens; kritische Geschichtsarbeit und Methoden (Alltagsgeschichte etc.); Zeitgeschichte Deutschlands; Nationalsozialismus; APO/SDS/StudentInnenbewegung; Frauen- und Lesbenbewegung; ArbeiterInnen/Gewerkschaften; kommunistische Gruppen; Bildung/Pädagogik/SchülerInnen; bewaffneter Kampf; Justiz/Polizei; Häuserkampf/Stadtentwicklung; Friedensbewegung/Antimilitarismus; Radikale Linke; Autonome; Anti-Atom-Bewegung; Internationalismus/Antiimperialismus; Soziales/Gesundheit; Männer/Schwule; Bevölkerungspolitik/Gen- und Reproduktionstechnologien; Flüchtlinge/Migration/Rassismus/Antisemitismus; traditionelle Linke/Demokratischer Sozialismus; Grüne Partei; PDS; Neue Technologien; Ökologie/Alternativbewegung.

Bestand

Dank zahlreicher Zugänge, u.a. von (ehemaligen) AktivistInnen konnte der Gründungsbestand des »Archivs der sozialen Bewegungen« von ca. 150 Regalmetern mittlerweile mehr als verdoppelt werden. Der Bestand ist breit angelegt, geht vom heterogenen Material der heterogenen Bewegungen selbst aus und orientiert sich eher an den selbst entwickelten Strukturen der Bewegungen als an wissenschaftlicher Einteilung.

Das Archiv gliedert sich in:

● Bücher: Vorhanden sind etwa 2.000 Bände, vor allem aus den 1970er und 1980er Jahren. Weitere ca. 1.000 Bände sind momentan noch privat untergebracht. Die Bücher sind thematisch sortiert, aber nicht katalogisiert.

● Zeitungen und Zeitschriften: Die nach Titeln gegliederte Zeitungs- und Zeitschriftensammlung ist das Herz des Archivs und umfasst über 750 Titel (ca. 700 Archivboxen). Hinzu kommen geschätzt über 1.000 weitere Titel als Einzel- oder in sehr wenigen Exemplaren. Viele überregionale Periodika seit den 1980er Jahren sowie ausländische Titel sind zu finden. Knapp zehn Prozent der Titel sind aus Bremen und Umgebung. Über 120 Titel werden laufend bezogen. Seit Sommer 2003 ist eine BISMAS-Datenbank für die Zeitschriften in Arbeit (www.bestand.archivbremen.de).

● Broschüren, graue Literatur, Flugblätter, Zeitungsartikel: Sie sind in ca. 200 Stehsammlern und Archivboxen aus dem Zeitraum seit den 1960er Jahren zusammengefasst, wobei zwei Drittel des Materials sortiert sind. Die Erfassung erfolgt nach Themen, innerhalb dieser ggf. auch nach Eingang bzw. chronologisch. Ca. 15 laufende Regalmeter harren der weiteren Sortierung.

● Plakate: Das Archiv verfügt über eine umfangreiche, jedoch noch nicht sortierte oder erschlossene Plakatsammlung.

● Sondersammlung Landwirtschaft und Provinz: Sie enthält Material zu den Themen Regionalentwicklung, Bio-Landbau, Landwirtschaft, Provinzarbeit und ländliche Sozialgeschichte mit einem Umfang von ca. 20 Regalmetern.

● Sondersammlung Grufties gegen rechts: Sie besteht aus dem Archiv übergebenem Material über die Arbeit der Initiative »Grufties gegen rechts«, die von 1998 bis 2003 in Bremen und bundesweit agierte.

Das Archiv sucht alle Dokumente (Broschüren Plakate, Flugblätter, Zeitungen etc.) zu Protest und Widerstand, linker Theorie und Praxis in den letzten Jahrzehnten. Besonderes Interesse besteht an Büchern aus den letzten zehn bis 15 Jahren, an Zeitschriften aus den 1960er und 1970er Jahren, an Stadt- und Regionalzeitungen sowie Dokumenten aller Art aus Bremen.

Das »Archiv der sozialen Bewegungen« bietet Führungen durch das Archiv, Hilfe bei der Suche nach Material für die politische Arbeit, bei Recherchen und Referaten sowie Informationen zu kritischer Geschichtsarbeit und Bewegungsarchiven.

Vernetzung, Bewertung und Ausblick

Das Archiv ist in Bremen Mitglied im Netzwerk Selbsthilfe Bremen/Nordniedersachsen, bei *Anares. Verein zur Förderung der Lesekultur und unterrepräsentierter Kultur*, im Verein *»Erinnern für die Zukunft«* und in der *Historischen Gesellschaft Bremen*. Es arbeitet seit der Gründung im Kreis Bremer Archive (www.bremer-archive.de) mit und nahm an den beiden Bremer Tagen der Archive 2001 und 2003 teil. Überregional gehört es dem *Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.* an und arbeitet im *Netzwerk Kritische Geschichte* und seinem gleichnamigen Internetangebot (www.kritische-geschichte.de) mit.

Die beiden wichtigsten lokalen Kooperationspartner sind der Infoladen Bremen, der die Räumlichkeiten dankenswerterweise kostenlos zur Verfügung stellt, sowie der Verein »Erinnern für die Zukunft«, der bei der Konservierung der Dokumente und der Erstellung einer Datenbank half. Überregional arbeitet das Archiv mit vergleichbaren Archiven und Bibliotheken u.a. in Oldenburg, Hamburg, Berlin, Köln, Bonn, Jena, Wien, Großhennersdorf und Gera zusammen. Materialaustausch gibt es ferner mit der Bibliothek des »Instituts für Regional- und Sozialgeschichte« an der Universität Bremen, dem »ECO-Archiv Arbeiterkultur und Ökologie« in Hofgeismar und der »Dokumentationsstelle für unkonventionelle Literatur« der »Bibliothek für Zeitgeschichte« in Stuttgart. Auch im wissenschaftlichen Umfeld der Bewegungsforschung wurde das Archiv bekannt gemacht. Seit der Gründung des Archivs wurden über 1.500 kg Dubletten an andere Archive abgegeben. Im Herbst 2003 erschien im Ergebnis eines durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderten Forschungsprojekts das Buch »Archive von unten« (4). Es gibt – erstmals wieder seit 13 Jahren – einen Überblick über Bewegungsarchive und -bibliotheken und enthält neben den Adressen eine Befragung zu deren

Situation und ihrem Selbstverständnis.

Finanzielle Unterstützung kommt immer wieder vom Netzwerk Selbsthilfe Bremen/Nordniedersachsen. Von der Stiftung Mitarbeit (Bonn) erhielt das Archiv im Jahre 2000 einen kleinen Starthilfezuschuss. Allerdings müssen verstärkt Möglichkeiten des Fundraising ausgelotet werden, da ohne größere finanzielle Zuwendungen nur die Bestandssicherung und der Materialeingang gewährleistet werden können. Eine öffentlichkeitswirksame Arbeit bildet die Voraussetzung (und weitergehend ein Ergebnis), um kommunale Zuschüsse oder Privatspenden zu erreichen. Finanzielle Spielräume müssten auch für neue, adäquate Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden, denn etwa zwei Drittel der Räumlichkeiten sind aus archivalischer Sicht völlig ungenügend, um eine mittelfristige Sicherung des Materials zu erreichen (5).●

1) Archiv der sozialen Bewegungen Bremen, St. Pauli Str. 10/12, 28203 Bremen, Öffnungszeiten: Mittwoch 16.30 bis 19.00 Uhr und nach Absprache, Fax: 0421/75682; Mail: archivbremen@nia tu.net; Internet: www.archivbremen.de
2) Siehe die Gründungserklärung in CONTRASTE, September 2000
3) Einen Überblick über die Szene bietet zuletzt Bernd Hüttner: Archive der sozialen Bewegungen, in: Forum Wissenschaft, 2002, H. 2, S. 62-65. Ältere Fassung online unter: www.copyriot.com/unefarce/ no4/archiv.html.
4) Siehe Bernd Hüttner: Archive von unten. Archive und Bibliotheken der neuen sozialen Bewegungen und ihre Bestände, Neu-Ulm 2003. Unter www.leibi.de/archive sind mehrere Besprechungen und ein auch in CONTRASTE veröffentlichter Nachtrag zugänglich.
5) Weitergehende Überlegungen zur Situation und Zukunft von Bewegungsarchiven liefert die Abschlussarbeit im Rahmen der Ausbildung zum wissenschaftlichen Dokumentar an der Fachhochschule Potsdam von Bernd Vennebusch (2003). Bezug als elektronische Kopie über die Archivadresse.

DIE AUTOREN

Bernd Hüttner
geb. 1966, Politikwissenschaftler. Gründer des Archiv der sozialen Bewegungen und seitdem dort ehrenamtlich tätig. Interessenschwerpunkte: Geschichte und Zukunft der radikalen Linken; Neo-Operaismus; Zeitgeschichte des ländlichen Raumes und der Landwirtschaft.

Bernd Vennebusch
geb. 1974, Iranist und wissenschaftlicher Dokumentar, arbeitete im Archiv 2003 im Rahmen eines Ausbildungspraktikums und seitdem gelegentlich mit. Lebt in Hamburg und Bremen.

FORTSETZUNG VON SEITE 4

die Rückseite. Auf der Vorderseite findet der Arbeitgeber oder irgendein ausfüllender Kollege aus der Personalabteilung die eigentlich zu schützenden Daten ihrer Mitarbeiter und der Antragsteller. Normalerweise braucht aber niemand seinem Arbeitgeber zu offenbaren, was er sonst noch für Einnahmen hat, dass er ALG II beantragen muss oder dass er mit einem ALG-II-Empfänger zusammenlebt. Das wäre mit dem Sozialgeheimnis und dem Persönlichkeitsrecht nicht vereinbar und könnte sich im Einzelfall nachteilig auswirken.

Angesichts der massiven Kritik an den Antragsbögen lud Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) Arbeitslose ein, sich doch an ihn persönlich zu wenden, falls Probleme beim Ausfüllen auftreten sollten: »Wer nicht zurecht kommt, soll mich anrufen«, lautet sein saloppes Angebot. Das Ausfüllen dauere höchstens eine halbe bis dreiviertel Stunde. Ein – vielleicht willkommener – Nebeneffekt des flotten Ausfüllens ist: Wer so schnell ausfüllt, übersieht am ehesten die Tücken, auch die datenschutzrechtlichen. Dieser Beschwichtigungsversuch ist also so populistisch wie zynisch – denn die gravierenden Mängel der Fragebögen sind auch nach berechtigter Fachkritik nicht behoben worden.

Seit Juli 2004 wurden die Antragsbögen verschickt, im August gab es ein dringendes Gespräch mit dem Bundesbeauftragten für Datenschutz, Peter Schaar, wegen erheblicher rechtlicher Bedenken. Das Ergebnis: Die Bundesanstalt für Arbeit hat die Kritik weitgehend eingesehen. Zukünftig sollen datenschutzgerechte Antragsbögen verwendet werden.

Das ist die gute Nachricht – die schlechte: Vor Februar 2005 seien diese neuen Bögen aber nicht einsetzbar. Millionen von Menschen müssen also, wenn sie im Januar Geld zum Leben erhalten wollen, die alten, datenschutzwidrigen Formulare verwenden. Zwar hat die Bundesagentur im September neue Ausfüllhinweise (Stand 16.9.04) herausgegeben und darin etliche Fehler eingestanden und zu korrigieren versucht; aber die kamen für manche Antragsteller zu spät, bzw. sind vielen noch immer nicht bekannt. Mit den Melde- und Nachweispflichten werden zukünftige Empfänger von Arbeitslosengeld praktisch unter den Generalverdacht des potentiellen Leistungsmissbrauchs gestellt – Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hat es klar und deutlich ausgedrückt, als er von der »Mitnahme-Mentalität« bei staatlichen Sozialleistungen bis weit in die Mittelschicht hinein gesprochen hat. Auch nach Antragstellung müssen Leistungs-Empfänger damit rechnen, weiter durchleuchtet zu werden. Außerdem sind ihre personenbezogenen Daten nicht ausreichend geschützt. Drei Beispiele:

1. Fehlerhafte Software: Die geplante automatische Verarbeitung der mit den Antragsformularen erhobenen Daten stößt auf erhebliche datenschutzrechtliche Bedenken – zumal inzwischen bekannt geworden ist, dass die Software mit systematischen Fehlern behaftet ist. Bisher weist alles darauf hin, dass es bei dem bundesweiten Datenverarbeitungssystem keinerlei Zugriffsbeschränkungen gibt. Dies bedeutet, dass nicht nur die örtliche Sachbearbeiterin, sondern sämtliche Sachbearbeiter aller Arbeitsagenturen bundesweit auf sämtliche hochsensiblen Daten aller Arbeitslosen Zugriff erhalten, ohne dass wirksame Missbrauchsvorkehrungen getroffen wären. Wir fragen uns, ob das ein Fehler in der Software ist oder ein gewünschter Effekt.

2. Geplanter Datenabgleich: Die Bundesagentur hat angekündigt, im Falle von »Ungereimtheiten« (z.B. Diskrepanzen zu früheren Angaben, widersprüchliche Angaben aus der Bedarfsgemeinschaft etc.) die Auskünfte der Betroffenen mit den Daten anderer Behörden, etwa der Finanzämter oder Rentenversicherungsträger, abzugleichen. Um die Kontrolle zu perfektionieren, lässt sich sogar auf »Antiterror«-Gesetze zurückgreifen: Danach müssen alle Geldinstitute über eine Computer-Schnittstelle jederzeit Informationen über sämtliche Konten und Depots von allen Bankkunden zum Abruf für die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) bereithalten (§ 24c KWG – Kreditwesengesetz) – ohne dass die Banken oder ihre Kunden von den Online-Abfragen etwas merken. Den Arbeitsagenturen stehen ab 2005 solche Finanz-Daten der Leistungsempfänger sowie der Kinder, Ehepartner, Lebensgefährten und Mitbewohner innerhalb einer Bedarfsgemeinschaft zur Verfügung, »wenn eigene Ermittlungen«, etwa Nachfragen beim Betroffenen oder bei Mitgliedern der Bedarfsgemeinschaft durch die Arbeitsagenturen, »keinen Erfolg versprechen« (§ 93 Abs. 8 AO).

3. Hausbesuche: Die Bundesagentur für Arbeit hat bereits angekündigt, zur Überprüfung von Vermögensangaben und Wohnverhältnissen auch Hausbesuche zu machen. Solche Heimsuchungen und Schnüffelmethoden stellen einen schweren Eingriff in die Privatsphäre der Betroffenen dar und verletzen das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung. Kontrollen in privaten Wohnräumen, um die Lebensverhältnisse der Antragsteller zu inspizieren, darf es ohne Einwilligung der Betroffenen nicht geben. Dabei stellt sich aber die Frage, welche Konsequenzen es haben kann, wenn jemand seine Einwilligung verweigert. Nach momentaner Rechtslage verletzt er damit seine Mitwirkungspflicht und macht sich erheblich verdächtig. Von Freiwilligkeit kann hier wohl kaum die Rede sein.

Fazit: Der Umgang der Bundesagentur mit sensiblen personenbezogenen Daten ist erschreckend. Die behördliche Neugier macht vor kaum einem Lebensbereich der Millionen von Betroffenen halt. Mit den Erfassungsbögen und der weiteren Datenverarbeitung werden die Persönlichkeitsrechte von Langzeitarbeitslosen ausgehöhlt, sie mutieren zu gläsernen Leistungsempfängern. Die Datenerhebung ist in weiten Teilen rechtlich unzulässig, weil mehr personenbezogene Daten abgefragt werden, als für die Feststellung des Leistungsanspruchs unabdingbar sind. Zwar versicherte die Bundesregierung, nur die erforderlichen Daten würden gespeichert und überflüssige gelöscht (Pressemitteilung vom 24.08.2004). Doch sie hat nicht mitgeteilt, wie sie dafür sorgen will, dass die unzulässig erhobenen Informationen aus den Hunderttausenden von Akten wieder entfernt werden sollen. Herzlichen Glückwunsch zu diesem datenschutzrechtlichen Desaster der Bundesagentur für Arbeit, Herr Weise!«●

ANTEAG – ASSOCIAÇÃO NACIONAL DOS TRABALHADORES EM EMPRESAS DE AUTOGESTÃO (NATIONALE VEREINIGUNG DER ARBEITER IN SELBSTVERWALTETEN BETRIEBEN)

Für wen und für was arbeiten wir?

Vom 5. bis 10. Oktober 2004 fand in Imshausen eine Internationale Sommerschule Solidarische Ökonomie statt, organisiert von der Loccumer Initiative Kritischer WissenschaftlerInnen. Über 50 Menschen, überwiegend aus Deutschland und Lateinamerika, tauschten sich aus über Erfahrungen eines anderen Wirtschaftens. In einer Zukunftswerkstatt entwickelten sie konkrete Ideen, wie solidarisches Wirtschaften in Deutschland vorangebracht werden kann, z.B. durch die Einrichtung von Innovationswerkstätten an Universitäten, nach dem Vorbild der brasilianischen Incubadoras. Besonders interessant ist der umfassende soziale, kulturelle und politische Ansatz dort, der weit über rein pragmatische Versuche der Schaffung von Arbeitsplätzen hinaus geht.

Von Jacqueline Bernardi ● Es ist schon viel über die derzeitige weltweite ökonomische Krise geschrieben worden. Es gibt die verschiedensten Daten, welche die brutale soziale Ungleichheit belegen, die die kapitalistische Welt hervorgebracht hat. (1) Ein großer Teil der Bevölkerung hat keine Arbeit mehr, sondern sucht Arbeit um ihr Überleben zu sichern (2). Krisen gab es schon immer in der Geschichte der Menschheit und folglich auch in der Arbeitswelt. Das Neue an der derzeitigen Krise ist, dass sie auch die so genannten reichen und entwickelten Länder betrifft. Insbesondere einige der ökonomischen Denkrichtungen erklären, dass Armut und Misere in den Ländern der so genannten »Dritten Welt« auf fehlendem Wachstum und Entwicklung beruhen. Wie kann aber die derzeitige Krise in den reichen und entwickelten Ländern erklärt werden? Ist es eine vorrübergehende Krise? Wie kann sie überwunden werden?

Um über diese Fragen nachzudenken, ist es notwendig, einige Punkte zu nennen, an denen sich die derzeitige Ökonomie orientiert, wie zum Beispiel die Produktivitätsraten. Es wird viel über die Bedeutung der Wachstums- und Produktivitätsraten gesprochen, indessen wird nicht die Repräsentativität diskutiert, die solche Konzepte für die gesamte Gesellschaft haben: Wachstumsraten und Erhöhung der Produktivität für was und für wen? Das Gleiche gilt für die Globalisierung – bzw. das, was Globalisierung genannt wird –, die de facto die Lebensweise von nur 20% bis 40% der Weltbevölkerung betrifft. Daneben bleiben 40% der Menschheit von der »Globalisierung« genannten Lebensweise unberührt. Und als Letztes ist die Nachhaltigkeit zu beachten. Die derzeitige Ökonomie ist nach wie vor abhängig von den natürlichen Ressourcen, die sich aber im Prinzip nicht in der Kalkulation der Produkte widerspiegeln.

»Im Industriekapitalismus finden sich nicht selten Tätigkeiten, bei denen der Produktionsprozess dreimal mehr Energie verbraucht, als das Produkt hervorbringt. Dies ist der Fall bei der industriellen Fleischproduktion mit dem hohen Einsatz von Chemie und Elektrizität. Die Hochseefischerei mit Gefrierfischen hat eine noch schlechtere Bilanz von 20 : 1. Diese wirtschaftlichen Tätigkeiten sind nur rentabel, weil eine vollkommene Trennung zwischen der monetären und der material-energetischen Kalkulation besteht. (3)

Die Frage die gestellt werden muss: Wie können wir diese Konzepte neu ausrichten (4) (Wachstumsraten, Produktivität, Globalisierung), damit sie der gesamten Bevölkerung und nicht nur einer Minderheit dienen und gleichzeitig auch die Umwelt schützen?

Es gibt keine Modelle oder Rezepte, um diese Frage zu beantworten. Ziel dieses Artikels ist es, einige brasilianische Erfahrungen vorzustellen, die gemeinsam mit vielen anderen das konstituieren, was Solidarische Ökonomie genannt wird, welche zeigt, dass es möglich ist, eine andere Ethik in der Ökonomie anzunehmen: die solidarische Ethik. Darüber hinaus zeigen diese Erfahrungen auch, dass es möglich ist, die ursprüngliche Bedeutung der Ökonomie zu erfüllen, bzw. eine soziale und gerechte Entwicklung der Welt.

Die Entstehung der ANTEAG

Die ökonomische Krise und damit die der Arbeit (Deregulierung von Arbeitnehmerrechten, Unterbeschäftigung, Sklavenarbeit (5)) traf Brasilien hart in den 1980er Jahren und verschärfte sich mit der Globalisierung nochmals in den 1990er Jahren. Eine der schwerwiegenden Konsequenzen, die durch den Globalisierungsprozess hervorgerufen wurden, sind Insolvenzen nicht nur von kleinen sondern auch von mittleren und großen Betrieben. Im Angesicht des Anstiegs der Insolvenzen und dem Abbau der Arbeitsplätze entschlossen sich brasilianische Arbeiter, sich zu vereinigen und für ihre Plätze zu kämpfen.

Die erste organisierte Erfahrung von Arbeitern war der Kampf zur Übernahme der Schuhfabrik Makerly in Franca im Bundesstaat São Paulo. Der Vorschlag an den Eigentümer war die Übertragung der Besitzrechte an die Arbeiter und im Tausch dazu die Aufgabe garantierter Arbeitnehmerrechte aus der Konkursmasse. Die Fabrik sollte nach dem neuen Modell – genannt »Fabrik der Arbeiter« – verwaltet werden. Bis dahin gab es keine vergleichbare Erfahrung in Brasilien. Der nächste Schritt war der Kauf von Maschinen (US$ 600.000). Die Arbeiter mussten dazu den Sitz der Banespa (6), Behörden sowie den Amtssitz des Gouverneurs des Bundesstaates besetzen, um die Finanzierung zu erhalten. Makerly wurde der erste selbstverwaltete Betrieb, bei dem die Kontrolle organisiert übernommen worden war. Die nächste Herausforderung war, die Selbstverwaltung zu strukturieren und zu überdenken. Die Arbeiter von Makerly beriefen Personen der alten Direktion in Vertrauenspositionen. Leider wurde dieser Fehler zu spät erkannt und Makerly überstand diese schwierige Phase nicht.

Auf Grund dieser Erfahrung entstanden andere Betriebe und es begannen Diskussionen, die zum »Ersten nationalen Treffen der Arbeiter in selbstverwalteten Betrieben« führte. An diesem Treffen nahmen sechs Betriebe teil und 1994 wurde die ANTEAG (Nationale Vereinigung der Arbeiter in selbstverwalteten Betrieben) gegründet, mit dem Ziel, Verhandlungen und Wiedereinbetriebnahmen zu erleichtern sowie als gemeinsame Vertretung der Betriebe gegenüber Regierungsorganen.

Die ANTEAG war ohne definierte theoretische Linie gegründet worden. Die teilnehmenden Personen hatten das Bewusstsein, dass sie etwas Neues aufbauen, was mit den bekannten Möglichkeiten brach. Daher konnte es auch kein fertiges Projekt geben. Es war klar, dass zur Zerschlagung des monopolisierten Kapitals auch der Bruch mit traditionellen Verwaltungs- und Organisationsstrukturen notwendig wäre. Mit anderen Worten: Es sollte die kapitalistische Unternehmenskultur zerschlagen und eine kollektive Kultur der Selbstverwaltung aufgebaut werden. Dies ist eine der großen Herausforderungen der ANTEAG: die Ausbildung des Arbeiters für ein kollektives Projekt.

»Alle kommen aus einer früheren Unternehmensrealität und tradieren subjektiv und objektiv deren ideologische Aspekte der Unterordnung, der Hierarchie, des Befehlsempfangs ... Die gleiche Herrschaftskultur bildet Männer dazu aus auf das Gaspedal zu treten und Frauen auf die Bremse. Das Gleiche geschieht mit der Arbeiterklasse. Sie wurde nicht für die Freiheit ausgebildet sondern für die Unterordnung. Sie wurde nicht ausgebildet um zu wissen, sondern um zu gehorchen.« (7)

Teilnehmer am Gründungsprozess der ANTEAG

Die ANTEAG entstand aus der Arbeiterschaft, insbesondere durch Arbeiter, die stark in den sozialen Bewegungen verankert waren. Die brasilianische Gewerkschaftsbewegung hat eine lange Geschichte interner Kämpfe und Auseinandersetzungen, sowie verschiedene Denk- und Aktionslinien. Die Techniker und Führer der ANTEAG haben eine persönliche Geschichte als Aktivisten in der Gewerkschaftsbewegung. Die Mehrheit der Personen, die heute in der ANTEAG sind, kamen aus der Chemiegewerkschaft von São Paulo, die Pionierin war in der Formulierung von neuen Statuten und der Organisation der Arbeiter gegen die »Gelben Gewerkschaften« (sindicalismo pelego). (8) Die Chemiegewerkschaft von São Paulo hatte immer eine kritische Position und war stets an der Spitze jener, die ein neues Verhältnis zwischen Staat und Gewerkschaften suchten. Sie blieben in den Gewerkschaften mit dem Ziel, Arbeiter auszubilden, »damit sie Herren über ihre eigene Ziele würden und die Rolle verständen, die sie für die Wirtschaftsgeschichte ihres Landes und die Gewerkschaftsbewegung erfüllen.« (9)

Daher gründeten sie ein Bildungssekretariat der Chemiegewerkschaft, mit dem Ziel, Arbeiter zu organisieren und auszubilden, damit sie die Realität, in der sie leben, analysieren können. Ende 1991 wurde das Bildungssekretariat aufgelöst, die Direktion kalt gestellt und einige Tage später entlassen. Nach dieser Erfahrung begannen sie, mit einer Gruppe vielfältig ausgebildeter Techniker, sich neu zu orientieren und Kontakte zu knüpfen (Prof. Marilena Nakano und der Soziologe Betinho) und schließlich ein Bildungsprojekt für den »Fabrikboden« zu konstituieren. Die erste finanzielle Unterstützung kam von DIEESE (Departamento Intersindical de Estatísticas e Estudos Sócio-Econômicos) (10), das 1995 von der brasilianischen Gewerkschaftsbewegung gegründet worden war, um technische Unterstützung für Gewerkschaften nach deren Bedürfnissen zu leisten.

Das Konzept der Selbstverwaltung

Für die ANTEAG ist die Teilhaberschaft von Arbeitern an einer kollektiven Gesellschaft noch nicht ausreichend, den Betrieb als selbstverwaltet einzustufen. Für die demokratische Organisation ist es notwendig, dass die Arbeiter über alle Dinge im Betrieb entscheiden können: Produktionsprozess, Investitionspolitik, neue Technologien, Personalpolitik, etc. Nur so steht der Betrieb wirklich unter der Kontrolle der Arbeiter. Ist dies möglich? Ja, dies ist möglich, wenn die Arbeiter wollen und Zugang zu den Informationen haben. Die ANTEAG mit ihren Bildungskursen und ihrer Arbeitsmethodik hat dies erreicht. Nach und nach erlangen Arbeiter ein Bewusstsein ihrer Rolle und ihrer Möglichkeiten und übernehmen allmählich den Betrieb.

Arbeitsmethodik der ANTEAG

Die Leitidee der Arbeitsmethodik der ANTEAG ist die Ausbildung von Arbeitern zur Solidarität und Selbstverwaltung.

»Die Ausbildung zur Solidarität und Selbstverwaltung lehrt die Partizipation am Leben der Stadt und ist ein Beispiel zur Ausübung von Bürgerrechten. Wenn wir über ein Projekt der Selbstverwaltung sprechen, begrenzen wir uns damit nicht auf eine Aktivität und nicht nur auf die Verhältnisse innerhalb eines Betriebes. Wenn mit der Entwicklung der Selbstverwaltung begonnen wird, strebt die organisatorische Seite stets danach, sich in den Rest der Gesellschaft zu erweitern.« (13)

ANTEAG hat eine pädagogische Rolle zur Arbeiterbildung entwickelt, die neue Beziehungen in der Arbeitswelt und die Partizipation am sozialen Leben lehrt. Sobald die Arbeiter ihre Rolle und ihre Möglichkeiten erkennen ihr Leben zu gestalten und zu bestimmen, ereignen sich regelrechte Revolutionen innerhalb der Fabriken und in den Gemeinschaften. Hier ist wichtig zu erwähnen, dass dieser Prozess nicht von jetzt auf gleich geschieht und auch nicht für alle Arbeiter gleich verläuft. Demokratische Beziehungen in diesen Prozessen sind dabei grundlegend. Es gibt Arbeiter, die sich einen Chef wünschen und dass Andere die Entscheidungen treffen. Die Geschichte lehrt uns, wenn die Dinge zu sehr vorbestimmt werden, scheitern sie, obwohl es gute Begründungen und gute Absichten gab.

ANTEAG organisierte 2003 das erste brasilianische Treffen von Arbeitern in selbstverwalteten Betrieben. Bei diesem Treffen wurde die Rolle von selbstverwalteten Betrieben in der aktuellen Lage sowie deren finanzielle Tragfähigkeit diskutiert und Arbeitslinien für Arbeiter und selbstverwaltete Betriebe definiert. Eines der beratenen Prinzipien beschäftigte sich mit der Definition von Aktionslinien für den Aufbau von Selbstverwaltung und Solidarischer Ökonomie.●

HERAUSFORDERUNGEN FÜR ANTEAG

a) *Gewerkschaftsbewegung* – jedweder Veränderungsprozess erfährt viel Widerstand. Heute ist die ANTEAG eine bekannte und respektierte nationale und internationale Organisation. Aber es gab eine Zeit, in der Teile der brasilianischen Gewerkschaftsbewegung Zweifel an den Intentionen der ANTEAG hatten. Dies ging soweit, dass sie beschuldigt wurde, die Deregulierung der Arbeitnehmerrechte zu fördern, weil sie Arbeiter unterstützten, als Billiganbieter aufzutreten oder im Dienst des Kapitals ständen, weil sie den Kapitalismus dabei unterstützten, die Probleme der Massenarbeitslosigkeit zu lösen. Diese Phase ist überwunden, dennoch gibt es noch Auseinandersetzungen mit Teilen der traditionellen Gewerkschaftsbewegung.

b) *Staat* – Schwierigkeiten im Verhältnis zum Staat gibt es auf zwei wichtigen Sektoren: Kreditvergabe und Gesetzgebung. Noch gibt es in Brasilien keine eigene Gesetzgebung für selbstverwaltete Betriebe. (11) Die gültige Gesetzgebung für Kooperativen wurde 1971 durch die Militärs mit dem Ziel erarbeitet, diese juristische Form für das Kapital zu nutzen, um Steuern zu sparen und Arbeiter auszubeuten. Daher gibt es gegen Kooperativen viele Vorbehalte. Dies ist auch eine der Herausforderungen der Bewegung für solidarische Ökonomie, Volkskooperativen und selbstverwaltete Betriebe zu identifizieren und von den traditionellen Kooperativen abzugrenzen. Die selbstverwalteten Unternehmungen sind gezwungen, sich an die traditionelle Kreditvergabe zu halten. Obwohl die BNDS (Banco Nacional Para o Desenvolvimento Social – Nationale Entwicklungsbank) guten Willens ist, sind juristische Hürden ein Problem, weil die Gesetzgebung Garantien verlangt, die selbstverwaltete Betriebe, auf Grund ihrer noch relativen Fragilität, nicht geben können. Und Gemeinschaftsunternehmen, die den Anforderungen nachkommen könnten (die es zweifelsfrei gibt), haben nicht die technischen Kapazitäten dazu, weil Arbeiter unter anderem nicht gelernt haben Berichte zu verfassen, Pläne zu organisieren und Gesuche einzureichen. (12) Derzeit bietet ANTEAG Kurse zur Kapazitätsbildung an, damit auch hier Arbeiter auf institutioneller Ebene bestehen können.

c) *Kultur der Arbeiter und Arbeiterinnen* – eine der großen Herausforderungen der ANTEAG ist die kapitalistische Arbeitskultur. Historisch wurden Arbeiter und ihre Kenntnisse in den Fabriken verachtet. Diese Tatsache verbunden mit dem Fordismus (und vielen anderen existierenden administrativen Methoden) führte dazu, dass Arbeiter ständig Tätigkeiten wiederholten (Entfremdung der Arbeit). Daher verloren sie das Gefühl für den Wert der Arbeit. Die Mehrheit der Arbeiter sehnt sich nach dem Erhalt ihres Arbeitsplatzes und dem Erhalt des Lohnes, weiter nichts. Daher ist kontinuierlich ein Bildungsprozess notwendig, damit die Arbeiter wieder ein Gefühl für den Wert ihrer Arbeit bekommen. Nur langsam wird bemerkt, dass die eigene Meinung gesagt werden kann (und sollte). Arbeiter erhielten stets Anweisungen und es ist daher ein langer Prozess, bis sie wiedererlernen selber Entscheidungen zu treffen. Eine weitere große Herausforderung der Selbstverwaltung ist das Verhältnis zu Verantwortlichkeiten. Stets gab es Chefs und eine klare Hierarchie. Dies ist ebenfalls ein langsamer Prozess, bis die Arbeiter wahrnehmen, dass in einem selbstverwalteten Betrieb Anforderungen und Verantwortlichkeit für die Arbeit und den Betrieb höher sind.

(1) Zum Beispiel kann auf die unterschiedlichen Löhne hingewiesen werden, die ein Automobilarbeiter in Lateinamerika und Europa erhält, genauso wie auf die großen Lohnunterschiede innerhalb der Europäischen Gemeinschaft für die gleiche Arbeitsleistung.

(2) Nach Informationen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) gab es 1996 weltweit eine Milliarde Arbeitslose oder Unterbeschäftigte, dies sind etwa 30% der Arbeitskräfte.

(3) PONTING, C.(1992) A Green history of the world, London, Penguin.

(4) Wir gehen davon aus, dass das Problem nicht die Konzepte sind, vielmehr die Art, wie sie im Kapitalismus angewendet werden.

(5) Sklavenarbeit wird hier verstanden als solche, bei der Arbeiter ihre Arbeitskraft einsetzen, um im Tausch dafür eine Mahlzeit zu erhalten. Diese Art der Arbeitsbeziehung ist im Großgrundbesitz Brasiliens sehr verbreitet, wo Arbeiter nicht nur prekäre Lebensbedingungen haben, sondern stets auch verschuldet sind, weil der Großgrundbesitzer Unterkunft und Verpflegung überteuert verrechnet. Die Schulden werden dadurch unbezahlbar. Versuchen Arbeiter zu flüchten, werden sie verfolgt und getötet.

(6) Banespa – Banco do Estado de São Paulo

(7) ANTEAG (2000) Autogestão: construindo uma nova cultura nas relacoes de trabalho.

(8) Als Sindicalismo Pelego (hier sinngemäß übersetzt mit Gelber Gewerkschaft) wird in Brasilien jene Gewerkschaftslinie bezeichnet, deren Führer in den 60er, 70er und 80er Jahren in der Zeit der Militärdiktatur opportunistisch waren und Gewerkschaften nur als Instrument zur Durchsetzung von Eigeninteressen und zur Stützung des Systems ansahen.

(9) ANTEAG (2000) Autogestão: construindo uma nova cultura nas relacoes de trabalho.

(10) www.dieese.org.br

(11) Es gibt Gesetzesinitiativen im Gesetzgebungsprozess, die darauf abzielen, Unternehmen zu unterstützen, die durch Arbeiter verwaltet werden. Eine dieser Initiativen, 5.849/2001, von dem Abgeordneten Orlando Disconsi (PT-RS) definiert selbstverwaltete Betriebe als solche, die durch Arbeiter geleitet werden, organisiert sind als Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aktiengesellschaft oder Kooperative Gesellschaft. Für dieses Beschäftigungssegment sollen Finanzinstitutionen spezielle Kreditlinien erarbeiten.

(12) Trotz der Schwierigkeiten konnte die BNDS 1997 an sieben selbstverwaltete Betriebe Kredite vergeben. Die Kredite hatten spezielle Konditionen mit langen Zins- und Tilgungsraten und 1%tiger jährlicher Verzinsung.

(13) ANTEAG. Economia Solidária e Autogestão como Radicalizacao da Democracia.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Argentinien

»Wozu einen Chef ?«

Auf den Straßen von Buenos Aires sind die Zeichen der Krise allgegenwärtig. In der U-Bahn versuchen Kinder, manchmal gerade 4 Jahre alt, und arbeitslose Erwachsene alles zu verkaufen, was sich irgendwie zu Geld machen lässt. Schier endlose Schlangen bilden sich dort, wo man eine Mahlzeit umsonst bekommen kann. Die vom Markt Ausgeschlossenen im Kampf um die letzten Brosamen, die die Wirtschaft für sie bereit hält. Nachts durchstöbern Zehntausende, ein Heer von *»Cartoneros«*, den Müll nach Pappe und Papier. An den Recycling-Stationen kauft man ihnen den Wertstoff für ein besseres Trinkgeld ab. Noch vor wenigen Jahren machten das nur einige der Jüngeren unter den Arbeitslosen, doch heute streifen ganze Familien durch die Straßen der Hauptstadt, um nicht Hungers zu sterben.

Nur an wenigen Orten der Stadt lassen sich die Folgen der Wirtschaftspolitik der 90er Jahre so gut beobachten wie in Puerto Madero. Früher ein heruntergekommenes Hafenviertel, sollte es nach dem Vorbild der Hafenregion von San Francisco in Kalifornien saniert werden. Zig Millionen Dollar wurden in architektonisch gewagte Bürobauten investiert, um vor allem große Unternehmen anzusiedeln. Daneben waren Hotels, Restaurants und Geschäfte der gehobenen Preisklasse für wohlhabende Touristen vorgesehen. Yachten, für die in einem kleinen Fluss Ankerplätze geschaffen wurden, sollten dem Ort eine extravagante Atmosphäre verleihen und das Bild der Symbiose von Geschäft und Freizeit abrunden.

Da jedoch die Entwicklung der argentinischen Wirtschaft nicht so ruhig verlief, wie die dunklen Wasser des Rio de la Plata dahin fließen, blieb das Projekt unvollendet. Dem Betrachter bietet sich nunmehr ein bizarres Bild: Neben hypermodernen Gebäuden und millionenschweren Yachten stehen die noch nicht abgerissenen Überreste ehemaliger Fabriken, halbfertige Rohbauten und vor sich hin rostende Kräne. Ein Bild mit Symbolkraft für das Schicksal der peripheren Länder des kapitalistischen Systems. Die herrschende Klasse versucht, jeden wirtschaftlichen Aufschwung für eine Modernisierung zu nutzen. Da sich in diesem Teil der Welt der Geldhahn der internationalen Kredite jedoch ebenso schnell wieder schließt, wie er sich öffnete, werden ihre Pläne regelmäßig zu Makulatur und sie ist gezwungen, weiterhin mit jenen Ruinen zu leben, von denen sie sich befreien wollte.

In einigen dieser Ruinen sammeln sich heute Zehntausende Argentinier, um sich gemeinsam ein neues Leben aufzubauen. Die Institutionen eines gescheiterten Systems haben sich als unfähig erwiesen, die grundlegenden Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Als Antwort darauf haben sich in den letzten Jahren unzählige Organisationen gebildet, die dies in die eigene Hand nehmen wollen. In der Peripherie der großen Städte haben sich Tausende von Arbeitslosen zu einer Bewegung der so genannten *»Piketeros«* zusammengeschlossen, die dem Staat die Stirn bietet und das Leben in den Stadtvierteln mehr und mehr in eigener Regie organisiert. Ähnliches gilt für die Stadtteilversammlungen vor allem in den Vierteln der Mittelschicht. In den letzten vier Jahren ist die Wirtschaftsleistung um 20% geschrumpft, mehr als 4.000 Fabriken haben ihre Tore geschlossen. Tausende von Arbeitern wollten jedoch die drohende Arbeitslosigkeit nicht einfach hinnehmen. Anstatt die Reihen der industriellen Reservearmee aufzufüllen, haben sie sich entschlossen, mit dem Tabu des Privateigentums zu brechen und die Produktion in den von ihren Besitzern aufgegebenen Fabriken selbständig wieder aufzunehmen. »Besetzen, um zu produzieren« lautet eine ihrer Parolen.

Die Produktionsmittel kontrollieren

Es ist momentan noch sehr schwer, ein genaues Bild der Umwälzungen, die sich in den letzten Jahren in den besetzten Fabriken ereignet haben, zu zeichnen. Es handelt sich um ein neues Phänomen, dessen Folgen noch nicht abzuschätzen sind. Bislang hat sich erst eine wissenschaftliche Studie genauer mit der Situation in den Fabriken auseinander gesetzt. Diese Studie wurde von Gabriel Fajn, der an der Universität von Buenos Aires ein Team von Wissenschaftlern um sich sammelte, durchgeführt. Allerdings konnten in der Studie nur die ersten 87 besetzten Fabriken berücksichtigt werden. Schätzungen gehen davon aus, dass sich heute ca. 180 Fabriken im ganzen Land in der Hand der Arbeiter und Arbeiterinnen befinden. Das bedeutet, dass mehr als 10.000 Arbeiter und Arbeiterinnen heute in selbstverwalteten Betrieben arbeiten. (*In Brasilien wird die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen, die in selbstverwalteten Betrieben arbeiten, auf 30.000 geschätzt. Immer mehr von ihnen organisieren sich in der Associação Nacional dos Trabalhadores de Empresas de Autogestão ANTEAG – Nationale Vereinigung der Arbeiter aus selbstverwalteten Fabriken (siehe unseren Beitrag auf Seite 6*). Aber das ist eine andere Geschichte...)

Fajn zufolge sind 80% der 87 von ihnen untersuchten Fabriken als klein zu bezeichnen. Sie weisen im Schnitt eine Belegschaft von 38 Arbeitern auf. Lediglich in einem Fünftel der Fabriken arbeiten durchschnittlich mehr als 100 Arbeiter. Es handelt sich dabei um Fabriken, die in ihrer Mehrheit noch nach dem fordistisch-tayloristischen Schema arbeiten. Nur in wenigen sind »fortgeschrittene«, so genannte toyotistische Produktionsmethoden anzutreffen. Schaut man auf die Produktionskapazitäten, lässt sich feststellen, dass die besetzten Betriebe ihre Kapazität im Schnitt zu 52% ausschöpfen. Beim größeren Teil der Betriebe lag dieser Wert um die 40%. Andererseits haben sieben von zehn Betrieben das Produktionsniveau aus der Zeit vor der Besetzung erreicht oder sogar übertroffen. In Bezug auf die Gehälter ergab die Untersuchung,

Foto: indymedia argentinien

ArbeiterInnen der Keramikfabrik ZANON auf einer Großdemonstration am 14.9.2004 auf der ein definitives Enteignungsgesetz gefordert wird

dass sie in 16% der Fälle auf demselben Niveau geblieben sind. Bei 31% der Unternehmen sind sie gestiegen und bei 52% gefallen. Um diese Zahlen einordnen zu können, muss man berücksichtigen, dass in vielen Fabriken auch leitende Angestellte und Mitglieder der Geschäftsleitung weiterhin arbeiten. Deren Bezüge sind in der Regel stark gefallen, während die der einfachen Arbeiter in der gleichen Fabrik tendenziell gestiegen sind. Es gibt auch Ausnahmen wie z.B. die Stahlhütte *Union y Fuerza*. Dort hat man es in einem Zeitraum von zwei Jahren geschafft, sämtliche Schulden zu begleichen, einen Hochofen für 90.000 Pesos zu kaufen und einen Kupfervorrat von 140 Tonnen anzulegen. Die Gehälter haben sich im gleichen Zeitraum beinahe vervierfacht.

An den Arbeitszeiten hat sich nicht viel geändert. In der Regel hat man an einem Arbeitstag von acht Stunden festgehalten, in einigen Fällen blieb man auch darunter, etwa bei *Brukman* in Buenos Aires, wo die Arbeitszeit durchschnittlich um zwei Stunden pro Tag reduziert wurde. Insbesondere interessierten sich die Forscher für die Gefahr der Selbstausbeutung als Folge der Selbstverwaltung. Der Großteil der Fabriken hat jedoch die Produktion zurückgefahren. Aber auch in den Betrieben, wo sie erhöht wurde, konnte keine Zunahme der Ausbeutung der Arbeitskraft festgestellt werden. Dies mag daran liegen, dass in 90% der Fälle die innerbetrieblichen Hierarchien abgebaut wurden. Alles wird auf Betriebsversammlungen entschieden und alle, von der Putzkraft bis zum Vorstand oder dem obersten Koordinator, verdienen das gleiche. Das dürfte das interessanteste Ergebnis der Untersuchung sein, denn es zeigt, dass sich der Fabrikalltag in dem Moment entscheidend ändert, in dem man mit den Versammlungen einen Raum für Diskussionen schafft, eine Möglichkeit für den Austausch von Erfahrungen, für gemeinsame Entscheidungen im Hinblick auf die Produktion sowie für die politische Kommunikation mit anderen Teilen der Gesellschaft.

Fajn kam ferner zu dem Ergebnis, dass in nur einem von vier Fällen eine Übereinkunft zwischen den ehemaligen Chefs und den Beschäftigten erzielt wurde. In den restlichen 75% der Fälle kam es zu Besetzungen, Straßenprotesten und Konfrontationen mit der Polizei und den ehemaligen Eigentümern. Aus diesem Grund sind auch die Besitzverhältnisse in vielen Fabriken rechtlich noch ungeklärt. In den meisten Fällen hat der Staat zwar einer auf zwei Jahre befristeten Enteignung der Gebäude und der Maschinen zugestimmt, aber es ist völlig offen, was nach Ablauf dieser Frist geschehen wird. Die Arbeiter kämpfen darum, als Eigentümer der Fabriken anerkannt zu werden. Die immensen Schulden, die von den alten Besitzern angehäuft wurden und die sich auf Hunderte Millionen von Pesos belaufen, stärken dabei ihre Position. Der größere Teil dieser Schulden setzt sich aus ausstehenden Gehältern und nicht geleisteten Sozialabgaben zusammen, aber auch Steuern und nicht bezahlte Strom-, Wasser- und Gasrechnungen schlagen zu Buche. Es ist jedoch klar, dass der von der peronistischen Bande beherrschte Staat nicht bereit sein wird, gegenüber den Arbeitern die gleiche Großzügigkeit walten zu lassen, die er immer dann zeigt, wenn es gilt, Unternehmern Millionenkredite zu bewilligen oder Steuerschulden zu erlassen. Zudem hatten zahlreiche Unternehmer, als sie merkten, dass es wegen der Wirtschaftskrise immer schwieriger wurde die gewünschten Profitraten zu erzielen, eine Strategie verfolgt, die darin bestand, die Fabriken »auszuschlachten«. Um ihr privates Vermögen zu retten, wurden Gehälter und Sozialabgaben sowie Gelder für neue Investitionen in spekulative Geschäfte auf den Finanzmärkten umgeleitet. Darin zeigt sich die neue Realität der kapitalistischen Akkumulation: Waren zu verkaufen ist kein gutes Geschäft mehr.

Funken eines nicht-entfremdeten Bewusstseins

Volkswirtschaftlich gesehen sind die besetzten Fabriken (*Okupas*) noch immer praktisch unbedeutend. Und trotz der beträchtlichen Bandbreite von Produktionssektoren, die an dieser Erfahrung der Selbstverwaltung beteiligt sind, verläuft der Aufbau von Tauschnetzen zwischen diesen Fabriken, von denen alle wirtschaftlich wie politisch profitieren würden, noch immer sehr schleppend. Dennoch zeitigt dieses in der argentinischen Geschichte einmalige Phänomen Folgen, die bedeutsamer sind als die bloße Sicherung von Arbeitsplätzen in den bankrotten Unternehmen. Zugleich wirft es auch viele Fragen auf: Welche Veränderungen sind möglich, wenn die Kontrolle über die Produktionsmittel in die Hände der Arbeiter übergeht? Was bedeutet es für die Arbeiter, sich nicht mehr den Hierarchien am Arbeitsplatz unterwerfen zu müssen, nicht mehr der Willkür eines Chefs ausgesetzt zu sein, sondern selbst die Verantwortung über die Produktion und über die Kriterien der Verteilung des produzierten Reichtums zu übernehmen? Ist es möglich, selbst wenn die Zwänge der Marktgesetze weiterhin bestehen und objektive Grenzen setzen, einen »autonomen Raum« für die Arbeiter in diesen Fabriken ohne Chef zu denken? Wie wirkt sich schließlich all dies auf die Subjektivität eines Arbeiters aus, der an diesem Erfahrungsprozess beteiligt ist?

Bedenkt man die erschreckenden Ausmaße, die der Stress wegen der zunehmenden Prekarisierung der Arbeitsbeziehungen in den letzten Jahren angenommen hat (Erhöhung der Arbeitszeit, Lohnkürzung, Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes etc.), dann kommt einigen der Erfahrungen die im Rahmen der Selbstverwaltung gemacht werden in politischer Hinsicht eine noch größere Bedeutung zu. Denn hier zeigt sich in der Praxis, dass die materielle Produktion der Gesellschaft anders organisiert werden kann. Gespräche, die ich zu Beginn des Jahre 2003 mit Arbeitern in einigen der besetzten Betriebe führen konnte, machen das deutlich.

Wozu einen Chef?

Als ich Ana Maria, die am Empfang der *Clínica Junín* in Cordoba arbeitet, bitte, ihren Alltag vor der Besetzung der Klinik zu beschreiben, kommt die Antwort wie aus der Pistole geschossen:

»Ich kann dir sagen: Früher kam ich hier an, setzte mich hier auf diesen Stuhl«, ihre Worte untermalt sie mit ausdrucksstarken Gesten, *»und machte meine Arbeit, den ganzen Tag. Ich hatte kaum Zeit, mal zur Seite zu blicken. Ich habe mich gefühlt, als ob ich in eine Tupperware-Dose eingesperrt sei.«* Mit ihren Händen deutet sie ein Plastikbehältnis an, während ihr Kopf unentwegt nach unten gerichtet ist, so, als würde sie arbeiten. *»Nach Feierabend«*, fährt sie fort, *»bin ich dann nach Hause gegangen. Todmüde bin ich in einen Sessel gesunken und habe den Fernseher angemacht. Unfähig, noch einen klaren Gedanken zu fassen, konnte ich bloß noch vor der Glotze hängen. Und als ob das nicht schon gereicht hätte, mussten wir auch noch das ewige Genörgel des Chefs ertragen. In letzter Zeit haben wir nicht mal mehr unser Gehalt ausgezahlt bekommen.«*

In wenigen Worten bringt Ana Maria den Alltag, wie er von der großen Mehrheit der Lohnarbeitenden erfahren wird, auf den Punkt. Einer Arbeitsroutine unterworfen, die in diesen Zeiten der Krise des Kapitals immer aufreibender wird, erleben sie die nicht enden wollenden Stunden am Arbeitsplatz wie einen täglichen Gefängnisaufenthalt. Und die Rückkehr in die eigenen vier Wände, nach

Fortsetzung auf Seite 8

Anzeige

krisis 28

Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft

Franz Schandl: Fan und Führer • Christian Hoser: Zur Kritik von Dialektik, Geschichtsteleologie und Fortschrittsglaube • Karl-Heinz Lewed: Von Menschen und Schafen • Norbert Trenkle: Arbeitskritik und soziale Emanzipation

Erscheint 2 mal jährlich, ca. 160 Seiten, 10 Euro pro Heft.

Abo und Einzelhefte: Redaktion krisis, Postfach 2111, 91011 Erlangen, Tel.: +49 (0911) 705628, Fax: +49 (0911) 7889542, e-mail: krisisredb@gmx.de

Auch im Buchhandel erhältlich.

Gesamtverzeichnis auf www.krisis.org oder anfordern.

www.krisis.org www.streifzuege.org

FORTSETZUNG VON SEITE 7

Argentinien

langen Stunden der Enteignung von Körper und Geist, bietet nur eine kurze Verschnaufpause, bis der Wecker am nächsten Morgen schmerzhaft an die Gefahr erinnert, vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen zu werden. Selbst mit der »Freizeit« kann man kaum etwas anfangen: Nach acht Stunden Arbeit sowie der in den öffentlichen Verkehrsmitteln verbrachten Zeit – in Städten wie São Paulo oder Buenos Aires können das leicht vier bis fünf Stunden sein – bleibt nicht mehr viel übrig, um zu leben. Der während des ganzen Tages ausgelaugte Körper weiß nicht, wo er noch Energie hernehmen soll. Deshalb ist,

Reporter: »Manche sagen, als Sie Präsident waren, haben Sie alles geraubt«. Menem: »Ach, das ist absurd. Wenn ich alles geraubt hätte, was hätte es dann für einen Sinn, wieder an die Regierung zurück zu kehren?«
(aus der Tageszeitung pagina12)

»vor der Glotze zu hängen«, oft das Einzige, was einem zu Hause noch bleibt – und in Lateinamerika sind es nicht wenige, die nicht einmal ein Zuhause haben. Jedoch scheint sich für Ana Maria einiges geändert zu haben, seit sie und ihre Kollegen die Klinik besetzt und die Kontrolle über sie übernommen haben.

Zwar sind die finanziellen Probleme noch immer gewaltig. Die Rechtslage erlaubt noch keine stationären Behandlungen. Außerdem hat sich die Belegschaft der Klinik entschlossen, nur 5 Pesos (1,50 Euro) pro Sprechstunde zu berechnen, um die Behandlungen für mehr Menschen zugänglich zu machen. Jeder der Beschäftigten der Klinik erhält deshalb ein monatliches Gehalt von ungefähr 200 Pesos, nur wenig mehr als das miserable Arbeitslosengeld und in keiner Weise ausreichend, um die monatlichen Ausgaben eines Menschen zu decken. Nachdem sie dies in sehr ernstem Ton erzählt hat, hält Ana Maria für einige Momente inne, wie jemand, der kühl die eigenen Worte abwägt. Dann diese Einsicht:

»Weißt du was? Es ist alles sehr, sehr schwierig hier. Das ist wahr. Manchmal möchte man einfach alles hinschmeißen... Aber eins ist sicher: Kein Geld der Welt kann die Tatsache aufwiegen, dass wir hier keinen Chef mehr haben!«

Das ansteckende Lachen, in das sie gleich darauf ausbricht, lässt niemanden unberührt, der gezwungen ist, seine Arbeitskraft zu verkaufen und sich der Willkür eines Chefs auszusetzen, der in Zeiten, in denen es an Arbeitsstellen mangelt, immer mächtiger wird.

Allgemein erschien die Tatsache, in einem Betrieb ohne Chef zu arbeiten, in den Aussagen als eine unschätzbare Errungenschaft, etwas, auf das man stolz ist und das einen qualitativen Unterschied im so schwierigen Alltag ausmacht. In der Figur des Chefs verdichten sich zweifellos die Zwänge der kapitalistischen Produktion: von der Aneignung des Mehrwerts bis zum Kontrollregime in der Fabrik, von der zwangsweisen Unterordnung unter die Produktionshierarchie bis hinein in die tagtäglich reproduzierten Herrschaftsverhältnisse in den persönlichen Beziehungen. Mit dem Verschwinden dieser Figur durch die Besetzung des Betriebs und seine Neuorganisation unter den Bedingungen der Selbstverwaltung gewinnen die Subjekte einen gewissen Grad an Autonomie zurück, die die Unterordnung unter einen Chef und die aufgezwungenen Arbeitsbedingungen ihnen genommen hatte. Dadurch gewinnt ihre alltägliche Tätigkeit eine neue, bisher unbekannte Dimension.

Wiederaneignung von Zeit und Raum und Reorganisation der Arbeitsteilung

Die Kontrolle über Zeit und Raum in einer Fabrik gehört zu den grundlegenden Mechanismen der kapitalistischen Profitproduktion. Ersteres bedeutet, dass die Arbeiter zu den vom Chef festgelegten Zeiten am Arbeitsplatz anwesend sind und während der Arbeit den vom Unternehmen vorgegebenen Produktionsrhythmus einhalten. Letzteres verlangt, dass jeder in der Fabrik sich nur in dem Raum bewegt, der ihm von der Arbeitsteilung zugewiesen wurde, und, wichtiger noch, dass niemand Zugang zu allen Bereichen der Produktion hat, so dass die Arbeiter den Produktionsprozess, in den sie eingebunden sind, in seiner Gesamtheit nicht überschauen können. Um dies sicherzustellen, üben Vorgesetzte und Abteilungsleiter auf dem Fabrikgelände eine Polizeifunktion aus, womit sie den Stress, dem die Arbeiter ausgesetzt sind, noch erheblich steigern.

»Früher musste ich die ganze Zeit hier am Hochofen bleiben. Ich konnte nicht mal in die Nachbarabteilung gehen, um mich mit einem Kollegen zu unterhalten. Sofort kam jemand, um mich zurückzuschicken«, erzählt Angel, ein Arbeiter der Keramikfabrik Zanon. Keine zehn Meter liegen zwischen seinem Arbeitsplatz und der Nachbarabteilung. *»Weißt du, hier gab es für alles Vorgesetzte. Ich habe noch nie so viele Vorgesetzte auf einem Haufen gesehen! Und das Schlimmste war, dass sie den ganzen Tag überall herumschnüffelten. Jede Kleinigkeit war ihnen willkommen, um uns zusammenzustauchen. Du kannst dir vorstellen, wie hier die Stimmung war!«*

Mit der Selbstverwaltung der Fabriken löste sich auch die rigide Arbeitsteilung des Fordismus auf. In erster Linie lag das daran, dass ein Großteil der leitenden Angestellten und des Verwaltungspersonals nicht bereit war, zu Bedingungen zu arbeiten, die ihnen ihre Privilegien nahmen. Deshalb war eine Neuverteilung der Aufgaben in der Fabrik unumgänglich. Die Tatsache, dass nunmehr die Belegschaftsversammlungen über alle internen Fragen entscheiden können, bedeutet außerdem, dass auch ein Wechsel zwischen verschiedenen Funktionen möglich ist, wenn die Versammlung zustimmt. Darüber berichtet Sérgio, ein Arbeiter der Textilfabrik Brukman (1):

»Seit wir die Fabrik besetzt haben, haben sich die Dinge in dieser Beziehung ein wenig geändert. Wir haben jetzt mehr Mitsprache bei der Entscheidung, wo wir arbeiten. Ich z.B. arbeite beim Zuschnitt, aber auch in der Verwaltung und manchmal, so wie jetzt, helfe ich im Verkauf aus. Das heißt, wenn jemand etwas anderes machen will, muss er seinen Wunsch nur auf der Betriebsversammlung äußern. Dort wird man dann schauen, ob sich das realisieren lässt. Das läuft hervorragend. Wenn jemand in eine andere Tätigkeit eingearbeitet werden möchte, dann haben wir hier in der Fabrik die Möglichkeit, ihm dies zu ermöglichen. Ist das nicht toll? Die ganze Zeit das gleiche zu machen, kann einem gehörig auf die Nerven gehen. Irgendwann hält man das nicht mehr aus!«

Auch bei der Arbeitszeit gab es ein paar wesentliche Änderungen. Weil in vielen Fällen die Produktion zurückgefahren wurde, konnte auch die Arbeitszeit gekürzt werden. Aber auch dort, wo die Arbeitszeit offiziell nicht verringert wurde, läuft alles etwas geruhsamer ab. Außerdem kommen in einer Fabrik, in der alles gemeinsam entschieden wird, neue Aufgaben hinzu.

»Früher haben wir die acht Stunden am Tag wirk-

Gewerkschaftsdemo. »Gegen die Repression, den Hunger, die Arbeitslosigkeit und die Wahl-Falle«. Bündnisdemo Anfang Oktober 2002 auf der Plaza de Mayo, veranstaltet u.a. von der Gewerkschaft Central de los Trabajadores Argentinos (CTA), die sich zur Arbeitslosenbewegung geöffnet hat. Mit »Wahl-Falle« sind die Präsidentschaftswahlen 2003 gemeint, bei denen es – im Gegensatz zur Baisisforderung »Que se vayan todos« – um eine neue Legitimierung der alten politischen Klasse geht.

lich gearbeitet. Wir hatten kaum Zeit, mal durchzuatmen, weil immer jemand da war, um uns zu beaufsichtigen«, berichtet Rosa, die bei Zanon arbeitet. *»Heute ist das anders. Normalerweise arbeiten wir eine Zeit lang. Dann machen wir eine kleine Pause, trinken einen Mate und gehen dann zurück zur Arbeit. So läuft das heute. Ich denke, dass wir so vier bis fünf Stunden pro Tag arbeiten. Da hinten, da ist unser Koordinator,«* sie zeigt auf einen älteren Herren, der mit einer der Maschinen beschäftigt ist, *»und wir sitzen hier, trinken Tee und unterhalten uns. Außerdem haben wir mit den Betriebs- und Abteilungsversammlungen jetzt noch andere Aufgaben, die auch ziemlich viel Zeit kosten. Aber das ist nicht so anstrengend wie die Arbeit am Fließband.«*

Abgesehen davon, dass aufgrund all dieser Veränderungen der permanente und Angst einflößende Druck verschwunden ist, den die Vorgesetzten auf die Arbeiter ausübten (was allein schon eine deutliche Erleichterung der harten Wirklichkeit am Fließband bedeutet), hat auch das Fabrikgelände selbst ganz neue Funktionen der Sozialität für die Beschäftigen erlangt. Sie haben eine völlig veränderte Beziehung zu einem Raum entwickelt, der früher nicht der ihre war. Auf die Frage nach seinen Eindrücken vom ersten Arbeitstag unter den neuen Bedingungen antwortet Angel:

»Ah, das war ganz eigenartig. Erst mal gab es niemanden, der einen kontrollierte. Ab und zu schaute ich von der Arbeit auf, blickte mich um und sah dass die Kollegen teils konzentriert arbeiteten, teils sich unterhielten. Aber es gab niemanden, der sie oder mich zur Rechenschaft gezogen hätte. Gleichzeitig war mir klar, dass es nun schwieriger werden würde. Es reichte nicht mehr aus, jeden Tag seine Arbeit zu machen und am Ende des Monats den Lohn ausgezahlt zu bekommen – obwohl wir den ja auch nicht mehr bekommen haben. Wir sind jetzt für alles verantwortlich, und auf den Versammlungen müssen alle gemeinsam darüber entscheiden, was gemacht werden soll.

Gedenkstein Gaston Riva. Die zentrale Avenida de Mayo verbindet den Regierungssitz (Casa Rosada) mit dem Kongress. Wie viele Demos konzentrierten sich hier auch die großen Proteste vom 19./20.12.2001, die unter dem Motto standen: »Que se vayan todos – que no se quede ni uno sólo!«. Damals kamen 30 Demonstrantinnen durch die Polizeirepression ums Leben. Der auf der Avenida de Mayo befestigte Gedenkstein erinnert mit einem Gedicht an einen davon. Gaston Riva war ein Aktivist der kleinen basisorientierten »Unabhängigen Gewerkschaft der Motoradkuriere und Boten«

Und das ist nicht so leicht. Aber du kannst dir sicher vorstellen, dass sich vieles geändert hat. Wir können uns hier jetzt frei bewegen und nicht nur mit dem Kollegen reden, sondern auch lernen, was er eigentlich macht. Jetzt weiß ich, wie alles hier funktioniert, ich kenne den gesamten Produktionsprozess und ich denke, dass wir vielleicht deshalb jetzt mehr Stolz haben. Wir haben das Gefühl, dass es irgendwie unsere Keramikfabrik ist...«

Es sind nicht wenige hier bei Zanon, die in den letzten Monaten gelernt haben, wie die einzelnen Abteilungen der Fabrik funktionieren. Mit der schrittweisen Sozialisierung des Produktionswissens wird es immer schwieriger, es als Herrschaftsinstrument in den Händen einiger »Eingeweihter« zu konzentrieren. Viele der Beschäftigten sind stolz, den zahlreichen Besuchern jeden Schritt im Produktionsprozess erklären zu können, von der Anlieferung des Tons bis zur Verpackung der Kacheln. Sie versichern, dass die Qualität der Produkte sich verbessert hat.

Jetzt, wo ihnen der Betrieb gehört, können sich die Beschäftigten auch neue Formen der Nutzung des Raumes vorstellen, die ihre Beziehung zu ihm verändern.

»Möchtest du etwas sehen, was sich ziemlich verändert hat?«, fragt Sérgio von der Firma Brukman. »Siehst du, wie viele Leute hier noch arbeiten?« Er zeigt in die Fabrik, wo ein Kommen und Gehen herrscht. »Und wie spät ist es?« Ein Blick auf die Uhr. »Es ist fast vier! Um drei ist hier offiziell Feierabend, und noch immer sind hier ein Haufen Leute. Früher war hier um zehn nach drei keine Menschenseele mehr anzutreffen. Außer dem Chef natürlich. Niemand ist auch nur eine Minute länger als nötig geblieben. Heute hat es keiner mehr so eilig. Einige machen noch fertig, womit sie angefangen hatten, andere plaudern, trinken Mate oder warten auf einen Kollegen oder eine Kollegin, um zusammen wegzugehen... Es ist, als ob das hier ein zweites Zuhause wäre. Wir fühlen uns wohl hier. Es gibt sogar Kolleginnen, die ihre Kinder mitbringen, wenn sie niemanden finden, bei dem sie sie lassen können. Das ist kein Problem. Wir wechseln uns ab, und den Kindern gefällt es.«

Nach und nach gewinnt der Raum der Fabrik neue Konturen und hört auf, einem Gefängnis zu gleichen. Die strikte Trennung zwischen der Arbeits- und Privatsphäre beginnt sich aufzulösen, aber nicht in dem Sinne, dass die Arbeitsroutine das Wohnzimmer erobert; vielmehr handelt es sich umgekehrt, wie Sérgio es beschreibt, um die Aneignung eines vormals privaten Raumes, der, indem er einen kollektiven Charakter annimmt, neue Dimensionen im Alltag der Arbeiter und Arbeiterinnen gewinnt. In einigen Fabriken etwa betreiben die Beschäftigten zusammen mit Studenten »Kulturzentren«, wo bei freiem Eintritt Filme und Theaterstücke gezeigt und verschiedene Workshops (Theater, Musik, Kunsthandwerk etc.) durchgeführt werden. So entstehen mit der Zeit neue Beziehungen zur Nachbarschaft der Fabrik und zu den Stadtteilversammlungen, was es zugleich auch erleichtert, Unterstützung zu mobilisieren, um der Polizei Widerstand zu leisten oder um die Monate zu überbrücken, in der die Produktion noch stillsteht.

Politisierung und Identität der Unterdrückten

Die Geschichten der Fabrikbesetzungen in Argentinien gleichen einander mehr oder weniger und sie alle haben etwas Heroisches: Monatelang keinen Lohn bekommen und auf die Unterstützung der Familie und der Nachbarn angewiesen sein, rund um die Uhr die Fabrik bewachen, um nicht durch eine Räumungsaktion der Polizei überrascht zu werden, gleichzeitig gegen den Staat und gegen den Chef kämpfen, kollektiv die Wiederaufnahme der Produktion organisieren, um schließlich am eigenen Leib zu erfahren, welche Möglichkeiten sich eröffnen, wenn die Beschäftigten die Kontrolle über die Produktionsmittel übernehmen. Sämtliche Aussagen in den Gesprächen zerfallen in ein »Vorher« und ein »Nachher«. Körperhaltung, Gesichtsausdruck und Stimme ändern sich während der Erzählungen oft, je nachdem über welche Erfahrungen berichtet wird.

Dieselbe Ana Maria, die geschildert hat, wie sie zerschlagen von der Mühsal der Arbeit nach Hause kam und nur noch fähig war, vor der Glotze zu hängen, beschreibt die Änderungen, die sich in ihrem Alltag ergeben haben, mit folgenden Worten:

»Heute ist es anders. Ich komme hier an und arbeite. Wie gesagt: es ist nicht leicht, aber ich bin hier, nehme an den Versammlungen mit den Kollegen teil, gehe zu den Versammlungen bei mir im Viertel, mache bei den Protesten auf der Straße mit. Ich weiß, was im Land vor sich geht. Ich kann mit jedem darüber diskutieren. Ich fühle mich als Teil von etwas Größerem, eines Kollektivs, eines Ganzen.«

So gut wie niemand in den Fabriken hatte vorher mit Politik etwas zu schaffen. Die allgemeine Schwächung der Arbeiterklasse in den letzten Jahrzehnten wurde in Argentinien noch durch die buchstäbliche Auslöschung der Linken während der massenmörderischen Militärdiktatur verschärft. 30.000 Menschen sind zwischen 1976 und 1983 ermordet worden. Genau aus diesem Grund bedeutet die mit den aktuellen Erfahrungen einhergehende Politisierung einen radikalen Einschnitt. Dies zeigt sich etwa, wenn Angel darüber spricht, was er früher beim Anblick der »*Piketeros*«, der Arbeitslosenbewegung, dachte, die auf der Straße demonstrierten, den Verkehr zum Erliegen brachten und in der Stadt ein »Chaos« anrichteten:

»Das hat mich einfach nur angewidert!« »Aber warum?«, fragte ich vorsichtig. *»Weiß nicht. Ich glaube, ich hatte keine Ahnung, was die damit erreichen wollten. Ich dachte: »Was soll das hier? Warum halten die einen auf, richten ein solches Durcheinander an und stehlen den Leuten ihre Zeit?« Ich kannte niemanden, der in der Bewegung aktiv war, und wusste nicht, was da auf dem Spiel stand.«* So ernst war Angel während des ganzen Gesprächs nicht gewesen. Er war sich bewusst, dass er einen heiklen Punkt berührte und sich vor einem Fremden eine Blöße geben könnte. Aber er versuchte in keiner Weise, seine Vergangenheit zu kaschieren. »Und wie siehst du das heute?«, fragte ich. *»Heute? Heute bin ich es, der »piquetes« macht und auf der Straße protestiert. Wie gesagt, uns ist klar, dass wir früher oder später einpacken können, wenn wir hier in der Fabrik bleiben. Unser Kampf muss hier in der Fabrik und draußen in der Stadt stattfinden. Und die »piquetes« gehören zu den besten Formen der Mobilisierung über die wir verfügen.«*

Die Erfahrung, die Welt aus der Perspektive eines Arbeitslosen zu erleben, der gezwungen ist, sich zu organisieren und gemeinsam mit anderen für sein Überleben zu kämpfen, hat dazu geführt, dass Angel sich heute mit jenen »Ruhestörern« identifiziert, die er vor ein paar Mo-

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 8

Argentinien

naten noch beschimpft hat, und sich damit blind auf den Standpunkt des herrschenden Bewusstseins stellte. Er musste auf die Straße gehen und demonstrieren, die Produktion in der Fabrik neu organisieren, Prügel von der Polizei einstecken und die verächtlichen Blicke der Passanten spüren, die wie er früher von alldem genervt sind, um zu verstehen, »was auf dem Spiel steht«. Für Angel ist sein Kampf in der Fabrik antikapitalistisch. Deshalb geht er davon aus, dass die Zukunft nicht einfach sein wird.

Auch innerhalb der Betriebe mangelt es in der Regel an Solidarität und Identifikation zwischen den Beschäftigten und den Arbeitslosen. Nicht selten ist das Streben nach sozialem Aufstieg und Distinktion stärker als das Bewusstsein der gleichen sozialen Herkunft und verhindert die Entstehung einer gemeinsamen Identität. Auch das hat sich durch die Erfahrung der Besetzungen geändert, wenigstens im Fall von Gladys, Arbeiterin bei Brukman. Anderthalb Monate vor dem Bankrott war sie entlassen worden, doch nach der Besetzung des Werks durch ihre Kolleginnen und Kollegen holten diese sie zurück. Auch bei ihr verweist das »Vorher« und das »Nachher« auf eine grundlegende Veränderung, die stattgefunden hat:

»Oh je, Marco, so vieles hat sich geändert... Zuerst war es schwierig, mich hier wieder hineinzufinden, denn schließlich müssen wir uns jetzt selbst organisieren, d.h. wir müssen viel mehr miteinander reden, der Dialog ist sehr wichtig. Es reicht nicht mehr aus, hier anzukommen, die Anweisungen entgegenzunehmen, die Arbeit zu erledigen und wieder nach Hause zu gehen. Erst mal gibt es keine Anweisungen mehr, wir entscheiden alles gemeinsam auf den Versammlungen. Früher hatte ich nicht viel zu tun mit den anderen hier. Weißt du?...« »Hattest du keine Freunde hier in der Fabrik?« Ihre Miene verriet mir, dass ich einen wunden Punkt angesprochen hatte. *»Ach, ganz wenige. Es ist so..., dass ich mich nicht allzu sehr mit den anderen hier identifiziert habe... Weißt du, ich komme auch aus einfachen Verhältnissen, aber ich hatte die Möglichkeit zu studieren, Kommunikationswissenschaften an der UBA. Meine Freundschaften hatte ich woanders. Die Leute hier, das war eine andere Schicht, wir sprachen nicht die gleiche Sprache, diese Dinge halt... Wir haben uns nie viel miteinander unterhalten. Außerdem hatte ich ein furchtbar hektisches Leben. Den ganzen Tag habe ich hier gearbeitet, und nach Feierabend bin ich so schnell wie möglich raus, um rechtzeitig zu den Vorlesungen an der Uni zu kommen. Für andere Sachen blieb da keine Zeit.«* »Aber jetzt, nach alldem, was passiert ist, haben sich die Dinge geändert?«, hakte ich nach. *»Auf jeden Fall. Es hat sich viel geändert. Jetzt kenne ich jeden hier und mit vielen bin ich auch befreundet. Sie haben auch mehr Vertrauen zu mir. Ich glaube, für mich war das die wichtigste Veränderung, dass die Beziehung zu den Leuten hier jetzt eine ganz andere ist. Ich fühle mich den anderen mehr verbunden, identifiziere mich mit ihnen. Ich denke, das ist es.«*

Die Erfahrung der Fabrikbesetzung hat offensichtlich Menschen, deren Weltsicht in gewisser Hinsicht »konservativ« war, nachhaltig verändert. Sie sind jetzt in der Lage, bestimmte ideologische Beschränkungen von einst zu erkennen und zu reflektieren und sich mit den Beherrschten, zu denen ja schließlich auch sie selbst zählen, zu identifizieren. Das verweist auf das Ausmaß der individuellen wie kollektiven Politisierung, die mit dem Prozess der Besetzung einhergeht. Die Art, wie die daran beteiligten Personen die Welt um sich herum wahrnehmen und wie sie ihre objektive Position in den Produktionsbeziehungen und ihren Konflikt mit dem Kapital erleben, hat sich geändert. Wie Célia von Brukman sich ausdrückt: »Bis vor ein paar Monaten war ich eine einfache Hausfrau. Heute möchte ich die Welt verändern. Das heißt, für den Aufbau des Sozialismus kämpfen!«

Zanon und die Demerkantilisierung der Produktion

Politisch gesehen stellt die Keramikfabrik Zanon unter allen besetzten Betrieben vielleicht die fortgeschrittenste Erfahrung dar. In seinen goldenen Zeiten kontrollierte Zanon, einst ein riesiger Betrieb, 20% des argentinischen Keramikmarktes und exportierte in mehr als 30 Länder. Der Umsatz betrug ungefähr 100 Millionen US-Dollar man konnte sich immer auf das Wohlwollen des Staates verlassen, wenn es darum ging, Kredite oder Zuschüsse zu bewilligen. In letzter Zeit war Luigi Zanon unzufrieden mit den Gewinnen, die seine Firma abwarf und tat, was der Großteil der Unternehmer tut: Er fing an, das Unternehmen auszuschlachten, zahlte keine Löhne und Steuern mehr, und transferierte das Geld des Unternehmens in irgendein Steuerparadies, um im Kasino der Finanzmärkte sein Vermögen zu mehren.

Fast ein Jahr dauerte der Kampf der Keramikarbeiter bereits an, als ich die Fabrik zu Beginn des Jahres 2003 besuchte. Es begann mit Forderungen nach mehr Sicherheit am Arbeitsplatz, nachdem ein junger Arbeiter tödlich verunglückt war. Danach kämpfte man für die Zahlung der noch ausstehenden Löhne und Gehälter und eroberte die Führung der Gewerkschaft, die vorher den Chefs hörig gewesen war. Schließlich kam es zur Fabrikbesetzung. Die neuen Forderungen, die jetzt erhoben werden, zeugen von dem beeindruckenden Niveau der Organisation und des politischen Bewusstseins, das sich im Lauf der Auseinandersetzungen entwickelt hat. Manotas, der von der Betriebsversammlung gewählte Generalkoordinator der Fabrik, erläutert:

»Wir wollen kein kapitalistisches Unternehmen sein wie all die anderen. Wir wollen nicht einfach Keramikprodukte herstellen, diese dann auf dem Markt an zahlungsfähige Kunden verkaufen und die Gewinne daraus einstreichen. Wenn es so wäre, könnten wir hier schon mehr als 800 Pesos verdienen. Aber das ist nicht unser Ziel. Denn uns ist klar, dass wir alleine keine Chance haben. Deshalb fordern wir die Verstaatlichung. Zunächst, weil wir verlangen, dass der Staat die notwendigen Investitionen tätigt, um die Produktion auszubauen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Hauptsächlich aber, weil wir produzieren wollen, um die konkreten Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen. D.h. wir möchten unsere Keramikprodukte für öffentliche Schulen und Krankenhäuser, für Sozialwohnungen und Ähnliches herstellen. Wir sehen das im Zusammenhang mit einem Plan für öffentliche Bauvorhaben, der viele Menschen beschäftigen und die Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen könnte. Auf diese Weise würden die Gewinne der Fabrik dem gesamten Land zugute kommen.«

Die Keramikarbeiter kämpfen für eine »Verstaatlichung unter Arbeiterkontrolle«. Sie machen sich keine Illusionen über eine mögliche Lösung der kapitalistischen Krise durch staatlichen Eingriff; schon deshalb nicht, weil sie im Staat eine Bande von Dieben und Mördern sehen. Neben den noch frischen Erinnerungen an die Militärdiktatur wurde den Arbeiterinnen und Arbeitern im Laufe der Fabrikbesetzung schnell klar, in wessen Interesse der Staat handelt. Die Forderung ist strategisch gemeint. Einerseits soll der Staat für Investitionen sorgen, um die Produktion und die Zahl der Arbeitsplätze zu erhöhen, andererseits, und noch wichtiger, wird es als Schritt in Richtung einer Demerkantilisierung der Produktion verstanden. Anstatt einfach nur Keramikprodukte herzustellen und in der Warenwelt gegen Geld zu tauschen, kämpfen die Arbeiter von Zanon dafür, dass ihre Fabrik den Charakter einer öffentlichen Einrichtung erhält und für öffentliche Gebäude und bedürftige Familien produziert.

Im gegenwärtigen Argentinien ist es schwer vorstellbar, dass der Staat einem solchen Projekt zustimmt. In der Zwischenzeit aber tun die Keramikarbeiterinnen und -arbeiter alles, was in ihrer Kraft steht, um ihrem Ziel näher zu kommen, und reinvestieren ihre Gewinne und die offenen Staatsschulden zugunsten der Allgemeinheit. Vor ein paar Monaten etwa setzte die Provinzregierung von Neuquén den Betrieb unter Druck, die Schulden des ehemaligen Besitzers zu begleichen. Die Besetzer akzeptierten die Forderung, allerdings unter einer Bedingung: die Tilgung müsse in Keramikprodukten und nicht in Geld erfolgen, und sie selbst würden bestimmen, an wen die Produkte gehen. Auf diese Weise konnten einige Schulen, Krankenhäuser und soziale Einrichtungen von der Zahlung profitieren. Andernfalls wäre sie sicherlich in dem Fass ohne Boden der öffentlichen Haushalte verschwunden. Ein weiteres Projekt wird gemeinsam mit dem MTD (Bewegung der arbeitslosen Arbeiter) von Neuquén in Angriff genommen. Die Keramikarbeiter sammeln Geld, um die Errichtung einer Fabrik für Verpackungsmaterial für ihre Produkte zu finanzieren. Es versteht sich, dass die Fabrik von den Arbeitslosen aus der Bewegung selbst geführt werden soll. Auch wenn Zanon die Belegschaft ausbaut, werden bevorzugt die organisierten Arbeitslosen berücksichtigt. Seit Beginn des Jahres 2003 sind 30 Arbeiter neu eingestellt worden. Auf die Hälfte der Stellen haben Mitglieder des MTD Anspruch, die andere Hälfte wird von anderen Organisationen besetzt. Außerdem fließt ein Teil des Gewinns in einen nationalen Streikfonds, damit andere Fabriken die Zeit von der Besetzung bis zur Aufnahme der Produktion überbrücken können.

Ein wichtiger Aspekt der Kämpfe ist schließlich, dass die im Betrieb vollzogenen Veränderungen auch eine Außenwirkung entfalten. Die Beschäftigten von Zanon haben Kontakte zu anderen Bewegungen, Gewerkschaften und Parteien der Linken aufgenommen. Sie waren an der Gründung der »Coordinadora del Alto Valle«, einer Art unabhängigen Koordinationsstelle für die politischen Kämpfe in der Region, beteiligt und werden nach und nach zu einem Referenzpunkt in den sozialen Bewegungen.

Abstimmung bei einer Stadtteilversammlung in Buenos Aires

Piqueteros bei der Demo am 14.9.2004

Laboratorium für den Sozialismus?

Es wäre gewagt, ein allzu weitreichendes Urteil über die Bedeutung der Veränderungen, die sich im Alltag und in der Subjektivität der Besetzerinnen und Besetzer ergeben haben, zu treffen. Die Gespräche, die ich im Januar und Februar 2003 führen konnte, beschränken sich auf die Beschäftigten von drei Fabriken (Zanon, Brukman und Grissinopolis) sowie die Mitarbeiter der Clínica Junin. Es ist jedoch bezeichnend, dass sie alle die stattgefundenen Veränderungen auf sehr ähnliche Weise beschrieben und erlebt haben. (Aus Platzmangel habe ich mich auf Aussagen beschränkt, in denen zentrale Fragen auf den Punkt gebracht werden. Ich konnte aber mit mehr Personen sprechen, als hier zitiert wurden.) Zweifelsohne muss noch mehr empirisches Material gesammelt werden, jedoch überrascht es nicht, dass die Erfahrung der Selbstverwaltung starke subjektive Veränderungen in all jenen bewirkt, die tagtäglich unter der Arbeit (oder deren Fehlen) zu leiden haben.

Richten wir unseren Blick abschließend auf einen Grundpfeiler des Historischen Materialismus: die Theorie der Entfremdung oder der Verdinglichung – ein zentrales Thema bei Lukács, Adorno, Horkheimer, Marcuse, Debord und anderen Autoren –, welche die perversen Konsequenzen der täglichen Arbeit im Kapitalismus für die Subjektivität der Arbeitenden aufzeigt. Was aber geschieht mit diesen Individuen, wenn die empirischen Bedingungen der Produktion sich verändern, obwohl die Gesellschaft kapitalistisch bleibt? Legt man die zitierten Aussagen zugrunde, könnte man meinen, dass die Theorie der Entfremdung hier eine negative empirische Bestätigung erfährt. Anders ausgedrückt: Einigen grundlegenden Veränderungen im Funktionieren einer Produktionseinheit entsprechen die »Spuren eines nicht-entfremdeten Bewusstseins« der Subjekte. Offenbar kann eine schwerwiegende Krise in der Reproduktion des Kapitals – abgesehen davon, dass sie Elend und Ausgrenzung hervorbringt – bestimmte Elemente des gesellschaftlichen Fetischismus erkennbar machen, die sonst durch die Gravitationsgesetze des Marktes oder durch die schlichte gesellschaftliche Macht des Privateigentums an Produktionsmitteln verdeckt sind.

Diese »Bewusstseinsspuren« scheinen politische Konsequenzen zu zeitigen, die man nicht gering schätzen sollte, wenn man die Überwindung des »warenproduzierenden Systems« anstrebt. Emanzipatorische Bewegungen bedürfen »antikapitalistischer Subjektivitäten«, die sie organisieren. Genau diese scheinen in Erfahrungen wie den *»Okupas«* zu entstehen. In der Regel fragte ich die Arbeiterinnen und Arbeiter am Ende unserer Unterhaltung, ob es ihnen früher je in den Sinn gekommen wäre, dass man die Produktion in der Fabrik auch ohne Hierarchien und ohne Chefs am Laufen halten könne. Wie zu erwarten, sahen die meisten Antworten wie die von Angel aus:

»Niemals! Nie habe ich gedacht, dass so etwas möglich sein könnte. Ich glaube, niemand hat das für möglich gehalten. Wir haben bei der Planung in unserer Abteilung mitgeholfen und das war's dann. Sie haben uns eingeredet, dass wir nicht dazu in der Lage wären. Aber hier beweisen wir jeden Tag, dass wir die Produktion kontrollieren können, dass alle Arbeiter dazu in der Lage sind.«

Neben den objektiven Herrschaftsmechanismen wie dem ökonomischen Zwang oder den Waffen der Polizei verfügt der Kapitalismus auch über subjektive Mechanismen, um die herrschende Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Unterwerfung unter die Gesetze des Marktes und die hierarchische Ordnung der täglichen Arbeit, gestützt durch die Zwänge der kapitalistischen Produktion, tragen dazu bei, dass die Subjekte sich für unfähig und ohnmächtig halten, und berauben sie der Fähigkeit, im Namen von Interessen zu sprechen und zu handeln, die denen des Waren produzierenden Systems entgegengesetzt sind. In diesem Sinne kann die Kontrolle über die Mittel der eigenen Subsistenz (auch wenn die Gesetze der Warenproduktion nicht außer Kraft gesetzt sind) eine Art »Stärkung des Selbstbewusstseins« bedeuten, was unabdingbar für die Entstehung von gegengesellschaftlichen »Keimformen« ist, die über die Welt von Ware und Kapital hinausweisen.

Stößt das Kapital an die Grenzen seiner Reproduktion und demonstriert tagtäglich seine Unfähigkeit, die materiellen (und geistigen) Probleme eines immer größeren Teils der Bevölkerung zu lösen, so liefern einige Erfahrungen in den argentinischen Betrieben den praktischen Beweis dafür, dass Fragen wie die nach dem »Was«, »Wie« und »Für wen« der Produktion von frei organisierten Individuen beantwortet werden müssen und nicht von den blinden und unkontrollierbaren Gesetzen der Verwertung des Werts. In einem Land, in dem einer Studie der WHO zufolge heute Nahrung für 300 Millionen Menschen produziert wird, ist es ein Verbrechen, dass für über 20% der Bevölkerung (sieben Millionen) nicht einmal der Zugang zu einer ausreichenden Grundversorgung mit Lebensmitteln garantiert ist. Aber ist der Kapitalismus nicht eine einzige Anhäufung von Verbrechen?

Als zentrale Erkenntnis bleibt schließlich: Die kollektive Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums, im Bruch mit den Formen der Ware, des Staats und des Privateigentums, sowie die Revolutionierung der Art und Weise, wie die Gesellschaft ihre materielle Produktion organisiert, ist unsere einzige Chance, der zerstörerischen Barbarei zu entkommen, die der Kapitalismus Tag für Tag hervorbringt.

Nichts anderes hat Manotas im Sinne, wenn er aus seiner reichen Erfahrung heraus sagt: »Guck dir die Größe dieser Fabrik an. Sie ist riesig, automatisiert, mit Computern und allem. Wir zeigen hier, dass die Arbeiter die Produktion organisieren und kontrollieren können. Ich frage dich: Wenn wir das hier schaffen, warum können wir das nicht im ganzen Land, auf dem ganzen Kontinent machen?«

Warum eigentlich nicht?●

São Paulo, im Oktober 2003

Übersetzung aus dem brasilianischen Portugiesisch von Sigurd Jennerjahn und Norbert Trenkle

(1) Die Keramikfabrik Zanon (in der südlichen Provinz Neuquén) und die Textilfabrik Brukman (in Buenos Aires) gehörten zu den größten der besetzten Fabriken. Brukman wurde im April 2003 trotz heftiger Gegenwehr geräumt, Zanon befindet sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Januar 2004) immer noch in den Händen der Belegschaft (Anmerkung der Übersetzer).

Anzeige

KASSEL – BUKO-KONGRESS IM MAI 2004: FORUM ARBEIT UND SOZIALE REPRODUKTION

Endlich wird die Arbeit knapp?

Beim diesjährigen Kongress der BUKO (Bundeskoordination Internationalismus) vom 20. bis 23. Mai in Kassel ging es um: »Das Ende der Bescheidenheit: Aneignung – Alltag, Neoliberalismus, Widerstand«. Das Thema wurde in verschiedenen Foren und Arbeitsgruppen behandelt, die Dokumentation wird gerade zusammengestellt (mail@buko.info, www.buko.info). Wir dokumentieren einen Beitrag zum Forum »Arbeit und soziale Reproduktion«: Kann Selbstverwaltung/ alternative Ökonomie Teil einer Strategie gegen Armut und Ausgrenzung sein?

Elisabeth Voß, Redaktion Berlin

Selbstverwaltung gestern und heute

In den Kollektiven der 1970er/80er, teilweise noch 90er Jahre wurde die heutige Erwerbsarbeitsrealität schon gelebt: mobil, flexibel, eigenverantwortlich und engagiert arbeiteten wir mit hohem Einsatz für Niedriglöhne. Der kleine Unterschied: die Eigentumsverhältnisse waren andere, die Betriebe gehörten uns, nicht irgendwelchen EigentümerInnen, die uns ausbeuteten. Damals entstand der Begriff der »Selbstausbeutung«.

Wir hatten hohe Ansprüche daran, was produziert wird, und wiedies geschieht. Es ging um die Strukturen der Betriebe, um Fragen informeller Hierarchien, um Kollektivität. Auch wenn wir die Bedingungen in den Betrieben selbst bestimmen konnten, gab es Freiheit nur im Rahmen der Marktzwänge. Die Waren oder Leistungen mussten am Markt verkauft werden, daraus bezogen wir unsere materiellen Lebensgrundlagen.

Die selbstverwalteten Betriebe hatten ihren Ursprung in den sozialen Bewegungen nach der StudentInnenrevolte 1968. Die persönlichen Entscheidungen der KollektivistInnen zu selbstverwalteter Arbeit erfolgten i.d.R. auf Basis relativ abgesicherter Umgebungsbedingungen.

Heute haben wir eine grundlegend andere Ausgangslage: wenn Menschen heute an wirtschaftliche Selbsthilfe denken, dann ist das eher aus der Not geboren als aus freier Entscheidung und politischem Anspruch. Dabei würde ich noch nicht von einer neuen Selbstverwaltungsbewegung sprechen, habe aber den Eindruck, dass das Thema wieder aktuell wird.

Zum einen gibt es – hier auf dem BUKO als zentrales Thema – die Ökonomie- und Aneignungsdebatte im Rahmen globalisierungskritischer Bewegungen, mit Ansätzen für neue autonome Projekte wirtschaftlicher Selbsthilfe, die nicht am Markt orientiert sind, z.B. Umsonstläden. Diese setzen voraus, dass die KollektivistInnen ein Einkommen außerhalb des Projekts erzielen.

Zum anderen gibt es Initiativen und Projekte, die versuchen dauerhaft tragfähige Perspektiven am Markt zu entwickeln, und dafür auch öffentliche oder private Fördermittel in Anspruch nehmen. Es geht dabei vorrangig eher um die Schaffung von Arbeitsplätzen als um Kollektivität.

Wie können politische Ansprüche und wirtschaftliche Notwendigkeiten zusammen gehen in den Zeiten von Hartz und Co.? Lassen sich die potentiellen Widersprüche auflösen?

Aneignung der Grundlagen für wirtschaftliche Selbsthilfe

Können selbstverwaltete Betriebe und Projekte mehr sein als Nischen? Kann aus ihnen ein dauerhaftes Einkommen erzielt werden? Eine breite gesellschaftliche Selbstverwaltungsbewegung bräuchte soziale und materielle Grundlagen. Die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse sind so tief verankert, dass die Frage der Aneignung sich in jedem Lebensbereich stellen lässt. Ich möchte hier drei Aspekte darstellen:

1. Deutungsmacht
2. materielle Ressourcen
3. immaterielle Ressourcen

1. Aneignung von Deutungsmacht:
Eigentum ist Diebstahl – das kann gar nicht laut genug in die Gesellschaft getragen werden. Den Lügen der Herrschenden, die sich mit ihrem »wir müssen sparen« in die Herzen und Hirne von immer mehr Menschen fressen, lautstark entgegen setzen: es ist genug für alle da. Das ist vielleicht der wichtigste Akt von Aneignung, weil sich ohne die Menschen nichts ändern wird. Die Frage wie Deutungsmacht zu erringen ist, berührt z.B. das Bildungssystem oder die Machtverhältnisse am Medienmarkt.

2. Aneignung materieller Ressourcen
Dabei geht es um all das, was für eine alternative Ökonomie – unabhängig davon ob sie sich eher auf den Markt oder eher auf Selbstversorgung orientiert – materiell erforderlich ist: Land, Gebäude und Produktionsmittel, Anschubfinanzierung und zeitliche Freiräume ohne Arbeitszwang. Dafür sollte jedes Mittel recht sein: direkte Aneignung z.B. durch Besetzungen, wenn sie gesellschaftlich durchsetzbar sind. Die Hausbesetzungen v.a. der 1980er Jahre waren erfolgreich und haben (trotz aller Konflikte um die Frage der Legalisierung) zu preiswertem Wohnraum geführt. Aber auch indirekte Aneignungen sind möglich, wenn von vornherein um Ressourcen verhandelt wird oder Anträge gestellt werden auf Fördermittel. Entscheidend ist aus meiner Sicht das Wie der Aneignung, die Kultur der Auseinandersetzung, die Einfluss hat auf die aus solchen Aneignungsprozessen entstehenden Projekte. Aus meinen persönlichen Erfahrungen möchte ich dazu drei kritische Aspekte benennen.

Erstens beinhaltet der Umgang mit staatlichen oder anderen Fördermitteln ein hohes Risiko, die ursprünglichen Intentionen zu vergessen, sich in Sachzwängen zu verheddern oder gar korrumpieren zu lassen. Das war schon Thema in der Staatsknetedebatte der 1980er Jahre. Die Interessenlage einzelner Personen kann sich ändern. Aber wenn ein ganzes Projekt eingebunden bleibt in einen politischen Diskussionszusammenhang, dann kann der Austausch mit anderen zumindest immer wieder daran erinnern, was das ursprüngliche Motiv der Aneignung war. Und es lassen sich strukturelle Sicherungen finden, um die Gelder daran zu binden.

Zweitens die Frage des Klassenbewusstseins. In materiellen Aneignungsprozessen kommt es zu Kontakten und Konfrontationen mit staatlichen oder privaten Institutionen und Organisationen. Mir ist es wichtig, dabei zu trennen zwischen Personen und Organisationen. Die Angestellten in Arbeitsagenturen oder öffentlichen Verwaltungen sind nicht der Klassenfeind. Wenn sie sich zu Handlangern von Ignoranz oder Schikanen machen, gehört das angegriffen. Aber erst mal sind diese Menschen für mich KollegInnen, und im kollegialen Umgang lässt sich einiges erreichen.

Drittens wünsche ich mir mehr Respekt untereinander, eine gelebte Einsicht in die Verschiedenheit der Menschen und ihrer Lebensentwürfe, Akzeptanz für den unterschiedlichen Umgang mit dem kleinen persönlichen Eigentum und dem im Projekt geschaffenen. Grenzüberschreitungen als Aneignungsaktionen können kein Mittel untereinander sein (das wurde auch bei der Kasseler BUKO-Aktion in der Wasserausstellung deutlich, wo mit der Wegnahme von Katalogen Menschen geschädigt wurden, die doch eigentlich zu »uns« gehören – so etwas macht mir Angst).

3. Aneignung immaterieller Ressourcen
Immaterielle Ressourcen sind all die Möglichkeiten die wir haben, die unabhängig sind von Geld. Also unsere Potentiale und Fähigkeiten, die wir zusammen bringen können, die wir schon haben, nicht erst nehmen oder fordern müssen. Sondern die wir gemeinsam entwickeln können. Unser Arbeitsvermögen, unsere Motivation und Kreativität, und das soziale Kapital – ja ich weiß, ein schwieriger und oft missbrauchter Begriff. Auch immaterielle Ressourcen sind nicht voraussetzungslos. Die Fähigkeit zur Selbstverwaltung hängt auch ab von materiellen Zugängen, z.B. dem Zugang zu Bildung oder zu sozialen Beziehungen. Die Fähigkeit solche Beziehungen aufzubauen ist ungleich verteilt, und folgt zunehmend der materiellen Ungerechtigkeit.

Eingedenk all dessen liegt in der Vernetzung und Kooperation eine Chance. Auch materiell Arme können durch gemeinsames Tun immateriell reich werden. Reich an Erfahrung, an Freundschaft und an Freude. Warum eignen wir uns nicht die Freude an? Die Freude an selbstbestimmter Arbeit, am Leben, am Miteinander? Im Unterschied zu materiellen Ressourcen, die sich verbrauchen, handelt es sich bei immateriellen Ressourcen um Überflussressourcen. Sie werden durch Teilen mehr statt weniger (Beispiel Linux) und entziehen sich in selbstverwalteten Freiräumen (weitgehend) der Beherrschbarkeit. Und sie können einen Nährboden bilden für bescheidenen materiellen Wohlstand, im Sinne eines würdigen Auskommens in einem solidarischen Umfeld.

Zusammenhang von wirtschaftlicher Selbsthilfe und politischer Praxis

Es gibt viele Versuche, viele Wege zu gesellschaftlichen Veränderungen. Projekte wirtschaftlicher Selbsthilfe dienen v.a. der Verbesserung der materiellen Situation der direkt Beteiligten. Sie bergen ein utopisches Moment als Keimform einer anderen Gesellschaft. Politische Aktionen zielen auf Bewusstseinsbildung und direktes Eingreifen in politische Prozesse.

Wichtig ist die Zusammengehörigkeit dieser unterschiedlichen Wege, in gegenseitigem Respekt. Ich hoffe, dass die linke Unsitte, den Hauptfeind in anderen linken Gruppen auszumachen statt beim Klassengegner (nebenbei: ein sehr männliches Herangehen), langsam überwunden werden kann, auch durch solche Treffen wie dieses hier. Die Zusammengehörigkeit erfordert von den politischen AktivistInnen die Anerkennung wirtschaftlicher Selbsthilfe als politischer Strategie, möglicherweise im Einzelfall auch den Respekt vor (zeitweiser) politischer Abstinenz von KollektivistInnen. Selbstverwaltete Arbeit kann leicht zur Überforderung werden, die alle persönlichen Reserven frisst. Aber so lange nur politische Aktionen kollektiv durchgeführt werden, und die AktivistInnen danach allein nach Hause gehen, sind sie ihren materiellen Problemen (die zunehmen werden) allein ausgeliefert. Das macht angreifbar. Daher ist wirtschaftliche Selbsthilfe zur Schaffung autonomer und solidarischer kollektiver Absicherungen heute dringend notwendig.

Die KollektivistInnen sollten sich aber zumindest im eigenen Selbstverständnis als Teil politischer Bewegungen begreifen und nicht glauben, kollektives Arbeiten sei für sich schon ausreichend politisch. Ökonomische Selbsthilfe ist ein möglicher Weg zu gesellschaftlicher Veränderung, aber keineswegs ausreichend.

Politische und wirtschaftliche Arbeit gehört zusammen, das eine macht ohne das andere aus meiner Sicht wenig Sinn. Daher scheint es mir wichtig, dass beide Seiten miteinander im Gespräch bleiben, die jeweils eigene Praxis politisch reflektieren und sich nicht im Alltagsstress verheddern – das gilt für AktivistInnen ebenso wie für KollektivistInnen. Vielleicht finden wir ja mal eine gemeinsame politische Strategie. Denn wenn wir heute von Selbstverwaltung sprechen, müssen wir uns zum neoliberalen Diskurs positionieren und die Fallstricke erkennen, um nicht ins offene Messer zu laufen. Ich möchte das an zwei aktuellen Diskussionssträngen verdeutlichen:

Erstens: der Staat muss sich zurückziehen (angeblich sind ja die Kassen leer), die Eigenverantwortung der BürgerInnen soll stärker werden (darum kräftig fordern – das Fördern bleibt nebulös), Selbsthilfe und Genossenschaften sollen es richten. Bei aller Staatskritik ist es im Moment vordringlich, den Staat nicht aus der Verantwortung zu entlassen. Denn Selbsthilfe hat Grenzen, sie dient den an ihr Beteiligten, grenzt aber nicht Beteiligte aus. Eine unterschiedslose Existenzsicherung für alle können »wir« nicht leisten. Das bleibt Aufgabe des Staates.

Zweitens: Gewerkschaften sind überlebte Besitzstandswahrer und altertümliche Betonköpfe. Natürlich gibt es jede Menge berechtigte Kritik an den Gewerkschaften. Aber sie sind nun mal die einzige Klassenorganisation die wir haben, und wenn wir die selbst noch totreden, was dann?

Wir dürfen uns nicht missbrauchen lassen für einen neoliberalen Entsolidarisierungs- und Ausgrenzungsdiskurs, weder als selbstverwalteter Niedriglohnsektor, noch durch freiwilligen Verzicht auf gewerkschaftliche Interessenvertretung. Gerade heute geht es darum, sowohl Staat als auch Gewerkschaften nicht aus der Verantwortung für eine materielle und soziale Sicherung aller Menschen in diesem Land zu entlassen.

Wenn wir mit der Aneignung von Deutungsmacht, materiellen und immateriellen Ressourcen, eingebunden in politische Bewegungen, selbstverwaltete Betriebe und Projekte aufbauen, gemeinsam Arbeit und Wohlstand neu definieren und leben, und den gemeinsam geschaffenen Wohlstand dann gemeinsam nutzen und genießen – dann haben wir vielleicht das gute Leben – jetzt.●

copyright: Image Bank

ERKLÄRUNG DER BLOCKIERERGRUPPE

Todsichere Castortransporte töten doch

Sébastian Briat kam beim Widerstand gegen den Atommüll-Transport ums Leben. Der 21-Jährige Castorgegner verlor sein Leben, als er am Km. 408 der Bahntrasse, auf der sich um 14.43 Uhr des 7. November der hochgefährliche und falsch deklarierte Castor-Transport vom französischen Valognes (Manche) bei La Hague nach Gorleben bewegte, beim Auffahren des Zuges nicht mehr rechtzeitig die Schienen verlassen konnte. Er verblutete aufgrund des durch die Räder des Konvois abgetrennten Beins. Die letzten Augenblicke seines Lebens müssen schrecklich gewesen sein. Nachfolgend eine Erklärung seiner WeggefährtInnen.

»Am 7. November 2004 starb Sébastien, als ihn die Lokomotive des Atommüllzugs nach Gorleben erfasste. Einige Wochen zuvor hatte er sich mit anderen von uns zum Handeln entschieden, um die Angreifbarkeit dieser Transporte publik zu machen. Die Tatsache, dass er tot ist, sollte nicht vergessen lassen, dass diese Aktion gewaltfrei, überlegt und freiwillig war.

Auch wenn dieses Drama es so erscheinen lässt, war unsere Tat keinesfalls unverantwortlich, bzw. ein Akt der Verzweiflung. Unser Engagement ist das Ergebnis tiefster Überzeugung reeller und bestehender Gefahren, welche die Atomkraft schon viel zu lange darstellt. Diese Aktion war gemeinsam genauestens vorbereitet: genaue Ortskenntnisse und die Berücksichtigung eines Notfallsstopps.

Wir hatten mehrfach die Möglichkeit in Betracht gezogen, dass der Zug nicht anhalten könnte. Da wir uns in einer langgezogenen Kurve mit eingeschränkter Sicht befanden, war uns klar, dass wir notfalls die Gleise sehr schnell verlassen müssten. Wir lagen zu viert neben den Schienen, da wir zwei Rohre unter den Gleisen platziert hatten. Niemand lag zwischen den Schienen, um notfalls schnell wegzukommen. Wir waren nicht angekettet und hatten so die Möglichkeit schnell den Arm aus dem Rohr zu ziehen.

Leider konnte die Gruppe, die den Zug 1.500 m vorher zum Bremsen bringen sollte, nicht handeln. Der Hubschrauber, der ständig dem Zug voraus fliegt, fehlte. Er war »Tanken«; aber die Gruppe rechnete damit, dass er die Ankunft des Zuges signalisieren würde. Da neben dem Zug Fahrzeuge der Gendarmerie mit hoher Geschwindigkeit fuhren, konnte die Stoppergruppe nicht handeln. Der Transport konnte also weder vom Hubschrauber, noch von den Stoppern gewarnt werden und kam so mit 100km/h auf uns zu. Diese Verkettung von Umständen brachte uns in Gefahr. So hatten die Personen, die an den Gleisen lagen, sehr wenig Zeit festzustellen, dass der Zug

Fortsetzung nächste Seite

FRANKREICH: MUSEUM DER UTOPIE

Die Sozialpaläste von Guise

Unter dem Namen »Familistère« erbaute im 19. Jahrhundert der Ofenfabrikant André Godin Großwohnanlagen für seine Arbeiter. Heute macht der französische Staat aus dem Gebäudeensemble ein einzigartiges Museum der Utopie.

Von Rudolf Stumberger, Münchner Pressebüro ● Das Städtchen Guise liegt an dem kleinen Fluss Oise im Nordosten Frankreichs, in den grünen Hügeln der Picardie, gut 150 Kilometer von Paris entfernt. Viele leben hier von der Landwirtschaft, bauen Weizen oder auch Zuckerrüben an. Manche haben einen Arbeitsplatz in der ansässigen Leichtindustrie gefunden und produzieren Kleiderbügel oder Lichtschalter. Einige wenige leben auch vom Tourismus, doch nur eine kleine Schar an Reisenden kam bisher nach Guise. Meist des alten Herzogschlosses wegen, einer wuchtigen Befestigungsanlage aus dem 12. Jahrhundert. Doch neuerdings werden immer mehr Fremde gesehen, die sich für eine andere Art Sehenswürdigkeit interessieren: Für die *Familiestère von Godin*. Das ist ein weitläufiger Gebäudekomplex im Norden der Stadt mit den vier mächtigen »Sozialpalästen«, dem Theater, den Schulen, den Wirtschaftsgebäuden – und der großen Fabrik. Das ist der Ort, an dem 1859 ein einzigartiges soziales Experiment begann. Ein erfolgreiches soziales Experiment, das bis in das Jahr 1968 dauerte. Und das zugleich die Geschichte von Jean-Baptiste André Godin (1817-1888) erzählt. Die Geschichte von einem kleinen Handwerker, der zum erfolgreichen Unternehmer wurde und schließlich seinen Reichtum und seine Fabrik den Arbeitern und Angestellten schenkte.

Fabrik GODIN

Man schreibt das Jahr 1846, als ein junger Mann von 29 Jahren mit 30 Arbeitern in Guise eine Fabrik eröffnet. Sie stellen Öfen her, aber keine gewöhnlichen Öfen aus Eisen und Blech. Denn der junge Mann – André Godin – ist ein einfallsreicher Kopf und hat ein Patent in seiner Tasche, das ihn reich machen wird: Das Patent zur Herstellung von Gussöfen, eine für die damalige Zeit technische Neuerung. Godin ist von Hause aus Handwerker, ein Schmied. Diesen Beruf hat er von seinem Vater übernommen und an langen Arbeitstagen am Amboss stehend erlernt. Nach Abschluss seiner Lehre macht Godin sich mit 17 Jahren auf und geht auf Wanderschaft. Bei seiner Tour durch Frankreich, die ihn über Paris und Lyon bis nach Marseille führt, lernt er das harte Leben der Arbeiter kennen – die langen 12stündigen Arbeitstage, die magere Bezahlung und die gesellschaftliche Geringschätzung. In dieser Zeit schwört er sich, sollte er jemals die Mittel dazu finden, werde er das Los der Arbeiter verbessern und das Ansehen der Arbeit erhöhen.

Mit Gussöfen zum Erfolg

Nach der Rückkehr in seinen Heimatort und der Heirat mit seiner ersten Frau legt er 1840 mit der Gründung der Ofenfabrik Godin den Grundstein für dieses Vorhaben. Die Fabrik expandiert und sechs Jahre später erfolgt der Umzug ins nahe Guise, dort sind die Transportverbindungen besser. Die Gründung und die Expansion des Unternehmens fällt in die Zeit der Industriellen Revolution in Frankreich. Zwar hinkt man dem großen Konkurrenten England technisch hinterher, aber von 1830 bis 1870 entwickelt sich auch die große Industrie und die Wirtschaft wächst.

Auch Godin und seine Ofenfabrik profitieren von diesen günstigen wirtschaftlichen Umständen, 1850 beschäftigt er bereits 180 Arbeiter, 30 Jahre später sind es 2.500. Die Gussöfen aus Guise verkaufen sich prächtig, der »kleine Godin« (»le petit Godin«) wird zum Synonym für den alltagstauglichen Kanonenofen. 1880 ist Godin ein reicher Mann mit einem Vermögen von rund 4,6 Millionen Francs.

Godin baut sich einen Palast, allerdings einen »Sozialpalast« mit modernsten Wohnungen, glasüberdachten Innenhof, mit Müllschlucker, Licht und Belüftung. 1859 entsteht der erste dieser Großbauten, der Zentralpavillon. Später kommen die beiden Flügelbauten und schließlich etwas entfernt liegend das vierte Wohngebäude hinzu.

Die Idee für die *Familistère* stammt ursprünglich von Charles Fourier (1772-1837), einem »utopischen Sozialisten« und scharfen Kritiker seiner Zeit. Selbst aus einer Handelsfamilie stammend, geißelte er die Gewinnsucht der Händler, das Elend der Arbeiter und den wirtschaftlichen »Krieg aller gegen alle«. Ihm setzte er die Idee der Phalange entgegen, einer Gemeinschaft von Familien, die zusammen in einem palastartigen Gebäude – der Phalangstère – leben und arbeiten sollte. Es gab mehrere Versuche, diese alternative Kommune zu realisieren, vor allem in den USA wurden mehrere Phalangstèren gegründet. Godin war durch einen Artikel in der Lokalzeitung auf die Ideen Fouriers gestoßen und fand diese sehr anziehend und seinen eigenen sozialen Ambitionen nahestehend.

Vorderansicht

Fotos: Münchner Pressebüro

Gründung des Sozialpalastes

1859 beschloss Godin seine eigene Phalangstère zu bauen, nur nannte er die Gebäude »Familistère«. Der Grundriss stammte von Fourier: Eine schlossähnliche Anlage mit einem Zentralpavillon und zwei Flügelanbauten. Es sollte ein Palast für die Arbeiter werden, ein »Sozialpalast«. Die Vorderfront hatte eine Gesamtlänge von 135 Metern und darin befanden sich »1.200 steuerpflichtigen Thüren und Fenstern«, wie es in einem zeitgenössischen Bericht hieß. Als das mächtige, dreistöckige Gebäude fertiggestellt war, bot es Platz für 500 Familien. Den Mittelpunkt der einzelnen »Paläste« bildete jeweils der große, mit Glas überdachte Innenhof. Von hier aus führten Galerien zu den Wohnungen, die meist aus zwei Zimmern bestanden. Es gab ein ausgeklügeltes Belüftungssystem, die Wohnungen hatten Fenster sowohl nach außen wie auch in den Innenhof, nachts waren die Gebäude erleuchtet und ein Nachtwächter machte die Runden. In den Ecken der rechteckigen Paläste waren die Wasserleitung, die Aborte und eine Art Müllschlucker eingebaut: Durch Klappen in einer Kehrrichtkammer konnte der Abfall von den oberen Stockwerken hinab in einen Behälter geworfen werden. Unten im Erdgeschoß versorgten Läden die Einwohner mit allem Notwendigen: Hier konnte man Gemüse, Fleisch, Backwaren, Stoffe, Brennmaterial und auch Getränke kaufen.

Doch damit waren die Annehmlichkeiten der Sozialpaläste nicht erschöpft. Zwei Ärzte, eine Hebamme und eine eigene Apotheke sorgten für die Gesundheit der Bewohner. Warmes Wasser aus der Fabrik stand in der Wäscherei am Ufer der Oise für die Leibwäsche zur Verfügung, hier konnte man auch Wannenbäder benutzen und sich im 50 Quadratmeter großen Schwimmbad tummeln. Für die Kinder konnte der Holzboden des Schwimmbades angehoben werden. In dem Theater, erbaut gegenüber dem Zentralpavillon für 1.000 Zuschauer, wurden Theaterstücke aufgeführt und Vorträge abgehalten. Die Familistère hatte auch ein eigenes Orchester, das im Sommer auf der Wiese hinter dem Sozialpalast Platzkonzerte veranstaltete. Und zweimal im Jahr wurde im zentralen Innenhof ein vielbesuchtes Fest der Arbeit (1.Mai) und des Kindes (1. September) abgehalten.

Godin, der selbst eine Wohnung in seinem Sozialpalast bewohnte, zollte auch der Erziehung der Kinder große Aufmerksamkeit. Die Kleinsten wurden in Kinderkrippen aufgezogen, danach wechselten sie in den hauseigenen Kindergarten und anschließend in die hauseigene Schule. 1889 ließ sich die Familistère den Schulbetrieb mit 400 Schülern und 16 Lehrern rund 33.000 Francs kosten. Die Stadt Guise gab für ihre 800 Schüler hingegen nur 13.500 Francs aus.

Es war ein gewaltiges soziales Experiment, das mit den Gebäuden von 1859 bis 1883 aus dem Boden wuchs. 1880 krönte Godin sein Lebenswerk und sein soziales Engagement, indem er die Familistère, sein Barvermögen und die Fabrik in eine »Assoziation von Kapital und Arbeit« einbrachte. Die rund 2.500 Arbeiter und Angestellten der Fabrik wurden quasi zu den Besitzern und erhielten jährlich eine Dividende, sowohl in Bargeld als auch in Form neuer Anteils- und Sparscheine. Diese Assoziation war eine Mischung aus Genossenschaft, Stiftung und normaler Firma. Der Direktor hatte eine fast unumschränkte Machtfülle und wurde von der Generalversammlung auf Lebenszeit gewählt.

Viele Beobachter sahen in dieser hierarchischen Struktur das Rezept für den anhaltenden wirtschaftlichen Erfolg der Fabrik und die Fortdauer des sozialen Experiments, nachdem Godin 1888 nach kurzer Krankheit gestorben war. Tatsache ist jedenfalls, dass die Genossenschaft von Guise über 80 Jahre lang existierte, erst im Jahre 1968 löste sich die Assoziation auf. Die Gründe waren wirtschaftliche Schwierigkeiten, aber der genossenschaftliche Gedanke von Godin war auch am schwinden gewesen. In den 1960er Jahren hatte das Fernsehen und das Auto den gemeinsamen Aktivitäten in der Familistère den Garaus gemacht und die Wohnungen in den Sozialpalästen entsprachen nicht mehr den Ansprüchen der Bewohner. Schließlich wurde die Fabrik an ein Privatunternehmen verkauft und die Wohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt. Theater, Schulen und Badehaus gingen an die Gemeinde, die Familistère von Guise fiel für lange Jahre in einen Dornröschenschlaf.

Innenhof

Erst seit wenigen Jahren haben der französische Staat und die Gemeinde den Wert des Godin'schen Erbes wiedererkannt und die Familistère zu einem »Historischen Monument« erklärt. Heute finden dort im Rahmen eines »Projekts Utopia« Umbaumaßnahmen statt, mit einer Summe von 13 Millionen Euro werden bis 2006 die Sozialpaläste in Teilen zu einem »Museum der Utopie« umgebaut. Das soziale Experiment von Guise soll damit in seiner sozialgeschichtlichen Bedeutung gewürdigt und verstärkt dem Tourismus zugänglich gemacht werden. Und das Museum soll sich ganz allgemein der Idee der sozialen Utopie widmen. Auch heute schon werden Führungen durch die Sozialpaläste organisiert. Die Ofenfabrik existiert dabei wie eh und je in der unmittelbaren Nachbarschaft und produziert mit derzeit 280 Mitarbeitern moderne Gasherde, aber auch noch die traditionellen Gussöfen, mit denen alles begann.●

Info:
Syndicat Mixte du Familistère Godin, 262-263 Famiistère Aile Droit, 02120-Guise Frankreich
www.familistere.com

Vom Autor ist unter dem Titel: »Das Projekt Utopia« im VSA-Verlag Hamburg ein illustriertes Buch über die Geschichte und Bedeutung der Familistère erschienen:
Rudolf Stumberger: »Das Projekt Utopia. Geschichte und Gegenwart des Genossenschafts- und Wohnmo-

FORTSETZUNG VON SEITE 10

seine Geschwindigkeit nicht verringerte. Wir hatten es geübt, sekundenschnell wegzukommen.

Sébastien wurde dabei erfasst, als er die Gleise verließ. Sein Arm steckte nicht in dem Rohr fest, wie die durchzuführenden Untersuchungen beweisen werden. Es ging alles so schnell, dass wir ihm nicht helfen konnten.

Wir waren in der Kälte zehn Stunden lang, etwa 30 m von den Gleisen entfernt, am Waldrand versteckt. In dieser Zeit wurden weder wir, noch die Vorposten zur Benachrichtigung (15 Kilometer entfernt vom Ort der Aktion), noch die Gruppe von den Sicherheitskräften entdeckt, die den Zug stoppen sollte. Wir wurden auch nicht entdeckt, als wir im Vorfeld um fünf Uhr morgens die Rohre unter die Schienen legten. Es ist klar, die Verantwortung jedes Beteiligten muss festgestellt werden, unsere inbegriffen. Zur Stunde erleben wir einen der schlimmsten Augenblicke unseres Lebens.

Neben vielen bekannten Gründen für die Aktion, ging es uns in erster Linie um den Schutz unseres Planeten, der Jahr für Jahr mehr zerstört wird. Es ging uns aber auch um die Ablehnung jeder Infragestellung dieses Monolithischen Staats. Wir haben nicht aus Unreife oder Abenteuerlust versucht den Zug zu stoppen, sondern weil die Atompolitik dieses Landes nur so zu einer elementaren Frage werden kann. Sébastien ist durch einen Unfall gestorben, er hat es sich nicht ausgesucht, niemand wollte es. Er starb nicht nach einem Discobesuch betrunken am Steuer, sondern um seiner Überzeugung Gehör zu verschaffen.

Sein Tod wird deshalb für uns nie ein beliebiges Vorkommnis sein. In der Situation, in der wir derart verlassen und verloren waren, hätten wir uns nie vorgestellt so viel Unterstützung zu bekommen. Wir danken vor allem unseren Freunden und Eltern, vielen Initiativen, aber auch Tausenden anonymen Deutschen und Franzosen, die in seinem Andenken Demonstrationen und Andachten organisierten. Die Stärke der Solidarität überwältigent und berührt uns. Das Wichtigste ist für uns, einen Bruder zu beweinen und seine Familie zu unterstützen, nicht sein Bild zu instrumentalisieren. »Bichon« war voller Lebensfreude und -energie, nicht nur Atomkraftgegner. Dieser Text ist weder eine Beichte noch eine Anschuldigung, wir wollen dadurch nur die Wahrheit dieser Ereignisse wiedergeben.«●

Seine Weggefährtinnen und Weggefährten

TEIL 3: ZUCHTHAUSORDNUNGEN UND PERSONALHIERARCHIEN

Die strenge Hausordnung des Zuchthauses

In einer Zeit, in der es nun wieder vermehrt um Elendsproduktion mit all ihren Folgen für die Gesellschaft geht, hier Agenda 2010 oder spezieller Hartz IV genannt, ist die von uns im Schwerpunkt der letzten Ausgabe begonnene, dokumentierte Vorlesung zur Entstehung der Zuchthäuser, u.a. am Beispiel des Wiener Zuchthauses, besonders interessant und auch als historisches Dokument für eine hoffentlich permanente Diskussion nützlich. Prof. Martin Scheutz, Institut für Geschichte der Universität Wien, stellt die Zuchthausentwicklung als direkte Folge der Armutsverwaltung und -bewältigung dar. Nachfolgend der dritte und letzte Teil unserer Dokumentation. (gk)

Das Wiener Zuchthaus – die Hausbezeichnung verweist bereits auf die paternalistische Intention der Einrichtung – unterstand zwar formal der Stadt, sein Personal war aber, bei nicht eindeutiger Kompetenzabgrenzung, der Niederösterreichischen Regierung zugeteilt. Vier verschiedene Niveaus bei der Verwaltung des Zuchthauses lassen sich feststellen: Neben dem Magistrat als oberster Hierarchie gab es vom Magistrat delegierte Aufsichtsbeamte sowie als dritte Ebene einen vor Ort agierenden verantwortlichen Leiter, dem als vierte und hierarchisch niederste Ebene eine Reihe von Mitarbeitern unterstand.

Zwei von der Stadt eingesetzte, dem inneren Rat entstammende Superintendenten überwachten nach einer Ordnung von 1726 von Seiten der Stadt Wien als Kontrollorgan das Zuchthaus, wovon einer für die Verwaltung der Einkünfte, der andere für die »Disciplinar«-Gegenstände (Zuteilung der Manufakturarbeiten) zuständig war. Regelmäßige Sitzungen mit dem Hausverwalter, welcher – 1692 noch »Zuchtmeister« genannt – die eigentlichen administrativen Geschäfte führte, dienten der Koordinierung. Der Hausverwalter sollte – seine Frau bzw. die Witwe des verstorbenen »Zuchtverwalters« war in die Verwaltungsarbeit eingebunden – das Haus als »guter Vater« führen. Er musste *»so viel immer möglich, persönlich zusehen, ob und in was Maaß der Vorschrift in allen Gegenständen von einem jeden nachgelebet werde«*. Zudem sollte der Verwalter den *»Zusammenhang des ganzen«* – der Konnex zwischen der moralischen Besserung des Einzelnen und der Ökonomie des Zuchthauses – stets im Auge behalten. Der Zuchtmeister selbst hatte sich jeglicher Trunkenheit, Spiel und Fluchen, Gotteslästerung, *»grain und rauffhändl«* zu enthalten, der Besuch fremder Personen im Zuchthaus war untersagt. Bei der Abhaltung der sonn- und feiertäglichen Messen musste er sicherstellen, dass alle Insassen dem Gottesdienst beiwohnten und die täglichen Morgen-, Mittags-, Essens- und Abendgebete *»eifferig«* verrichtet wurden. Er hatte zudem in der Nacht selbst die Sperre des Tores zu kontrollieren und den Schlüssel an sich zu nehmen; zudem musste er den Bestand und die Reinhaltung der Strohsäcke und Wolldecken kontrollieren. Die Protokollführung über die im Zuchthaus befindlichen *»bußleute«* oblag ihm ebenso wie die Aufteilung der Gefangenen innerhalb des Hauses, damit *»wohl geartete leute nicht zu denen ruchloß und verkehrten böößwichtern«* sowie die Männer nicht zu den Frauen gesperrt würden. Außerdem hatte er den Häftlingen gemäß ihren Fähigkeiten, ihrer körperlichen Konstitution und ihrem Alter entsprechend Arbeit zuzuteilen. Besucher des Zuchthauses musste er respektvoll behandeln, damit *»die armen leüth desto balder zu einen allmosen gelangen, entgegen aber wo leichtfertiges herrnloses und soldaten gesindl, werber und dergleichen mehrers denen salva venia hurren zu gefahlen, wie auch gar offt zu beschehen pflegt, hinein wolten, solten solche auf kein weiß eingelassen werden.«*

Alle Insassen des Zuchthauses sollten gleichrangig und somit entindividualisiert sowohl bei der Austeilung der Speisen wie auch bei der Einteilung der Arbeit behandelt werden. Ausschließlich der Stadtrat bzw. die beiden Superintendenten entschieden über die Aufnahme von Personen ins Zuchthaus. Die Maßnahmen zur Feuerprävention im Haus und in den Stuben, besonders die Handhabung des Lichtes, musste der Zuchtmeister persönlich Tag für Tag kontrollieren. Die Arreststuben verfügten über keine Nachtlichter, lediglich am Gang brannte während der ganzen Nacht Licht. Neben all diesen Tätigkeiten (etwa auch die Aufnahme der Gefangenen und die Buchführung über die Personen und deren Habseligkeiten) war er auch für die Einbringung der verschiedenen Einnahmen des Zuchthauses verantwortlich und musste den Superintendenten gegenüber Rechnung legen. Der Zuchtmeister/Hausverwalter kontrollierte aber nicht nur die Häftlinge, sondern auch sein Hauspersonal, er war für die Aufsicht über die ursprünglich aus Invaliden bestehende Hauswache ebenso wie für die Werkmeister oder den Pförtner verantwortlich. Ausschließlich der Zuchtknecht, unter keinen Umständen der Zuchtmeister, war für die Ausführung des zuchthausinternen flexiblen Strafsystems, für die Strafen gegenüber den Insassen, zuständig. Erwies sich ein Gefangener als ungehorsam, wurde er in einer ersten Stufe durch Essensentzug (*»halbe portion«*) und in weiterer Folge durch den Entzug von Speis und Trank *»biß ein besserung verspirt wirdt«*, schließlich mit der Anlegung von *»handbrezen«* bestraft. Während der Arbeit durften die Zuchtknechte bis zu drei Rutenstreiche selbständig und bis zu sechs mit Genehmigung des Zuchtmeisters verabreichen; ein darüber hinaus reichendes Maß musste von den Superintendenten genehmigt werden.

Direkt beim zentralen Tor des Hauses saß der Haus- oder Hauptwacheschreiber, der in einem Journalbogen alle das Haus betretende Personen eintragen musste; daneben führte er die Häftlingsevidenz und informierte den Hausverwalter regelmäßig über den aktuellen Belegungsgrad. Ein eigener »Schließer« musste den Häftlingen die Handeisen anlegen, bei der Befeuerung der Öfen, beim Austeilen der Kleider assistieren, die Lampen anzünden, löschen und reinigen; er war unmittelbarer Gehilfe des Verwalters bzw. dessen Stellvertreters (*»Kontrolor«*).

Die personale Ausstattung des Wiener Zuchthauses spiegelt die – ökonomisch nicht zu schließende – Schere zwischen der Ökonomie eines Wirtschaftsbetriebes und der Disziplinierungsgewalt einer Erziehungsanstalt wider. Neben dem *»Sollicitator«*, der 1725 noch für die Einbringung der Unterstützungsgelder zuständig war, gab es in der Hausordnung von 1788 bereits einen eigenen für die Einteilung der Arbeit und Beschaffung des Arbeitsmaterials zuständigen *»Faktor«*, der auch die *»fleißtabellen«* der Häftlinge zu führen hatte, die Qualität der von den Insassen gelieferten Arbeiten begutachtete und Strafen bzw. Belohnungen erteilte. Den Züchtlingen war die *»arbeit verhältnismäßig bestimmt, in welcher zeit diese oder jene arbeit bey strafvermeidung gut und brauchbar zu verrichten seye«*. Wurde das Soll vom Züchtling unterschritten, stimmte die Qualität der gelieferten Ware nicht, so zog der Faktor diese Fehlleistungen vom Lohn ab, was eine Kürzung der Essensration zur Folge hatte. Nach der Zuchthausordnung von 1788 wurden für jeden Häftling täglich vier Kreuzer veranschlagt: Während drei Kreuzer für die *»Naturalkost«* vorgesehen waren, wurde der vierte Kreuzer leistungsabhängig an den Häftling ausgegeben. Der Häftling *»und er bekömt mit ausnahme der sonn- und feyertage täglich 1 xr. auf die hand, jedoch mit dem unterschiede, daß, wenn er seine ihm vorgeschriebene zahl in der arbeit nicht oder nicht gut verfertiget hat, ihm dieser 4te kreutzer verhältnißmässig seiner schlecht gelieferten arbeit, oder auch für die ganze woche abgezogen und jenen pro rata zugeleget wird, welcher über seine zahl und gut gearbeitet hat.«*

Unter der Leitung eines Werkmeisters, der auch für Materialausgabe und Einschulung zuständig war, mussten die Häftlinge an den Maschinen arbeiten – im Jahr 1822 waren dies 52 Leinwebstühle, 7 Tuchstühle und 2 Webstühle zum Verfertigen von Kotzen (*landsch.* für wollene Decke). Die Arbeiten im Zuchthaus, wurden dort meist von schnell angelernten Häftlingen verrichtet, Textilarbeiten wählte man bewusst so aus, dass *»keine eiserne, zum ausbrechen dienliche instrumenta«* Verwendung fanden. Anders als in Frankreich, Preußen oder selbst im vorderösterreichischen Altbreisach wurde die Arbeitsleistung der Häftlinge nicht an Unternehmer vermietet, sondern das Wiener Zuchthaus trat als ein vom Wiener Magistrat stark subventionierter Unternehmer und Fabriksherr auf. Nach einer Aufstellung von 1783 kostete die Versorgung eines Mannes pro Monat 2 fl. 14 xr.; die Versorgung einer inhaftierten Frau kam dagegen aufgrund der geringeren verabreichten Brotmenge auf 1 fl. 59 xr. Die Arbeitsleistung der Häftlinge wurde von Werkmeistern und Aufsehern kontrolliert und bei Nichterbringung der zugeschriebenen – im übrigen in der Höhe umstrittenen – Sollmenge (»Pensum«) mit Strafe geahndet. Die Fiktion einer sich durch die Arbeitsleistung der Häftlinge selbst tragenden Institution schwang – wenn auch in der Praxis nicht verwirklichbar – immer mit. Die Lehrer mussten vor allem die Minderjährigen, aber auch diejenigen Großjährigen, *»bei denen noch hofnung zur erlernung der schulgegenstände«* bestand, unterrichten; die Schule sollte als konkretes Resozialisierungsangebot neben der Vermittlung von Arbeitsdisziplin den Wiedereinstieg in das »bürgerliche Leben« erleichtern. Ein eigener Lehrer unterrichtete deshalb in der anstaltseigenen Schule vor allem die jugendlichen Insassen des Hauses. Ein Ausspeiser, der für die gerechte Verteilung der Speisen mittels eines genormten Schöpflöffels zuständig war, erhielt keinen fixen Lohn, sondern wurde pro ausgeteilter Portion bezahlt.

Besonders die direkt mit den Züchtlingen konfrontierten Aufseher als letztes Glied der Verwaltungshierarchie hatten schwierige Arbeitsbedingungen. An ihnen bzw. ihrer Arbeit verdeutlicht sich der »Widerstand und die Frustration der Züchtlinge sowie der Erwartungsdruck der Administration«. Sie waren für die Disziplinierung, aber auch für die Belohnung der Sträflinge zuständig und mussten die »instrumentelle Konditionierung der Körper« der Häftlinge in der Praxis durchführen. Der Eigenwillen der Häftlinge sollte durch die karge Nahrung und die starke Beanspruchung durch Arbeit und den Drill der Maschinen sowie der Aufseher ausgeschaltet werden. *»Alle arrestanten ohne unterschied, sie mögen schwere oder geringe verbrecher seyn, müssen zum nutzen des hauses arbeiten.«* Einzig die Schubhäftlinge, die nur kurze Zeit im Zuchthaus zubrachten, wurden nicht weiter auf die in den Arbeitszimmern befindlichen Maschinen eingeschult. Um eine Bestechung der Aufseher zu verhindern, wurden die Löhne der Züchtlinge in einer, nur innerhalb des Zuchthauses gültigen »Währung« ausgezahlt. Strenge Vorschriften versuchten zudem den sexuellen Kontakt von Aufsehern und Insassinnen zu verhindern.

Das hierarchisch abgestufte Kontrollsystem der Zuchthäuser band aber auch die Häftlinge selbst ein und nahm unter den Insassen der Zuchthäuser eine zusätzliche Binnendifferenzierung vor bzw. zerschlug Solidaritätsbestrebungen unter ihnen. Stubenväter und -mütter wurden jeweils von der Anstaltsleitung als Verantwortliche für die einzelnen Stuben – 1783 gab es acht Zimmer für je zehn weibliche und dreizehn Zellen für je neun männliche Strafgefangene – vorgesehen und durften ihre »Wahl« durch die Anstaltsleitung nicht ablehnen. Gemäß der in jedem Arrestzimmer ausgehängten gedruckten Verhaltensvorschriften war der Stubenvater/die Stubenmutter für die Verrichtung des Morgen- und Abendgebets, für die Tischgebete, für die Einhaltung der Nachtruhe, für die Lesungen moralischer Texte an Sonn- und Feiertagen und für die Einweisung der neuangekommenen Häftlinge zuständig. Die vollkommene Abschirmung der Häftlinge nach außen hin – kein Häftling durfte schreiben – hatten die Stubenverantwortlichen zu kontrollieren: Kein Arrestant durfte auf ein Fenster steigen oder mit Personen außerhalb der Anstalt sprechen. Die Stubenväter und -mütter, die »Augen« und »Ohren« der Anstaltsleitung in den einzelnen Arrestzimmern, mussten darüber wachen, dass *»von keinem Sträfling Kleider, oder Wäsche, Fußbekleidung, oder Bett-Fournituren, Taback oder etwas von seiner Kost, oder seinen Arbeiten vertauscht werden.«* Zudem waren sie für den wöchentlichen Wechsel der Leibwäsche und die Übernahme der frischgewaschenen Wäschestücke – jeder Häftling hatte eine eigene Wäschenummer – verantwortlich. Bei Raufereien und Streitigkeiten mussten die Stubenverantwortlichen einschreiten, die sachgemäße Verwendung des Lampenöls und des Trinkwassers sicherstellen; außerdem besaßen sie – von der Anstaltsleitung genehmigt – ein Taschenmesser zum Brotschneiden. Der Stubenvater/die Stubenmutter erhielt für seine/ihre nicht unproblematische, zwischen Häftlingen und Anstaltsleitung angesiedelte Tätigkeit im Jahr 1817 14 Kreuzer pro Woche zuerkannt.

Die hausinterne Wache wurde von einem Feldwebel sowie zwei Unteroffizieren kommandiert, welche die Einteilung der Wache tags- und nachtsüber vornehmen mussten; darüber hinaus kontrollierten sie die alle zwei Stunden vorgenommene Patrouille und durften die unbotmäßigen Häftlinge (Männer mit 4-5 *»jagdhieben«*, Frauen mit höchstens 10 Rutenstreichen) züchtigen. Der wachthabende Offizier musste jeden Morgen eine Krankenstandsliste erstellen und verfügte über einen Schlüssel zum Eingangstor, das im Winter um 7 Uhr, im Sommer ab 8 Uhr abends geschlossen und des Morgens winters um 6 Uhr und sommers um 5 Uhr geöffnet war. Das anstaltseigene Spital befand sich in einem eigenen Gebäude innerhalb des Zuchthauses, wo die Kranken, nach Geschlecht und Verschiedenartigkeit der Krankheiten separiert, untergebracht waren.●

Quelle:
ww.univie.ac.at/igl.geschichte/scheutz/Vorlesungsinhalte/SS2003/vorlesungsinhalte9.htm
Die ganze Vorlesungsreihe zur »Geschichte der Armut und des Bettels in der Neuzeit« finden Sie unter: www.univie.ac.at/igl.geschichte/scheutz/

TAGESABLAUF IM NÖ.PROVINZAL-STRAFHAUS WIEN 1823: WOCHENTAGS

5.00 Glockenzeichen – Wecken
Austehen, Ordnen der Bettstellen
5.30 Morgengebet im Arbeitsraum
8.00 1. Messe (nur einige Abteilungen wechselweise)
8.30 2. Messe
9.00-10.00 1. Seelsorger unterrichtet Frauen (nur einige Abteilungen wechselweise)
10.00-11.00 2. Seelsorger unterrichtet Männer (nur einige Abteilungen wechselweise)
bis 12.00 Arbeit (für die übrigen Sträflinge)
12.00-13.00 Mittagspause/warmes Essen
für Kranke ab 11.00 Essen
13.00-14.00 bei guter Witterung: Spaziergang (Geschlechtertrennung) Kämmen der Haare
14.00-19.00 Arbeitsbeginn (Schule für einige Häftlinge 14.00-15.00)
Donnerstag: Möglichkeit des Einkaufs mit dem von Häftlingen erworbenen »Überverdienst«
um 16.00 Extrakost (aus dem Überverdienst der Sträflinge)
19.00 Reinigung der Arbeitsgeräte. Abendgebet
20.00 Schlafen

Anzeige

AUSGRÜNDUNGSPROJEKT, RIESA: SELBSTHILFEGENOSSENSCHAFT ZUR LANGFRISTIGEN SICHERUNG VON ARBEITSPLÄTZEN GEGRÜNDET

»Wir können auch anders«

Auf Initiative des Vereins zur Förderung der Jugend- und Familienhilfe, Arbeitsförderung und Gemeinwesenarbeit – Sprungbrett e.V. wurde am 29.10.2004 die Dienstleistungsgenossenschaft Cena et Flora eG i.G. gegründet. Das Unternehmen übernimmt die ehemals durch die Diakonie Riesa betriebenen Bereiche Küche und Gärtnerei. Auf diese Weise sichern sich die ehemals Beschäftigten mit der Genossenschaft Arbeitsplätze und gewinnen eine neue berufliche Perspektive. Unterstützt wird das Projekt durch die innova eG sowie dem Mitteldeutschen Genossenschaftsverband e.V.

Helmut Thieme, Red. Genossenschaften ● Ein von der Diakonie Riesa gGmbH in Sachsen getragenes und im Februar 1992 gebildetes Sozialunternehmen »Sprungbrett« vereinigte zahlreiche Geschäftsfelder, vor allem Handwerkerservice, Dienstleistungsservice, Werkstattschule, Stadtteilhaus und Straffälligenhilfe. Durch den Wegfall bzw. das Auslaufen von Fördermitteln konnte das Sozialunternehmen jedoch nicht mehr ohne Verluste durch die Diakonie betrieben werden. Die Diakonie entschloss sich deshalb, die Geschäftsfelder zum 31.03.2004 aufzugeben. Entsprechend erhielten die MitarbeiterInnen zum 31.03.04 ihre Kündigung.

Gemeinsamer Schwung

So ist das Sprungbrett nicht nur Symbol dafür, dass in einem Sozialunternehmen ausgegrenzten Menschen ermöglicht wird, ihr lebenswichtiges Recht auf Beteiligung an Arbeit und sinnvoller Beschäftigung wahrzunehmen. Vielmehr gewinnt es nun eine zweite zusätzliche Bedeutung: Für die sozial engagierten und ehemals bei der Diakonie angestellten »SprungbrettlerInnen« heißt es, nunmehr selbst den Sprung in eine selbstbestimmte berufliche Absicherung zu wagen.

Als Reaktion auf die sich schon länger abzeichnende problematische Entwicklung gründeten diese MitarbeiterInnen in einem ersten Schritt im Januar 2004 den »Sprungbrett e.V.«, der seit dem 01.04.04 einige Tätigkeitsfelder des ehemaligen Sozialunternehmens in eigener Regie bearbeitet. Ein Teil der entlassenen DiakoniemitarbeiterInnen wurde im Verein angestellt. Dies reicht allerdings nicht aus bzw. stößt an rechtliche Grenzen. Deshalb wurde in einem zweiten Schritt die Gründung einer Selbsthilfegenossenschaft vorangetrieben.

Unterschreiben der Satzung auf der Gründungsveranstaltung der Genossenschaft

Eröffnung der Gründungsveranstaltung der Selbsthilfegenossenschaft »Cena et Flora eG« in Riesa

In ihr werden bewährte Geschäftsfelder wie die Küche und die Gärtnerei professionell fortgeführt. Der Verein existiert als Heimstatt der nicht-gewerblichen Tätigkeitsfelder weiter.

Projektentwicklung

Zu den Aktivitäten zur Gründungsvorbereitung gehörten die Erstellung eines Unternehmenskonzeptes, die Formierung der potenziellen Mitglieder und eine Weiterbildung. Grundlage der Gründung wurde so, was unter praktischer Projektentwicklung verstanden werden kann. Unterstützung erhielten die künftigen Genossenschafts-Mitglieder bei ihren Vorbereitungen durch den Sächsischen Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., ein Teilprojektträger der innova – EP für Selbsthilfegenossenschaften, sowie dem Mitteldeutschen Genossenschaftsverband e.V. als wichtigem regionalem Partner innerhalb der innova – EP in Sachsen.

Zweck und Ziel der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung insbesondere der Mitglieder, die bei dem Unternehmen ein Beschäftigungsverhältnis haben, durch einen gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb. Damit ist sie von ihrer Ausrichtung eine Produktivgenossenschaft. Gleichzeitig soll sie die arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit des Sprungbrett e.V. Riesa durch die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für benachteiligte Zielgruppen sowie die Bereitstellung von zielorientierten, kompetenzfördernden Praktikumsstellen fördern. Zu diesem Zweck schließt die Genossenschaft mit dem Sprungbrett e.V. Riesa im Rahmen der sozialpädagogischen Ausbildung benachteiligter Jugendliche eine Kooperationsvereinbarung ab.

Speisen und Blumen

Gegenstände des Unternehmens mit dem hoffnungsvollen Namen »Cena et Flora« sind: Gärtnerische Dienstleistungen, die Zubereitung und der Verkauf von Speisen zur Essensversorgung in öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen, ein Essen- und Haushaltsservice für Senioren und private Haushalte sowie Hausmeisterdienstleistungen und Wohnumfeldgestaltungen. Bis Ende des Jahres wird die Gründung der Genossenschaft noch durch innova vor allem mit den erforderlichen Qualifizierungsmaßnahmen begleitet. Dann soll das Sprungbrett genug Schwung gegeben haben, damit diese Teamgründung zu einem erfolgreichen Unternehmen mit sozialer Verantwortung durchstartet.●

GENOSSENSCHAFTSTAGUNG, HAMBURG

Mit Assistenz die eigene Welt verändern

Behinderte, die gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen wollen, müssen auch ihre Hilfe und Pflege selbst organisieren und bestimmen dürfen. Diesem Ziel haben sich die Assistenzgenossenschaften verschrieben. Aus Sicht der Betroffenen eine ideale Lösung. Trotzdem gibt es in Deutschland erst zwei solcher Genossenschaften. Deren Genossenschaftsverband ZdK in Kooperation mit der Entwicklungspartnerschaft innova und die Fachhochschule des Rauhen Hauses hatten am Mittwoch, den 20. Oktober 2004 zu einer Tagung in Hamburg eingeladen.

Christian Sternberg, Red. Genossenschaften ● Das Vorbild für die Assistenzgenossenschaften kommt aus Schweden: *Stockholmskooperativet för Independent Living STIL*, die Stockholmer Genossenschaft für unabhängiges Leben. Sie verfolgt ein Anliegen, das vor zwanzig Jahren noch unter der radikalen Forderung »Raus aus der Anstalt« für ein selbst bestimmtes Leben von schwerst behinderten Menschen beworben wurde. Doch auch in Skandinavien regiert der Rotstift, berichtete Karl Hokun Biehl von *ULOBA*, der landesweit tätigen Osloer Assistenzgenossenschaft. Sie betreue 27 Prozent aller norwegischen »Bürger mit Assistenz« zwischen Oslo und Trums€. Es sind etwa 550 Personen, die die Hilfe von etwa 2500 Assistenten »geliefert« bekommen. 21 Prozent beschäftigten ihre Betreuer selbst, der weitaus größte Teil, 52 Prozent der geleisteten Assistenz werde von den Kommunen bereit gestellt, die auch über die Form der Bereitstellung der Assistenz entscheiden dürften.

Erst seit zwei Jahren werden in der Österreichischen Hauptstadt Wien Assistenzen von einer Genossenschaft bereitgestellt, der Wiener Assistenzgenossenschaft *WAG*. Ihr Vorstandsmitglied Dorothea Brozek verweist auf immerhin schon 23.000 Assistenzstunden im Jahr 2003, die hauptsächlich aus Arbeitsassistenzen bestehen. In Österreich ist die Arbeitsförderung Bundesangelegenheit, und der Bund förderte seit Anfang des Jahrhunderts diese Assistenzen. Andere Lebensbereiche werden von den neun österreichischen Bundesländern alimentiert. Wer bei der *WAG* AssistenznehmerIn werden möchte, muss an einem Managerkurs teilnehmen, um die Bereitschaft zu zeigen, sich seiner Situation bewusst zu verhalten.

Qualitätskriterien sichern

Anspruchsvolle Leistungsstandards setzen auch in Deutschland nur die Kooperativen durch. So erfüllte die Hamburger Assistenzgenossenschaft *HAG* als einzige die Qualitätskriterien der Verbraucherzentrale, wie der Aufsichtsratsvorsitzende der *HAG* Gerlef Gleiss berichtete. In Hamburg wird ein einheitlicher Stundensatz von gut 22 Euro für die Assistenz abgerechnet. Die AssistentInnen verdienen zwischen neun und zehn Euro plus Nacht- oder Wochenendzuschläge. Insgesamt kostet diese Assistenz, die in den eigenen Haushalten der beeinträchtigten Menschen geleistet wird, etwa die Hälfte im Vergleich zu stationären Einrichtungen. Dennoch werden nach wie vor 90 Prozent aller stark beeinträchtigten Bürgerinnen und Bürger in Heimen untergebracht.

Persönliches Budget als Chance

In der Hamburger wie in der Bremer Assistenzgenossenschaft versorgen 180 bis 200 Beschäftigte etwa 50 AssistenznehmerInnen jeden Alters mit 14.000 Stunden monatlich. Solveig Eisert, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Assistenzgenossenschaft Bremen, sieht ihre selbst bestimmte Form der Hilfe mit dem Rücken zur Wand. Für die Zukunft befürchtet sie, wie auch Gerlef Gleiss, dass nur noch solche Leistungsträger mit ihren Mitteln klar kommen, die auch Ein-Euro-Kräfte beschäftigen. Das werde eindeutig zu Lasten der Selbstbestimmung gehen und zu Lasten der Qualität der Assistenz. Die Assistenzgenossenschaften können nämlich mit einigem Stolz darauf verweisen, dass sie eine wesentlich geringere Personalfluktuation haben als private Pflegebetriebe oder Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände.

Die Bedenken konnte auch der Bremer Sozialrichter Horst Frehe, der für den Bundesbeauftragten für Behinderte tätig ist, nicht zerstreuen. Er sieht einen fast utopisch anmutenden Meilenstein im neuen Sozialgesetzbuch IX verwirklicht, der den Behinderten das Wahlrecht einräume, wie sie ihr Leben gestalten. Das Recht werde zwar in anderen Teilen des Sozialgesetzbuchs eingeschränkt und anders bewertet, aber nach einer Testphase bis 2008 werde es den Anspruch auf ein »Persönliches Budget« für Behinderte geben. Ein betroffener Praktiker wie Horst Frehe sieht die Gefahr, dass ein solcher Anspruch sehr kompliziert geregelt werden könne. Und komplizierte Regeln könnten dann nur noch »fitte querschnittsgelähmte Akademiker mit einem rechtswissenschaftlichen Hintergrund wahrnehmen.« Um dies zu vermeiden werde es das Recht auf eine vom Staat finanzierte Beratung geben. Und diese Beratung werde auch Lernbehinderte und Demente in die Lage versetzen, sich mit Hilfe des Persönlichen Budgets eine selbst bestimmte Assistenz zu organisieren.

Angesichts der noch unbekannten Bestimmungen, wie die Gesetze anzuwenden sind, ruft Horst Frehe trotz allen Optimismus einige Runzeln auf die Stirn der Assistenzgenossenschafter. Und es kommt das Grußwort des Hamburger Behindertenbeauftragten Herbert Bienk in Erinnerung: Das Persönliche Budget dürfe die Behinderten bei ihren Anträgen nicht an Fristversäumnissen und andern juristischen Fallstricken scheitern lassen, die aus dem bürgerlichen Recht bekannt seien. Er habe in Berlin nachgefragt, wie das Gesetz realisiert und finanziert werden solle, bekomme dort aber keine Antworten. Stattdessen heißt es: »Wir haben Euch den rechtlichen Rahmen gegeben, nun macht mal!« Diese Haltung wertet Bienk als unredlich.

Utopie einer Bürgergenossenschaft

In die Richtung einer kontrovers diskutierten Utopie weist Professor Michael Langhanky von der Evangelischen Fachhochschule des Rauhen Hauses. Wie kann die genossenschaftliche Form, soziale Leistungen zu erbringen, weiter in die Zukunft gedacht werden? Langhanky kritisiert, dass auf sozialem Gebiet die Hilfen in stark voneinander abgegrenzte Sparten gegliedert werden. Lernbehinderte werden anders behandelt als Querschnittsgelähmte, Jugendhilfe werde sorgfältig von der Alten- oder Drogenhilfe getrennt. Gegenseitige Akzeptanz könnten die unterschiedlichen Formen des Bedarfs an Assistenz nur gewinnen, wenn sie in einem Raum, in einem Dorf, einer Stadt, einem Stadtteil von einer Genossenschaft der dort ansässigen Bürgerinnen und Bürger organisiert seien. Diese Vision genossenschaftlicher Harmonie war vielen Praktikern zu utopisch. Die Hoffnung, von ihren frei beweglichen Mitmenschen als »MitbürgerInnen mit Assistenz« wahrgenommen zu werden, muss vorerst reichen. Denn, so Karl Hokum Biehl aus Oslo: »Es sind die Wörter, die die Welt ändern und nicht umgekehrt.«●

JAHRESENDZEIT

Ich wünsche mir bedrucktes Papier

Jahresendzeit bedeutet oft »Wünsch Dir was«, warum also dem Drängen der fernen und nahen Verwandtschaft, FreundInnen & KollegInnen nicht nachgeben und sich was wünschen, womit man sich selbst, dem örtlichen linken Buchhandel sowie den Verlagen einen Gefallen tun kann – nämlich ein Buch, oder mehrere. Wer keine Buchhandlung in der Nähe hat, kann ja den Versandhandel unterstützen (1). Und wer jetzt noch nicht weiß, welches Buch er sich wünschen könnte/sollte/würde, dem oder der sollen hier ein paar Angebote unterbreitet werden.

Ein gewichtiges Werk in zweierlei Hinsicht liegt mit Pierre-Joseph Proudhon; System der ökonomischen Widersprüche oder: Philosophie des Elends. (Hg.) Lutz Roemheld und Gerhardt Senft (Karin Kramer Verlag Berlin 2003 / 586 S. / 16,5 x 24 x 3,5 cm / 1,1 Kilo / 50 Euro) vor. Proudhon (1809-1865) legte mit diesem Werk 1846 ein ökonomisch-philosophisches Grundlagenwerk des aufkommenden Sozialismus vor. Karl Marx, der kurzfristig mit Proudhon verkehrte und diskutierte, sah sich gezwungen ein Jahr später bereits sein »Elend der Philosophie« zu veröffentlichen, um so – wie bei diversen anderen auch – einen vermeintlichen Konkurrenten innerhalb der ArbeiterInnenbewegung auszuschalten. Proudhon wurde in Frankreich hauptsächlich durch sein Experiment der »Tauschbank« bekannt. Dieses ursprünglich 2-bändige Werk wurde überarbeitet und mit einem Personen- und Sachregister versehen. Proudhons Hauptwerk liegt somit nach Jahrzehnten mal wieder komplett vor. »Untersucht werden dabei im besonderen das Bevölkerungsproblem, die Arbeitsteilung, die Technologisierung der Arbeitswelt, das Wesen der Konkurrenz, das Freihandelssystem und die Eigenschaften des modernen Kreditwesens.« (S.13)

Ein weiterer, von Marx gebeutelter »Klassiker« der sozialistischen Bewegung ist der kosmopolitische Russe Michael Bakunin. Die Reihe der »Ausgewählten Schriften« fand nun mit vorliegendem Band eine langwierige aber stetige Fortsetzung: Michael Bakunin; Konflikt mit Marx. Teil 1: Texte und Briefe bis 1870. Einleitung Wolfgang Eckhardt (Karin Kramer Verlag Berlin 2004 / 235 S. / 19,80 Euro). In Fachkreisen wird der Herausgeber inzwischen »Meister Eckhardt« genannt. Seine pedantische Akribie (was die Edierung angeht), ist unübertroffen, und verhilft der Bakunin-Forschung in Deutschland zu neuen Höhen. Dieser Band 5 setzt sich intensiv mit dem Verhältnis zwischen Marx und Bakunin auseinander. Minutiös wird hier der Konflikt dieser beiden Giganten der frühen Arbeiterbewegung bereits in der Ersten Internationale (1864-1877) dargelegt und lässt Marx (incl. dem darauffolgenden Marxismus) ziemlich alt aussehen. »Lesefehler«, Anstiftungen zur Bespitzelung, bewusste Fehlinterpretationen, sowie das gezielte ausstreuen von Gerüchten, das waren die Methoden des Karl Marx, um seine eigene Position innerhalb der ArbeiterInnenbewegung zu zementieren. Selbst, wenn Marx sich selbst nicht als Marxist bezeichnet hat, und er nicht für die Auswüchse, beispielsweise eines Stalin oder Pol Pot, verantwortlich gemacht werden kann, so lag ihm doch wohl das Intrigenhafte, das unbedingte Machtstreben, seine eigene »Göttlichkeit« bereits zu Lebzeiten im Blute. Den MarxistInnen wird dieser Band überhaupt nicht gefallen – soll er auch nicht.

Eigentlich ist dieser Teilband ein »echter Meister Eckhardt«, denn von den 235 Seiten stammen rund 175 vom Herausgeber und der Rest sind Dokumente, Original-Texte, Briefe usw., was den Bakunisten allerdings nicht stören wird, habe sie doch im Herausgeber einen wissenschaftlichen »Meister« gefunden, der für den »russischen Berserker der Revolte« zuverlässig die spitze Feder zu schwingen weiß. Diese ausgewählten Schriften sind ein Muss, für alle antiautoritär denkenden, fühlenden und handelnden Menschen. Der zweite Teilband ist für das Jahr 2005 geplant.

Ein anderer Klassiker des Anarchismus ist der 1919 von Weiß-Gardisten in Gefangenschaft erschlagene Sozialist Gustav Landauer (*1870). Auch hier harren wir noch der Herausgabe seiner gesammelten Schriften. Bis dahin begnügen wir uns mit: Gustav Landauer; Die Revolution. Herausgegeben, eingeleitet und mit einem Register versehen von Siegbert Wolf. (Unrast Verlag Münster 2003 / Reihe: Klassiker der Sozialrevolte Band 9 / 120 S. / 13 Euro). Siegbert Wolf, ein ausgewiesener Kenner von Landauer, hat diesen Text mit Anmerkungen, Einleitung und einem Register versehen. Landauers revolutionstheoretische Schrift von 1907 – hier blitzt genial auch immer wieder der Sprachkritiker und -liebhaber durch – umfasst nicht nur antistaatlichen und antiparlamentarische Positionen, sondern liefert die Idee für eine gesellschaftliche Neuorientierung hin zu einem Kultursozialismus. Ein kleines, schönes Bändchen von beständigen Wert.

Die Theorie ist gut, aber die Praxis ist besser. Eines der wenigen Gebiete, wo Anarchismus immer wieder auch praktisch angewendet wird, ist die Pädagogik. Der unermüdliche Ulrich Klemm publiziert nun seit über 20 Jahren zu diesem Thema und hat auch in diesem Jahr mindestens zwei Bücher veröffentlich, bzw. herausgegeben. Zum Einem: Leo Tolstoi; Libertäre Volksbildung. Neu herausgegeben und kommentiert von Ulrich Klemm. (Verlag Edition AV Ffm. 2004 / 162 S. / 14 Euro). Tolstoi (1828-1910) hat neben seinen erfolgreichen Romanen und pazifistischen Pamphleten zwischen 1864 und 1909 eine ganze Reihe an pädagogischen Schriften veröffentlicht, die hier nach längerer Zeit erstmalig wieder zusammen publiziert wurden. Den größeren Teil des Buches machen allerdings – wie bei Bakunin oben – die kenntnisreichen Texte von Klemm aus, der uns ausführlich über Leben und (pädagogisches) Wirken Tolstois in Kenntnis setzt, sowie eine umfassende Bibliographie erarbeitet hat. Nicht nur was für LehrerInnen und SchülerInnen.

Zum Zweiten erschien noch: Ulrich Klemm; Francisco Ferrer. Ein libertärer Schulreformer im Kontext der Bildungsgeschichte. (Edition Anares Bern /Espero Berlin/Hamburg 2004 / 48 S. / 5 Euro). Ferrer (1859-1909) widmete sein Leben der anarchistischen Pädagogik bis zu seinem dramatischen Tod – er wurde 1909 von spanischen Militärs hingerichtet – und sein Werk wirkte international bis in unsere Tage hinein. Eine kleine prägnante Schrift.

Eine weitere Art der anarchistischen Praxis: Die Spanische Revolution (1936-1939) ist aller AnarchistInnen Lieblingsthema, und straft all diejenigen Lüge, die meinen, dass Anarchie nur ein Luftgebilde sei. Hier gab es die Praxis, und wir können leider nur spekulieren, was wäre, wenn Faschisten und Stalinisten nicht vehement gegen dieses Projekt gearbeitet hätten. Ein recht unterhaltsamer Band zu diesem Thema ist: B. Drücke / L. Kerkeling / M. Baxmeyer (Hg.); Abel Paz und die Spanische Revolution. Interviews und Vorträge. (Verlag Edition AV Ffm. 2004 / Abb. / 111 S. / 11 Euro). Die Literatur zum Spanischen Bürgerkrieg wird international auf ca. 20.000 Bücher und Broschüren geschätzt und wäre demzufolge eines der am besten dokumentierten geschichtlichen Ereignisse in der Arbeiterbewegung. Dieser Band ist besonders empfehlenswert für EinsteigerInnen. Er enthält neben dem hervorragenden Einführungs-Artikel von Martin Baxmeyer verschiedene Interviews und Vorträge mit einem der letzten aktiven Teilnehmer der Spanischen Revolution Abel Paz, sowie einer Literaturliste usw.

Ein anderes, ein etwas ins Hintertreffen geratenes, aber deshalb nicht weniger spannendes Kapitel US-amerikanischer Geschichte ist der gewaltfreie schwarze Widerstand in den 1960er Jahren. Hierzu liegt jetzt aus kompetenten VerlegerInnenhänden die Organisationsgeschichte vor: Clayborne Carson; Zeiten des Kampfes. Das Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC) und das Erwachen des afro-amerikanischen Widerstandes in den sechziger Jahren. (Verlag Graswurzelrevolution Heidelberg 2004 / 638 S. / 28,80 Euro). Der Autor, nicht wie so oft lediglich aus theoretischem Interesse an der Sache engagiert, sondern selbst von der Bürgerrechtsbewegung geprägt, sowie der Herausgeber der Schriften von Martin Luther King, legt hier ein umfangreiches Buch vor, welches die Strukturen, Diskussionen usw. aus den Anfängen der Widerstandsbewegung beschreibt. In Amerika wurde das Buch mit einem HistorikerInnen-Preis geehrt, und liegt nun erstmals in Deutsch vor.

Auch das ist Geschichte. Unsere eigene, und noch gar nicht so lange zurückliegende, wo es nochgenügend AugenzeugInnen gibt, und wo der Bücherberg vermutlich auch noch um einiges anwachsen wird: Alles rund um die StudentInnenbewegung von 1968. Ein Aktivist der ersten Stunde legt jetzt sein Buch vor: Ulrich Enzenberger; Die Jahre der Kommune I – Berlin 1967-1969 (Verlag Kiepenheuer & Witsch Köln 2004 / 415 S. / geb. / Abb. / 24,90 Euro). Der kleine Bruder von Hans Magnus, erzählt hier aus der Jugend. Oft etwas plaudertaschenmäßig, wird er dem einen oder anderen Genossen hiermit vor dem Kopf stoßen. Die etwas mehr als einseitige literarisch-verschrobene Einleitung halte ich für überflüssig und eher abschreckend – andere werden es vermutlich lieben. Nichtsdestotrotz, sein Wissen ist umfangreich und Neugierige kommen hier auf ihre Kosten. Und was Enzenberger hoch angerechnet werden muss, ist die Tatsache, dass er es beispielsweise schafft, ein »Organisationsreferat« von Rudi Dutschke so wiederzugeben (S. 208), dass unsereins es auch versteht, was der damals gesagt hatte! Das will was heißen.

Das war die Schwelle zum Schöngeistigen! Oscar Wilde; Werke (»Neue Zürcher Ausgabe«) in 5 Bde. Verlag Gerd Haffmans bei Zweitausendeins Frankfurt a.M. 2004 / zus. 2.163 S., /geb. im Schuber / Nebst einem »Beiheft zur Oscar Wilde Werkausgabe« (38 S. / Abb.), 49,95 Euro. Ich gebe zu, es riecht etwas nach Bildungsbürgertum, aber es gibt immer wieder Literatur, auf die mensch irgendwann zurückgreift, weil es auch Unterhaltung auf hohem Niveau ist. Sicherlich, Wilde ist nicht der Anarchist par Excellence. Sein Widerstand gegen die selbsternannte geistige und moralische Führung einer bigotten (englischen) Gesellschaft des 19. Jahrhunderts, ging über seine eigene Bürgerlichkeit nur schwer hinweg. Und ein Subversiver, der Wert auf Kleidung, Konversation und Ästhetik legte, scheint im Moment nicht wirklich 'cool' zu sein, aber sein hoher Grad an intelligenter Unterhaltsamkeit ist in den heutigen Zeiten der Dumpfbacken-Medien ein kleiner Trost.

Für einen, wie Oscar Wilde, wäre ein Etikett eh zu schnöde. Die Frauenbewegung hat gegenüber dem »harten« Sozialrevolutionär das ganzheitliche einer Revolution schon eher erkannt, wenn sie »Brot und Rosen« forderte, und Wilde war eben mehr für die Rosen zuständig (wenngleich dies nicht seine Lieblingsblume war). Eine schöne Ausgabe für relativ wenig Geld. Außerdem ist die umfangreiche Literatur über Oscar Wilde, wie z.B. die rororo Bildmonographie zu empfehlen.

Und weiter im Treibsand des Bildungsbürgertums versinken wir mit Robert Byron; Der Weg nach Oxiana (Eichborn AG Ffm. 2004 / Reihe: Die andere Bibliothek, Bd. 237 / geb./ 433 S. / nebst 4 ausklappbaren Landkarten / Abb. / 28,50 Euro). Wer weiß schon wo Oxiana liegt? Es ist der Nordteil Afghanistans, so benannt nach dem Grenzfluss Oxus, der heute Amu Darya heißt. Byron, der seine Reisebeschreibung hier am 20. August 1933 in Venedig beginnt, und über Beirut, Jerusalem, Bagdad, Teheran und Kabul auf sein Ziel lossteuert, nimmt uns mit in das geheimnisvolle Land, wo bis dahin niemand was von Talibans gehört hatte und, als Reisen in diese Gegenden wirklich noch abenteuerlich waren.

Byron (1905-1941), ein Nachkomme des berühmten Lord Byron, schrieb mit diesem Reisebuch – voll mit kulturhistorischen Wissen und der Neugierde auf byzantinische und islamische Kunst – einen Reisebericht aus längst vergangenen Zeiten, die den heutigen Lärm um diese Gegend vielleicht wieder in einem etwas freundlicheren und vor allem humanerem Licht, präsentiert. Für Bruce Chatwin ist dies z.B. ein »heiliger Text«, und jetzt wissen wir auch, woher der Mann seine Inspirationen hatte.

Vom »heiligen Text« zur Popliteratur ist es in unserer heutigen Zeit nur Millimeter entfernt. Wer »Herr Lehmann« mochte, wird sich wohl kaum vom zweiten Werk des »Element of Crime«-Sängers abhalten lassen. Sven Regner; Neue Vahr Süd (Eichborn AG Ffm. 2004 / 582 S. / geb. / 24,90 Euro). Dieses Buch ist eigentlich innerhalb einer Trilogie (d.h. Regner droht sogar damit, noch ein drittes Buch zu schreiben) der Band eins, und hat seinen Titel nach der allerwelts Neubausiedlung Neue Vahr Süd in Bremen. Als Herr Lehmann noch mit seinen Vornamen Frank angesprochen worden ist, und gerade eine Lehre als Speditionskaufmann beendet hatte, sowie seinen Wehrdienst antreten musste – weil er (er wäre nicht Herr Lehmann geworden) aus eigener Antriebslosigkeit die Verweigerung nicht bewerkstelligen konnte – stolperte er wie auch sonst wohl von einem Anekdötchen ins andere. Irgendwie ist dieser Typ mir unsympathisch, während MitbewohnerInnen und Freunde mir dieses Buch aus den Händen rissen, um es zu verschlingen. Ich weiß nicht, ich weiß nicht... Sven Regner sollte lieber beim Song-Texte schreiben bleiben, und die Finger von Romanen lassen.

Nun zu den anderen Drogen. Einer, der was von Drogen versteht, aber immer wieder – für meinen Geschmack – verunglückte Bücher wie z.B. über Bob Dylan meint verfassen zu müssen, ist Günter Amendt. Sein letztes Buch: Günter Amendt; No Drugs / No Future – Drogen im Zeitalter der Globalisierung (Verlag Zweitausendeins Ffm. 2004 / 207 S. + Supplement m. 48 S.) hat einen seltsamen Weg genommen. Erst erschien es 2003 beim Europa Verlag Hamburg, jetzt liegt es bei Zweitausendeins mit erweiterten Material in einem Supplementband vor. Amendt ist für mich unbestritten der Kenner der Drogenpolitik, und kann gut erklären, warum wir keine drogenfreie Gesellschaft haben werden, die letztendlich auch niemand will. Weshalb nun die eine Sorte Drogen frei erhältlich ist und die andere in den Knast führt, ist die eine Frage, die andere geht um die Drogen im Zeitalter der Globalisierung. Die Drogendiskussion ist geprägt von Verlogenheit und dem Prohibitionsdogma. Amendt setzt sich für eine »Drogenpolitik der Vernunft« ein, wo differenzierte Therapieangebote geschaffen und die wahren Gewinnler der Sucht bloßgestellt werden müssen. Lesenswert, zumal Amendt zahlreiche Quellen aus der Tagespresse benutzt, die in der Hitze des Tagesgefechtes sonst oft untergehen.

Ein ganz anderes Kaliber zum Thema ist folgendes Buch: Alfred W. McCoy; Die CIA und das Heroin. Weltpolitik durch Drogenhandel. (Verlag Zweitausendeins Ffm. 2003 / Abb. / 842 S. / 19,90 Euro). Seit den frühen 70er Jahren, als sich hier in Deutschland Heroin breit machte, gab es immer wieder Stimmen, die dies als einen Zersetzungsakt von CIA-Agenten erklärten. Fakt ist, und das belegt dieses Buch, dass es schon seit über 50 Jahren eine Verbindung zwischen US-Regierungen, CIA, Mafia und Drogenhandel gibt. Dieses Buch beschränkt sich in seinen Recherchen vornehmlich auf Amerika, aber die gezogenen Kreise ähneln längst den Längen und Breitengraden auf dem Leuchtglobus.

So, wer ansonsten noch mehr über libertäre Bücher usw. wissen will, sollte sich die »Graswurzelrevolution«, Heft 292 vom Oktober 2004 (Vertrieb: Birkenhecker Str. 11 in D-53947 Nettersheim / insgesamt 20 S. / 2,50 Euro) besorgen. Wie jedes Jahr zur Buchmesse erscheinen hier als Beilage die »libertären Buchseiten« mit einem Umfang von 8 Seiten. Dieses Jahr, neben zahlreichen Rezensionen auch ein Interview mit der Edition Nautilus anlässlich deren 30. Geburtstags.

Eine andere lesenswerte Zeitschrift kommt aus dem eben erwähnten Verlag: Die Aktion – Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst. Heft 209 (Edition Nautilus Hamburg 2004 / 112 S. / 8 Euro). Diese Ausgabe, dem 50. Todestag von Franz Pfempfert gewidmet, der als geistiger Vater die Zeitschrift gleichen Namens bereits zur Zeit der Weimarer Republik ein kämpferisches Profil gab. Neben den Originaltexten von Pfempfert und den Kommentaren des heutigen Herausgebers Lutz Schulenburg, findet sich noch u.a. ein langes Gedicht von Lawrence Ferlinghetti (»Totalitäre Demokratie«, einem aktuellen literarisch-politischen Statement zur Situation in den USA). Klasse.

So, das war nun ein Teil des Bücherberges der Neuerscheinungen, die im sich Laufe des Jahres hier so angesammelt haben, und denen ich viele LeserInnen wünsche.●

Jochen Knoblauch

(1) z.B. AurorA-Buchversand, Knobelsdorffstr. 8 in D-14059 Berlin, oder: Anares Nord, Brunnenstr. 15/16 in D-28203 Bremen u.a.. Beide sind auch im Internet vertreten. www.anares-buecher.de

Glaube und Profit

Wie kommt es, dass tiefe Religiosität und blankes Profitstreben oft so gut zusammen passen? Woran liegt es, dass zumal in den USA ein gläubiger Christ durchaus ein harter Kapitalist sein kann? Eine der profundesten und noch immer überzeugensten Erklärungen wurde vor 100 Jahren von Max Weber veröffentlicht; jetzt hat der Beck-Verlag aus Anlass der 100-jährigen Wiederkehr der Erstpublikation Webers berühmte »Protestantische Ethik« in einer preisgünstigen, vom Marburger Soziologen Dirk Kaesler sorgfältig kommentierten Ausgabe vorgelegt, und man möchte sie jedem ans Herz legen, der über diese Frage und generell über das Wirtschaftsverhalten in den USA nachdenkt.

Webers Kernthese ist, dass sich aus dem verschiedenen protestantischen Strömungen der Calvinismus vor allem in der westeuropäisch-angelsächsischen Welt durchgesetzt hat und von dort auf die jungen Staaten in Nordamerika ausstrahlte, ja diese in puncto Wirtschaftsdenken entscheidend geprägt hat. Der strenge Calvinismus verlangte eine fast asketische, dem Gemeinwohl verpflichtete Lebensführung. Und so wird denn auch, um das treffende Bild von Kaesler zu gebrauchen, diese »Wahlverwandtschaft zwischen Christentum und Kapitalismus« keineswegs als anrüchig empfunden, wie wir aus den Lebenswegen der Rockefellers, der Fords und anderer Größen der amerikanischen Wirtschaft wissen.

Max Weber erweist sich in diesem Text nicht nur als großer Wissenschaftler, sondern auch als Meister der Sprache. Fast journalistisch direkt sind viele Passagen geschrieben, und entsprechend anschaulich, einprägsam und überzeugend ist der geschilderte Sachverhalt. Ein Lern- und Lesevergnügen zugleich.●

Dirk Klose

Max Weber: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. Vollständige Ausgabe, herausgegeben und eingeleitet von Dirk Kaesler. Verlag C.H.Beck, beck'sche reihe 1614, München 2004; 432 S., 17,90 EUR

Pirates and Emperors

Schade. Noam Chomsky ist aus einigen Themenbereichen durch brilliante Analysen bekannt, z.B. an der Sphäre der Medien. Dieses Buch hält diesem hohen Anspruch nicht Stand. Die Hauptschuld liegt dabei gar nicht in den Texten von Chomsky, denn die einzelnen Kapitel des ganz im Gegensatz im Titel nur auf den Nahostkonflikt und hier vor allem auf das Verhalten von US- und israelischer Regierung beschränkte Werkes sind voller erkenntnisreicher Fakten. Da vieles gut belegt wirkt, muss mensch davon ausgehen, das es stimmt: Liquidierungen, Flugzeug- und Schiffsentführungen sowie viele weitere Instrumente, die bei RegimegegnerInnen schnell als Terror bezeichnet werden, sind vielfach von staatlichen Diensten wie Militär oder Geheimpolizei organisiert worden.

Die Schwäche des Buches ist aber seine absurde Einseitigkeit. Warum behandelt ein Buch zum Terrorismus nur das – zweifelsfrei widerliche – Verhalten von US- und israelischer Regierung? Wo bleiben die Massaker arabischer Regierungen und weltweit? Warum wird mit Recht kritisiert, wie platt und einseitig Menschen zu TerroristInnen abgestempelt werden – um dann das gleiche umgekehrt gegen israelische und US-Offizielle zu wenden? Der Verdacht kommt auf, dass hier ein Hass, der mit Antiamerikanismus und mindestens mit Ablehnung Israels einseitig aufgeladen ist, die Texte geprägt hat. Auch der Verlag muss sich fragen, warum er eine solche Einseitigkeit in Buchform gegossen hat. Das Thema hätte mehr verdient gehabt. Und Chomsky kann mehr – gerade deshalb aber stimmt nachdenklich, warum er bei einer Kritik an Israel eine solche Strategie findet.●

Jörg Bergstedt

Noam Chomsky: Pirates and Emperors. 2004, Trotzdem Verlag in Grafenau, 314 S., 16 EUR

PROJEKTE

Ein Zuhause ist ein Projekt – ein Projekt ist ein Zuhause:
innen + außen, gestalten + verwalten, probieren + studieren, tun + ruhen, Konsens + Nonsens, Zaster + Laster, lachen und krachen. 7 Frauen, 5 Männer und 8 Kinder mit 2 Häusern, Garten, Werkstätten suchen weitere Menschen mit Lust auf Kommune. Interessiert an der Villa Lokomuna?
✆(05 61) 920 09 49 25

JOBSUCHE

Jurist, zuletzt tätig als Mediator in leitender Stellung, sucht neuen rechtlichen Wirkungskreis.
Chiffre: 2004-12-1

INTERNETADRESSEN

Auf unserer Website könnt Ihr zu ca. 1.200 Projekten und Betrieben surfen und mit Hilfe unserer Medienlinks andere Medienprojekte und ca. 100 Zeitschriften besuchen. Unsere Link-Liste wird ständig erweitert und mit unserer Datenbank zur Herstellung der BUNTEN SEITEN laufend aktualisiert.
Die komplette Ausgabe 1 und demnächst die Nr. 2 aus dem Jahr 1984 sowie wichtige Beiträge und Inhaltsangaben aus den Jahren 1999 bis 2003 sind auf unserer Archiv-Seite zu finden:
www.contraste.org
Seit August 1999 gibt es eine Kommune-Website mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/group/contraste-list

Archiv der sozialen Bewegungen Bremen online.
Unter www.archivbremen.de finden sich die Selbstdarstellung des Archivs, Links und Hinweise zu Bewegungsarchiven, Links zu kritisch-historischem Arbeiten und einige Texte zur Auseinandersetzung mit der Geschichte sozialer Bewegungen.

SPRACHEN

Weltweite Verständigung, ja! Aber nicht zum Vorteil der englischsprachigen Länder, denn mit Englisch als eigene Muttersprache hat dieser Teil der Welt erhebliche wirtschaftliche Vorteile gegenüber allen anderen Nationen. Mit der neutralen Weltsprache Ido, zehnmal leichter zu erlernen als Englisch, bestände Chancen-Gleichheit mit anderen Sprachgruppen. Lernen und/oder unterstützen Sie Ido!
Weitere Informationen gegen 0,55 EUR in Briefmarken, Kurzkursus 2,50 EUR.
Deutsche Ido-Gesellschaft
D-37284 Waldkappel-Burghofen
Web: www.idolinguo.de
E-Mail: info@idolinguo.de

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
✆ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte und Fotos per E-Mail, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den einmal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ✆ (03 51) 802 99 23, E-Mail: info@abfallgut.de; 06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ✆ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa; 10961 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ✆ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@acor.de, Internet: www.ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ✆ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de; 18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ✆ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; 22763 Hamburg, Redaktion Hamburg, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ✆ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ✆ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, 28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland, Götz Paschen, Große Str. 81, ✆(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Bornbreite 39, ✆ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ✆ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; 51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ✆ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ✆ (0221) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org; 60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, netz Hessen, c/o Cavallaro, Gabelsberger Str. 32, ✆ (069) 670 62 71 E-Mail: uwe.weppler@paritaet.org; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ✆ (06221) 16 24 67; 69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ✆ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de; 71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart, Peter Streiff, Im Esper 22, ✆ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de; Portugal: Kurt Regenauer, ✆ 00351-289 793 560, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ✆ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ✆Fax (06 21) 30 38 13; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de; Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ✆(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt@apg.lahn.de; Selbstorganisation im Alltag, 35037 Marburg, Marc, Wannkopfstr. 13, E-Mail: the.element@gmx.de, Espi, E-Mail: piratenutopie@uni.de; Fairkehr, Lothar Galow-Bergemann, ✆(0711) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ✆ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/02
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Endredaktion:
✆ (06221) 18 34 02

Vertrieb:
✆ (06221) 16 24 67

Telefax:
✆ (06221) 16 44 89
(Mo-Fr: 10 bis 17 Uhr)

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 17.-19.12.2004
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
✆(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de

LOS GEHT'S 2005

Kapitalismus überwinden,
selbstbestimmt leben,
Gemeinschaften gründen
Diese Gesellschaft braucht Alternativen. Gemeinschafts-Interessierte treffen Gleichgesinnte zum Austausch und zur Initiierung neuer Gruppen. Bestehende Gemeinschaften stellen sich vor und beantworten Fragen zu ihrer Praxis.
Das »Los geht's 2005« wird gemeinsam von der Kommune Waltershausen, der Villa Lokomuna und der Kommune Niederkaufungen veranstaltet.
Termin: 13. bis 18. Mai 2005
Information & Anmeldung:
Kommune Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
✆(0 56 05) 8 00 70

ÖKODÖRFER

Seminar »Erfolgreiche Ökodörfer« und Gemeinschaften 2005:
4.-6.2. Pfälzer Wald
18.-20.3. + 28.-30.10. Ökodorf bei Hannover
22.-24.4. Gemeinschaft im Taunus
17.-19.6 + 23.-25.9. im Schwarzwald
7.-13.8. 12.ÖKODORF-Festival bei Mainz
29.12.-2.1.06 Sylvester in Gemeinschaft

Kaum bekannt, aber es gibt sie seit über 40 Jahren, mit Integration alter oder behinderter Menschen, mit kinderfreundlicher Atmosphäre, Selbstversorgung..., alle mit Toleranz in der Weltanschauung und im Glauben. Die Seminargäste werden unterstützt, herauszufinden, ob für sie ein Gemeinschaftsleben in Frage kommt und ggf. welcher Art. Zum Abschluss wird GemeinschaftenLiteratur vorgestellt.
Info: ÖKODORF-Institut
✆(0 77 64) 93 39 99
E-Mail: meyer@gemeinschaften.de

GESUNDHEIT

Stadt. Land. Fluss.
... Gesund?
(Über)Lebenskultur im globalisierten Dorf
Die GesundheitsAkademie e.V. veranstaltet in Kooperation mit dem Gesunde-Städte-Netzwerk, dem Arbeitskreis Gesundheitsfördernde Städte- und Gemeindeentwicklung, attac und der Heinrich-Böll-Stiftung NRW eine offene Werkstatt-Tagung zum Thema.
Dabei geht es um die Frage, wie im Rahmen globaler gesellschaftlicher Veränderungsprozesse Städte und Gemeinden eine Funktion als vertraute Stützpunkte der Daseinsvorsorge und Orte nachbarschaftlichen Engagements und bürgerschaftlicher Lebenskultur (wieder-)gewinnen können.
Gesucht werden neue Handlungsstrategien für eine gesundheitsfördernde Stadt/Gemeindeentwicklung, die das bürgerschaftliche Potential nutzen und soziale Integrationsprozesse unterstützen können. Die Workshops befassen sich hiermit intensiv.
Die Ergebnisse der Werkstatt-Tagung werden dokumentiert und veröffentlicht. Zur Mitwirkung eingeladen sind interessierte Personen aus Politik, Verwaltung und sozialen Initiativen mit Lust zum Vor-, Mit- und Nachdenken, wie die Lebensqualität in Städten und Gemeinden zu einem Gemeinschaftsprojekt für alle BürgerInnen werden kann.
Termin: 16.-17.12.2004, Bielefeld
Information & Anmeldung:
GesundheitsAkademie e.V., August-Bebel-Str. 16, D-33602 Bielefeld

JUKSS

12. Jugendumweltkongress
Der Jugendumweltkongress ist das bundesweite Treffen der Jugendumweltbewegung und versteht sich als Forum für alle ökologisch interessierten oder engagierten jungen Menschen. Der Jukss findet Silvester 2004/2005 zum zwölften Mal statt. Veranstaltungsort ist diesmal Magdeburg.

Der Jugendumweltkongress ist, nach dem großen Jugendumweltfestival »Auftakt« im Sommer 1993 in Magdeburg, aus den Bundeskongressen von der Naturschutzjugend und der BUNDjugend hervorgegangen. Er findet seit dem einmal pro Jahr in unterschiedlichen Städten in Deutschland statt. Seit dem 1. JUKSS gab es Kongresse in Neubrandenburg, Freiburg, Berlin, Münster, Göttingen, Tübingen, Nürnberg, Dresden und Hamburg. Nachdem die ersten Jugendumweltkongresse vor allem von den beiden großen Jugendumweltverbänden vorbereitet und gestaltet wurden, wird der Jugendumweltkongress seit dem 6. JUKSS im April 1999 in Göttingen von einer offenen (und natürlich ehrenamtlichen) Vorbereitungsgruppe von Menschen aus unterschiedlichen politischen Zusammenhängen organisiert und von einem gemeinützigen Trägerverein, dem Jugendaktionstage e.V., ausgerichtet.
Alles wird neu!
Aber trotzdem bleibt es anders. In diesem Jahr werden vom Vorbereitungsteam keine Inhalte vorbereitet. Selbermachen statt konsumieren! In diesem Jahr sollen alle Inhalte von den TeilnehmerInnen vorbereitet werden, die Vorbereitungsgruppe kümmert sich um die Infrastruktur auf dem Jukss.
Information:
www.jugendumweltkongress.de

JUNGE LINKE

Sex_Trouble
Seminar zu Geschlecht, Sexualität und antipatriarchaler Politik
Menschen sind von Natur aus männlich oder weiblich, homo- oder heterosexuell? Mit solchen Gewissheiten soll in diesem Seminar aufgeräumt werden. Das körperliche Geschlecht und die daraus resultierenden sozialen Eigenschaften sind sozial konstruiert und historisch gewachsen. Das bedeutet, dass sie veränderlich sind und dass einige Menschen nicht dem Normal-Bild entsprechen können oder wollen. Welche Folgen ergeben sich daraus für eine antisexistische Politik in unserer Gesellschaft?
Termin: 18.-20. Dezember 2004

Geschichtsrevisionismus
Im Laufe der letzten Jahre gab es mehrere Debatten, deren Aussage jeweils war, dass Deutschland aus der eigenen Geschichte gelernt habe. Vielmehr habe es z.B. auch antifaschistischen Widerstand in der Wehrmacht gegeben, auf die sich heute die Tradition der Bundeswehr beziehe (siehe öffentliches Gelöbnis am 20.Juli), welche wieder Angriffskriege zur Verhinderung eines 2. Auschwitz führt. Deutschland ist wieder normal – fast völlig frei von historischen Tabus. So meinte Gerhard Schröder am 60. Jahrestag der Alliierten-Landung in der Normandie das »Ende der Nachkriegszeit« erkannt zu haben. Auf dem Seminar wollen wir diese Entwicklung nachvollziehen und u.a. diskutieren, ob der geschichtsrevisionistische Diskurs mit großem Paukenschlag enden wird, wenn sich 2005 die bedingungslose Kapitulation sowie die Befreiung Auschwitz zum 60. mal jähren.
Termin: 18.-20. Dezember 2004
Information & Anmeldung:
JD/JL BRB, Stahnsdorfer Str. 100,
D-14482 Potsdam
E-Mail: post@jdjl-brandenburg.de

Aufstand der Zeichen?
Seminar zu Postmoderne und Politik
In den späten sechziger Jahren entstand in Frankreich eine philosophische Richtung, die inzwischen unter dem Label Postmoderne oder Poststrukturalismus Furore gemacht hat. Im Namen des Vielfältigen, Unabgeschlossenen trat man gegen das philosophische Erbe der Aufklärung an – egal, ob dieses im staatstragenden oder marxistischen Gewande daherkam. Dieser antitotalitäre radical chic übt bis heute eine erhebliche Anziehungskraft auf Teile der Linken aus, fasziniert hornbrillentragende Kulturwissenschaftsstudenten wie Globalisierungsgegner gleichermaßen und eröffnet scheinbar das Feld für eine Menge neuer, phantasievoller und irgendwie sexy daherkommender Politikformen.
Um zu klären, wie ein solches Politikverständnis mit dem aufklärungskritischen Programm der radikalen Immanenz zusammenhängt, wollen wir auf diesem Wochenendseminar versuchen, anhand der gemeinsamen Lektüre von Grundlagentexten (Lyotard, Foucault) zu erarbeiten, welches Verständnis von Geschichte und Gesellschaft der Postmoderne zugrunde liegt. Dabei wollen wir insbesondere der Frage nachgehen, inwieweit durch politische Strategien, die sich nur auf der Ebene symbolischer Formen bewegen, überhaupt eine grundlegende Gesellschaftskritik geübt werden kann. Ein Reader wird vor dem Seminar verschickt.
Termin: 14.-16.01.2005, Berlin

Mit Allah gegen Weltmacht und Weltmarkt?
Seminar zum islamischen Fundamentalismus
Dass der Glauben an höhere Mächte ein Politikum ersten Ranges ist, ist klar – denn der ist von seinem Anspruch her immer »fundamentalistisch« und stellt die Sorte sinngebender Knechtsgesinnung dar, die schon immer recht funktional für herrschende Gewalt war. Was aber nicht ihr Grund ist und auch nicht erklärt, was die Gläubigen denn damit wollen. Und es wollen viele was damit: Denn in fast allen Religionen sind zur Zeit die Leute auf dem Vormarsch, die aus ihrem Götterglauben politische, wirtschaftliche und soziale Konsequenzen in Form moralischer Erneuerung und/oder Bewahrung der Tradition einfordern. Wenn im 21. Jahrhundert massenhaft Leute verlangen, dass Staat und Wirtschaft gemäß ihrer – zumeist recht interessierten – Lesart heiliger Bücher eingerichtet werden, sind die Gründe nicht in Bibel, Talmud, Veda oder Koran zu finden. Sondern in den Köpfen der Leute und in Staat und Wirtschaft. Handelt es sich um einen weltweiten Trend zur Regression auf angebliche kulturelle Eigenheit angesichts der Verheerungen des globalen Kapitalismus?
Was aber macht nun gerade den islamischen Fundamentalismus so attraktiv – sein ödes Gerechtigkeitsideal, sein Antisemitismus oder sein Ideal der Einheit von Staat und Volk? Wenn Religion das Opium des Volkes ist, ist dann der islamische Fundamentalismus das Crack der Massen in der Peripherie? Oder ist es der arabische Sozialismus der verzweifelten, dummen Kerls?
Mittlerweile reicht ein Kopftuch, damit im Kopf des Betrachters die Twin-Towers zusammenstürzen. Was hat die Ausländerpolitik des weißen, christlichen Europas mit dem wachsenden Schwachsinn in den migrantischen Communities zu tun? Wie ernst ist die europäische Einladung an einen »geläuterten« Islam, das gelungene Zusammenspiel von Staat, Kirche und Volk multikulturell zu ergänzen? Und ist ihr Antizionismus gelungene Integration in den anti-israelischen Konsens in Europa, re-importierter Antisemitismus oder was?
Termin: 25.-27.02.2005, Hannover
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29,
D-30424 Hannover
E-Mail: info@junge-linke.de
Web: www.junge-linke.de

CUBA

Infotreffen für Interessierte an 6 monatigen Arbeitseinsatz in Cuba
Ökologisches Solidaritätsprojekt La Barrigona: Mitarbeit beim Aufbau eines Botanischen Gartens in der Provinz Pinar del Rio/Cuba. Neben der Arbeit werden Exkursionen und ein politisches Begleitprogramm organisiert. Ab April 2005 und ab November 2005. Kosten müssen leider selbst aufgebracht werden.
Infotreff am 11.12.04 um 15 Uhr in der Galerie Olga Benario, Richardstr. 104, D-12043 Berlin
✆(0 30) 75 51 75 80
Infos: www.fg-berlin-kuba.de
E-mail: barrigona@fg-berlin-kuba.de

BREMEN

Was verbirgt sich hinter der Familientherapie des Bert Hellinger?
Vortrag und Diskussion mit Claudia Barth
Bert Hellinger ist ein ehemaliger Missionar, der sich heute ebenso missionarisch als selbst ernannter Familientherapeut betrachtet. Die populäre sog. Familienaufsteller-Szene hat sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, bisher nicht von ihm distanziert. Gerade in (vormals) »alternativen« Stadtteilen sind Seminare nach Hellinger beliebt. Dabei wird nur zu gerne darüber hinweggesehen, dass Hellinger systematisch den Nationalsozialismus verharmlost (jüngst hat er gar Hitlers ehemalige »kleine Reichskanzlei« in Berchtesgaden gekauft) und äußerst frauenfeindlich agiert: In seinen Aufstellungen sind es regelmäßig die Frauen, die bei Männern um »Vergebung« bitten müssen, auch für erlittene Vergewaltigungen. Angesichts seiner haarsträubenden Ansichten verwundert es auch nicht, dass Bert Hellinger über keinerlei fachliche Ausbildung und/oder Qualifikation verfügt. Im esoterischen Umfeld, in dem Hellinger agiert, sind »Erweckungen« vermutlich werbewirksamer. So wird es in dieser Veranstaltung denn neben der Skizzierung der »Aufstellungen« und dem Umgang Hellingers mit sexuellem Missbrauch denn auch um den irrationalen, ebenso kulturpessimistischen wie sozialdarwinistischen Anti-Modernismus esoterisch-therapeutischer Ansätze und den Führerkult von Psycho-Gurus in diesen Zusammenhängen gehen.
Claudia Barth hat zum Thema das Buch »Über alles in der Welt – Esoterik und Leitkultur: eine Einführung in die Kritik irrationaler Welterklärungen« (Aschaffenburg 2003) veröffentlicht. Die darin formulierte Kritik irrationaler Welterklärungsmodelle setzt sich u.a. auch mit Bert Hellinger auseinander.
Veranstalter: Anares e.V. in Kooperation mit Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen
Termin: Freitag, 10.12.2004, 20 Uhr
Ort: Antiquariat und Buchcafé Andere Seiten, Brunnenstr. 15/16, 28203 Bremen

Globalisierung der Arbeit im Unternehmen
Transnationaler Kapitalismus und neue Subjektivität
Vortrag und Diskussion mit Lars Meyer
Im Zentrum der jüngeren ökonomischen Entwicklung stehen zwei Tendenzen: die »Globalisierung der Wirtschaft« und die »Subjektivierung der Arbeit«. Beide Phänomene haben, nicht zuletzt aufgrund ihrer destruktiven Implikationen, jeweils für sich betrachtet zu kontroversen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskussionen geführt. Dem Zusammenhang beider Phänomene wurde bisher allerdings wenig Aufmerksamkeit entgegengebracht. Im Vortrag soll das Verhältnis beider Tendenzen an dem Ort thematisiert werden, wo sie am unmittelbarsten zusammentreffen: im multinationalen kapitalistischen Netzwerkunternehmen.
Lars Meyer ist Politologe und Mitglied des SEARI.
Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Initiative in Kooperation mit dem Institut für sozialökonomische Handlungsforschung
Termin: Donnerstag, 16.12.2004, 20 Uhr
Ort: Kulturzentrum Paradox, Bernhardstr. 12, Bremen

BEWEGUNGSAKADEMIE

Realistische Alternativen – Bürgerversicherung, Bürgergeld, Mindestlohn
Deutschland vor Hartz IV. Im Grundgesetz ist zwar die freie Berufswahl festgeschrieben, in der Realität soll aber jede(r) jede zumutbare Arbeit annehmen müssen. Das Niveau der Sozialhilfe verhindere Armut und würde Mindestlöhne festlegen – wieso arbeiten dann immer mehr Menschen für weniger als 5 Euro die Stunde und nimmt die Zahl der Armen selbst in offiziellen Statistiken in Deutschland zu? Und es spricht sich langsam herum, dass sich bessergestellte Bevölkerungsschichten immer stärker aus unseren Solidarsystemen verabschieden – die Lasten also zusehends ungerechter verteilt werden.
Kritikern der gegenwärtigen »Reformen« wird jedoch trotz der offenkundigen Konstruktionsmängel entgegengehalten, sie hätten keine Alternativen zu bieten. Diese Behauptung ist mehr als falsch. Es gibt Alternativen, die weder utopisch noch unbezahlbar sind. Solange Menschen gestalten (auch die Agenda 2010 fiel nicht vom Himmel!), können sie Alternativen auch umsetzen – selbst und gerade in Zeiten der neoliberalen Globalisierung.
In diesem Seminar werden drei grundlegende, realisierbare Projekte vorgestellt und ausführlich diskutiert, die eine grundsätzliche Alternative zum gegenwärtigen Neoliberalen Mainstream ermöglichen würde.

- Die Einführung vernünftiger Mindestlöhne; dieses Projekt könnte sofort umgesetzt werden.
- Die Einführung einer Bürgerversicherung; dieses Projekt ist bereits etwas aufwendiger, aber ebenfalls fest in der gegenwärtigen Diskussion verankert. Es würde unsere Sozialsysteme zukunftsfest machen und die Gesellschaft als ganze an deren Finanzierung fair beteiligen.
- Die Durchsetzung eines Grundeinkommens. Es würde Armut beseitigen und den Menschen das in der Verfassung zugesicherte Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes auch tatsächlich zusprechen, ist aber aus vielerlei Gründen nicht von heute auf morgen zu verwirklichen (vor allem aufgrund des Irrglaubens, nur Erwerbsarbeit berechtigt zu Einkommen). Umso wichtiger ist es, diese Diskussion in die Breite zu tragen.

Termin: 17.-19.12.2004, Verden/Aller
Information & Anmeldung:
Bewegungsakademie, Artilleriestr. 6,
D-27283 Verden
✆(0 42 31) 95 75 16
E-Mail: grobe@bewegungsakademie.de

MEDIEN

Pressearbeit:
So bekommen Sie eine gute Presse
Pressemitteilung und Presseverteiler
Ihr Ziel: in den redaktionellen Teil der Medien zu kommen, mit Ihren Stellungnahmen, Aktionen, Vorschlägen, Personalien. Ihre Ansprechpartner: Redakteure in den Medien, die Ihre Pressearbeit in Zeitungen und Zeitschriften, Hörfunk und Fernsehen aufnehmen und daraus eigene Beiträge machen. Wie formuliert, wie gestaltet man eine Pressemitteilung? Wie baut man einen funktionierenden Presseverteiler auf?
Termin: 24.-25.01.2005

Digitale Bildbearbeitung
Bilder bearbeiten mit Photoshop
Mit Photoshop von Adobe können Sie Bilder professionell scannen und bearbeiten – für Druckwerke wie fürs Internet. Photoshop bietet hervorragende Möglichkeiten zur Retusche und zur Bildbearbeitung. Weitere Stichpunkte: Dateiformate, Im- und Export, Systemkalibrierung, Ebenen, Filter, Kanäle, Pfade, Masken und Farbbehandlung.
Termin: 11.-13.02.2005, München
Information & Anmeldung:
Journalistenakademie, Postfach 19 04 18, D-80604 München
✆(0 89) 167 51 06, Fax: 13 14 06
E-Mail: info@journalistenakademie.de
www.journalistenakademie.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ Einzugsermächtigung: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ Gegen Rechnung. Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !

☐ Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg